

12 11 b  
3

**UB Braunschweig 84**

**2265-631-9**



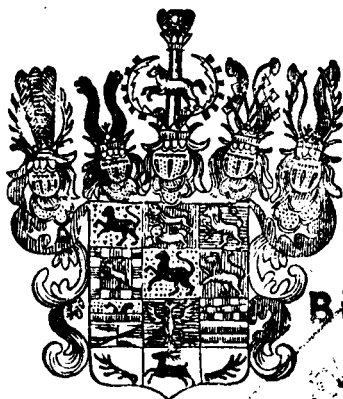
55

# Verordnungs-Sammlung

für die

Herzogl. Braunschweigischen Lande.

19<sup>ter</sup> Jahrgang 1832.



Bücherei

des  
sachsen-  
finanzministeriums

62:130

Die Nummern 1 — 16 incl. enthaltend.

Braunschweig,

gedruckt in der Herzogl. Waisenhaus-Buchdruckerei.

10/26/2011 11:00 AM

## I.

## I n h a l t

d e r

in der Verordnungsammlung vom Jahre  
1832 befindlichen, von 1 bis 16 laufenden

N u m m e r n.

- 
- I. (1.) **V**erordnung, die veränderte Bestimmung der Entfernungen zwischen den Poststationen Holzminden und Hörter, imgleichen Helmstedt und Halberstadt betr. d. d. Braunschweig, den 6ten Januar 1832.
  - II. (2.) Circularrescript an sämmtliche Gerichte der hiesigen Lande, die Auslegung der Gemeinheits-theilungs-Ordnung vom 26sten März 1823 und der Declaration derselben vom 7ten Juni 1827 betr. d. d. Br., den 11ten Jan. 1832.
  - III. (3.) Declaration des §. 2 der Verordnung vom 19ten Juli 1827, die Sicherstellung des Publicums gegen Uebervortheilungen bei der Unterhandlung über an- oder auszuleihende Capitalien u. betr. d. d. Br., den 11ten Februar 1832.
  - IV. (4.) Verordnung, die Bestätigung der Statuten einer zu errichtenden Hagelschaden-Assicuranz-Societät für das Herzogthum Braunschweig und das Fürstenthum Blankenburg betr. d. d. Br., den 25ten Febr. 1832.

- V. (5.) Verordnung, die Aufhebung der §§. 4 — 7 der Verordnung vom 7ten Febr. 1831, wegen Ergänzung und Abänderung des Forststraf-Directorii u. betr. d. d. Br., den 29sten Februar 1832.
- VI. (6.) Verordnung, das Verbot der in Rheinbaiern erscheinenden Zeitblätter, „die deutsche Tribüne“ und „der Westbote,“ auch des zu Hanau erscheinenden Zeitblattes, „die neuen Zeitschwünge“ betr. d. d. Br., den 16ten März 1832.
- VII. (7.) Bekanntmachung des H. Staatsministerii, das Verbot der zu Freiburg erscheinenden Zeitung: „der Freisinnige“ betr. d. d. Br., den 21sten März 1832.
- VIII. (8.) Bekanntmachung, die in Umlauf gekommenen Achtgutegroschen- und Einthaler-Stücke betr. d. d. Br., den 24sten Apr. 1832.
- IX. (9.) Declaration der Verordnung vom 15ten Jan. 1824, die Berichtigung des, der Verordnung vom 7ten October 1823 beigefügten Verzeichnisses der Entfernungen der Poststationen in den hiesigen Landen betr. d. d. Br., den 14ten Mai 1832.
- X. (10.) Verordnung, die, in Folge der Errichtung einer Poststation zu Wolfenbüttel vorgenommene Bestimmung der Orte, nach welchen künftig von dort Extraposten befördert werden können, so wie der dabei zum Grunde zu legenden Entfernungen betr. d. d. Br., den 9ten Juni 1832.
- XI. (11.) Bekanntmachung der Bundestagsbeschlüsse vom 28sten Juni 1832. d. d. Br., den 31sten Juli 1832.
- XII. (12.) Verordnung, die Bekanntmachung des Beschlusses des deutschen Bundes vom 5ten Juli d. J. und dessen Vollziehung betr. d. d. Br., den 4ten Aug. 1832.
- (13.) Verordnung, das, dem Justizamtmanne Bege zu Helmstedt ertheilte Privilegium gegen den

## R e g i s t e r.



Nachdruck des von ihm herausgegebenen Repertoriums der hiesigen Verordnungsammlung betr. d. d. Br. den 7. Aug. 1832.

- (14.) Privilegium für den Kunsthändler C. W. Ramdohr zu Braunschweig, über die von demselben in Steindruck herausgegebenen, nach Originalgemälden von Päs, gezeichneten Harzansichten. d. d. Br., den 10ten Aug. 1832.
- XIII. (15.) Circularrescript an sämtliche H. Oberhauptmannschaften, so wie die H. Polizei-Directionen hieselbst und zu Wolfenbüttel, die Annahme und Absendung der zu transportirenden Brecher und Landstreicher betr. d. d. Br., den 12ten Aug. 1832.
- XIII. (16.) Declaration des §. 10 der Verordnung vom 10ten März 1828, die Erhebung der Accise betr. d. d. Br., den 16ten Aug. 1832.
- XIV. (17.) Postverordnung für das Herzogthum Braunschweig. d. d. Br., den 13ten Aug. 1832.
- XV. (18.) Circularrescript an sämtliche Herzogl. Districtsgerichte, Stadtgerichte und Kreisämter, die Declaration des Circularrescripts vom 23sten Aug. 1830, wegen des Verfahrens bei Substationen, betr. d. d. Br., den 27sten Aug. 1832.
- (19.) Verordnung, das Verbot der allgemeinen politischen Annalen von Rotteck betr. d. d. Br., den 8ten Septbr. 1832.
- XVI. (20.) Verordnung, die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck, in Folge des Art. 18. d. der deutschen Bundesacte betr. d. d. Br., den 27sten Septbr. 1832.

*Verordnung p. 178.*



## II.

## Alphabetisches Verzeichniß

z u

## obigen Verordnungs-Nummern.

A.	Seite
Accise, Declaration des §. 10 der Verordnung vom 10ten März 1828, die Erhebung derselben betr. . . . .	65 — 66
Achtgutegroschen- und Einthalersstücke, die in Umlauf gekommenen falschen . . . . .	41 — 42
An- oder auszuliehende Capitalien u., die Sicherstellung des Publicums gegen Uebervortheilungen bei deren Unterhandlung . . . . .	7 — 8

## B.

Bege's Repertorium der hiesigen Verordnungsammlung, das gegen den Nachdruck derselben ertheilte Privilegium betr. . . . .	59 — 60
Bundesbeschlüsse vom 28sten Junius 1832 . .	47 — 51
Bundesbeschluß vom 5ten Jul. c. a. . . . .	52 — 58

## D.

Deutsche Tribune, das Verbot dieser und verschiedener anderer Zeitblätter betr. . . . .	35 — 38
---	---------

F.	Seite
Forststraf=Directorium, die Aufhebung der SS. 4 — 7 der Verordnung vom 7ten Febr. 1831, wegen Ergänzung und Aenderung desselben betr. . . . .	33 — 34
Freisinniget, das Verbot dieser Zeitung betr. . . . .	39 — 40

G.	
Gemeinheitsheilungsordnung vom 26sten März 1823, deren, und der Declaration desselben vom 7ten Juni 1827 Auslegung . . . . .	3 — 5

H.	
Hagelschadenasscuranz=Societät, die Bestätigung der Statuten einer für die hiesigen Lande er- richteten . . . . .	9 — 32

I.	
Nachdruck, die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen dieselben betr. . . . .	177 — 178

J.	
Poststationen Holzminden und Hörter u. die Ent- fernungen zwischen denselben betr. . . . .	1 — 2

Poststationen, Declaration der Verordnung vom 15ten Jan. 1824, die Berichtigung des der V. vom 7ten October 1823 beigelegten Verzeich- nisses der Entfernungen derselben betr. . .	43 — 44
---	---------

Poststation zu Wolfenbüttel, die Bestimmung der Orte, nach welchen künftig von dort Ex- traposten befördert werden können, betr. . .	45 — 46
--	---------

Postverordnung für das Herzogthum Braunschweig	67 — 172
--	----------

## VIII

## R e g i s t e r.

N.	Seite
Ramdohr, das dem Kunsthändler zu Braunschweig ertheilte Privil. zur Herausgabe der Pässchen Harzansichten in Steindruck . . . . .	61 — 62
Rottkeß, das Verbot der von demselben herausgege- benen politischen Annalen betr. . . . .	175 — 176
S.	
Subhastationen, die Declaration des Circularrescripts vom 23sten August 1830, das Verfahren bei denselben betr. . . . .	173 — 174
T.	
Verbrecher und Landstreicher, die Annahme und Absendung der zu transportirenden betr. . . .	63 — 64

*Fortsetzung p. 178*

## Verordnungs-Sammlung.

No 1.

Braunschweig, den 17. Januar 1832.

- (1.) Verordnung, die veränderte Bestimmung der Entfernungen zwischen den Poststationen Holzminden und Hörter, imgleichen Helmstedt und Halberstadt, betr.

D. D. Braunschweig, den 6. Januar 1832.

Von Gottes Gnaden Wilhelm, Herzog zu  
Braunschweig und Lüneburg rc.

Da nach einer Anzeige Unserer Herzogl. Postdirection die Entfernung zwischen den Poststationen Holzminden und Hörter, nachdem die auf dieser Tour bisher eingeschlagene Straße über Luchtringen, wegen schlechter Beschaffenheit, verlassen worden und gegenwärtig der Weg auf der neuen Chaussee über den Solling genommen wird, nicht mehr, wie früher,  $1\frac{1}{4}$  sondern nunmehr  $1\frac{3}{4}$  Meilen beträgt, imgleichen die Entfernung zwischen Helmstedt und Halberstadt, welche bisher hiesiger Seits zu 5 Meilen angenommen gewesen, im Einverständniß mit den Königlich Preu-

ßischen Behörden, auf den Grund einer genauen Ausmittlung, auf  $5\frac{3}{4}$  Meilen festgesetzt worden ist; so finden Wir Uns veranlaßt, solches hiedurch zur allgemeinen Kenntniß bringen zu lassen.

Braunschweig, den 6. Januar 1832.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf von Belthheim. v. Schleinitz. F. Schulz

# Verordnungs-Sammlung.

## N<sup>o</sup> 2.

Braunschweig, den 24. Januar 1832.

- (2.) Circular-Rescript an sämtliche Gerichte der hiesigen Lande, die Auslegung der Gemeinheits-Theilungs-Ordnung vom 26sten März 1823 und der Declaration derselben vom 7ten Juni 1827 betreffend.

D. D. Braunschweig, den 11ten Januar 1832.

**Wilhelm, Herzog zc.**

In der Verordnung vom 26sten März 1823, die Theilung der Gemeinheiten betreffend, §. 10., ist der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission

- 1) zu beurtheilen überlassen, in wie fern ein, zwischen den Interessenten einer Theilungssache entstandener Rechtsstreit das Vorschreiten der Theilungsbehörde aufzuhalten geeignet sei, und
- 2) zur Pflicht gemacht, solche Differenzen nach Möglichkeit auszugleichen.

Die Declaration dieser Verordnung, vom 7ten Juni 1827, giebt den Herzogl. Kreisämtern §. 4. auf; die Acten in den fraglichen Fällen, vor Einsendung zum

Rechtsprüche, an die gedachte Commission einzusenden, und zwar mit Beziehung auf beide Bestimmungen.

Nach einer Anzeige dieser Commission wird nun die eben erwähnte Auflage nicht nur von den Localbehörden fast allgemein vernachlässigt, sondern auch von den Gerichten so ausgelegt, als beziehe sie sich nicht auf diejenigen Fälle, wo über den Legitimationspunkt gestritten wird. Da nun hieraus die wesentlichsten Nachtheile hervorgehen, indem auf diese Weise Streitigkeiten, welche durch ein des Theilungsgeschäfts kundige Person im Wege der Güte hätten beigelegt werden können, zu weitläufigen Processen führen und durch die Animosität, welche letztere veranlassen, selbst noch nach Beendigung derselben nicht nur störend auf das Theilungsgeschäft, sondern auch verberberlich auf die übrigen Verhältnisse der Interessenten einwirken, und sehr gewöhnlich Gegenstände mit in Streit und zur processualischen Erörterung gezogen werden, welche auf den Ausfall der Theilung gar keinen Einfluß haben, z. B. Fristgerechtsame, die durch die Theilung ganz unnütz werden, Modificationen der Weidberechtigungen, die den Theilungsmaßstab nicht ändern u.: so finden Wir, auf den Antrag der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission, Uns veranlaßt, hiedurch Folgendes zu bestimmen:

1) daß die Herzoglichen Kreisämter in allen Fällen, ohne Ausnahme, wo bei Einleitung einer Separation Streitigkeiten unter den Interessenten sich hervorthun, es mögen solche ihre Theilnahmrechte oder den Legitimationspunkt betreffen, die Acten, vor Instruction der Sache zum Rechtspruche, an die Deconomie-Commission einzufenden;

2) daß letztere vor Instruction einer solchen Streitsache zum Rechtspruche, zu bestimmen habe, ob dieselbe von Einfluß auf das Theilungsverfahren sei, und daher die zum Rechtspruche zu bringenden Streitfragen von ihr abzufassen und festzustellen seien.

Sämmtliche Kreisämter und Gerichtsbehörden haben sich in vorkommenden Fällen hienach genau zu achten.

Braunschweig, den 11ten Januar 1832.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf von Belthelm. v. Schleinitz. F. Schulz.





# Verordnungs-Sammlung.

## N<sup>o</sup> 3.

---

Braunschweig, den 24. Februar 1832.

---

- (3.) Declaration des §. 2. der Verordnung vom 19. Juli 1827, die Sicherstellung des Publikums gegen Uebervortheilungen bei der Unterhandlung über an- oder auszuleihende Capitalien u. betreffend.

D. D. Braunschweig, den 11. Februar 1832.

## Wilhelm, Herzog u.

Demnach Zweifel darüber entstanden sind, ob nach der Bestimmung des §. 2. der Verordnung vom 19ten Juli 1827, die Sicherstellung des Publikums gegen Uebervortheilungen bei der Unterhandlung über an- oder auszuleihende Capitalien u. betreffend, in den Worten:

Jeder andere, welcher sich der Nachweisung von Capitalien u. gegen Annahme von Gebühren oder einer sonstigen Vergeltung unterzieht, verfällt u.

die angebrohete Strafe erst dann für verwirkt zu halten sei, wenn der unbefugte Unterhändler Gebühren oder eine sonstige Vergeltung bereits wirklich empfangen

habe, oder ob der Ausdruck „gegen Annahme“ nur auf die außer der Straffestsetzung ausgesprochene Verpflichtung, das Empfangene wieder zu erstatten, sich beziehe, und auch eine unbefugte Nachweisung gegen nur stipulirte Gebühr oder Vergütung die festgesetzte Strafe zur Folge haben solle; so wollen Wir zur Beseitigung solcher Zweifel den angezogenen §. hiermit dahin declariren, daß schon durch das Stipuliren einer Vergütung bei den zu Geschäften dieser Art nicht befugten Personen die Anwendung des Strafgesetzes begründet werde.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigesetzten  
Herzoglichen Staats-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 11ten Februar 1832.

( L. S. )

Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf von Belthelm. v. Schleinitz. Z. Schulz.

# Verordnungs-Sammlung.

## N<sup>o</sup> 4.

Braunschweig, den 6. März 1832.

- (4.) Verordnung, die Bestätigung der Statuten einer zu errichtenden Hagelschadenasscuranz-Societät für das Herzogthum Braunschweig und das Fürstenthum Blankenburg betreffend. d. d. Braunschweig, den 25. Februar 1832.

**Von Gottes Gnaden, Wir Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg** &c.

fügen hiemit zu wissen:

Der beträchtliche Schaden, welcher den Feldfrüchten in den verschiedenen Landestheilen durch Hagelwetter alljährlich zugefügt wird, hat das dringende Bedürfnis, den Landwirth gegen Unglücksfälle dieser Art auf eine entsprechende Weise sicher zu stellen, hervorgerufen. Zwar haben auswärtige Asscuranz-Anstalten in vorgekommenen Fällen die versicherte Entschädigung geleistet, allein die Erfahrung hat dennoch die Unzulänglichkeit dieser Anstalten in Hinsicht auf die, in den hiesigen Landen sich ereignenden Unglücksfälle genügend ergeben, und die Errichtung einer auf die hiesigen Lande sich beschränken- den Hagelschaden-Asscuranz-Societät ist daher als ein zweckmäßiges, zur Sicherung der Landwirthes nothwendiges Erfordernis anerkannt worden.

Der Plan zu einer solchen auf Gegenseitigkeit sich gründenden Anstalt ist Uns vorgelegt worden, und da solcher dem Zwecke entsprechend gefunden ist, so wollen Wir den Statuten dieser Hagelschaden-Asscuranz-Societät,

wie solche dieser Verordnung angehängt worden, Unsere Landesherrliche Bestätigung damit ertheilen.

Zugleich haben Wir, um diese gemeinnützige Anstalt so viel als thunlich zu befördern, Uns bewogen gefunden,

- 1) derselben die Sportel- und Stempelfreiheit bei ihren Verhandlungen und die Portofreiheit für die auf der Post zu versendenden Schreiben, Pakete und Geldsummen zu bewilligen;
- 2) zu gestatten, daß die Cassenführung bei dieser Anstalt einem öffentlichen Beamten übertragen werde, und daß
- 3) die rückständigen Beiträge der Versichernden auf den Antrag des Cassenführers und nach geschehener Production des von dem Versichernden ausgestellten Reverseß, durch die betreffenden Gerichte sofort nebst Zinsen und Kosten executivisch beigetrieben, und ohne Weiteres Verfahren an den Cassenführer abgeliefert werden; endlich auch
- 4) zu bestimmen, daß auf die, den Beschädigten zukommenden Entschädigungsgelder bei der Directions-Commission der Societät, so wie bei dem Cassenführer ein Arrest überall nicht angelegt werden dürfe.

Die Behörden, und Alle, welche es betrifft, haben sich hiernach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzogl. Staats-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, am 25sten Februar 1832.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf von Veltheim. v. Schleinitz. F. Schulz.

# Statuten

einer

## Hagel = Affecuranz = Societät für das Herzogthum Braunschweig und Fürstenthum Blankenburg.

---

### I. Organisation des Instituts.

#### §. 1.

Die Hagel = Affecuranz = Societät wird durch einen Verein von größeren und kleinern Landwirthten im Herzogthume Braunschweig und Fürstenthume Blankenburg, denen es um Beförderung einer solchen gemeinnützigen Anstalt zu thun ist, gebildet, und sie kann als vollständig gegründet angesehen werden, sobald als in derselben 500,000 Rthlr. versichert sind.

Die Statuten der Societät haben für die Mitglieder in allen, das Institut betreffenden Angelegenheiten verbindende Kraft; mithin sind alle auf dasselbe Bezug habenden Gegenstände nach diesen Statuten zu beurtheilen und zu entscheiden.

#### §. 2.

Die Oberaufsicht über dieses Institut steht der Landesregierung als höchster Polizeibehörde zu.

### II. Verwaltung des Instituts.

#### §. 3.

Die Verwaltung der Societät wird einer von der Gesellschaft zu erwählenden Directions = Commission, die ihren Sitz in Braunschweig hat, übertragen.

Nur diejenigen Mitglieder, die wenigstens 2000 Rthlr. versichert haben, sind fähig, die Wahl der Directions-Commission zu vollziehen.

Die Directions-Commission besteht aus einem Director und aus zwei Deputirten.

Der Director führt seine Geschäfte vorläufig auf 2 Jahre und kann dann wieder erwählt werden.

Die beiden Directions-Deputirten werden aus der Zahl der Mitglieder der Societät erwählt. Nach Verlauf von zwei Jahren können sie ihre Stellen niederlegen, und es werden statt ihrer durch den §. 5. gedachten Ausschuss Andere erwählt.

Es werden neunzehn Kreis-Commissaire, eben so viel Substituten und sechs Deputirte durch die alle zwei Jahre zu berufene Plenar-Versammlung erwählt, diese Personen bilden den weitem Ausschuss der Gesellschaft, welchem die Wahl des Directors und der übrigen Beamten obliegt.

Dhne triftige Gründe kann aber kein Interessent sich der auf ihn gefallenen Wahl entziehen.

#### §. 4.

Die Directions-Commission besorgt die Leitung sämtlicher allgemeinen Geschäfte der Societät nach den Bestimmungen der bestätigten Statuten.

#### §. 5.

Bei der Bildung der Societät wird von ihren Mitgliedern durch die Wahl ein engerer Ausschuss von sechs Personen ernannt.

Von diesen scheiden jährlich zwei und zwar in den ersten beiden Jahren durch das Loos, und in der Folge durch die Anciennität aus, die aber sofort wieder gewählt werden können. Die Wahl wird dadurch bewirkt, daß ein jeder Interessent des Instituts, der für seine Person mindestens 2000 Rthlr. versichert hat, bei Einsendung sei-

nes jährlichen Entschädigungs-Beitrages zwei Subjecte der Directions-Commission in Vorschlag bringt.

Die beiden Personen, die alsdann die meisten Stimmen haben, ersetzen die Ausgeschiedenen.

### §. 6.

Für jedes Kreisamt werden durch die Directions-Commission durch den im §. 5. gedachten Ausschuß ein Kreis-Commissair und ein Substitut erwählt, zu welchen Ämtern nur durch besondern Ruf und Geschäftskunde ausgezeichnete Männer aus der Zahl der Mitglieder der Societät geeignet sind, die als Commissarien der Directions-Commission die Geschäfte der Anstalt besorgen, die an Ort und Stelle verhandelt werden müssen. Vorzüglich nehmen sie, mit Zuziehung der Taxatoren, die Abschätzung der Hagelschäden vor.

Ohne triftige Gründe kann kein zum Kreis-Commissair oder als dessen Substitut Erwählter die ihn getroffene Wahl ablehnen, und muß sein Amt wenigstens zwei Jahre führen.

### §. 7.

An einem zu bestimmenden Tage im Monate Februar eines jeden Jahres versammelt sich der im §. 5. gedachte Ausschuß zu Braunschweig, und tritt mit der Directions-Commission zusammen, um die Etats und Bücher nachzusehen, die etwa zwischen den Interessenten und der Direction entstandenen Differenzen auszugleichen, die erforderlichen neuen Wahlen der Kreis-Commissarien und deren Substituten zu vollziehen und über etwa obwaltende Mängel der Societät zu berathen und solche abzustellen.

In dieser Versammlung führt der Director den Vorsitz, und die Stimmenmehrheit entscheidet.

Alle Verhandlungen in solchen Versammlungen werden zu Protocolle genommen.



## §. 8.

In wichtigen Fällen, in denen der Director fürchtet, besonders verantwortlich zu werden, steht es ihm frei, die beiden Directorial-Deputirten zusammenzuberufen, und mit ihnen zu berathen.

## §. 9.

Der Rendant führt zwei Rechnungen, als:

- a) die Hauptrechnung über die Einnahme und Verwendung der Beiträge zur Entschädigung der Verunglückten;
- b) eine Rechnung über die Verwaltungskosten des Instituts.

Beide Rechnungen werden mit Ablauf eines jeden Jahrs der Directions-Commission abgelegt, von derselben revidirt und dechargirt, und die Hauptrechnung wird den Mitgliedern des Instituts bekannt gemacht.

## §. 10.

Die Mitglieder des engern Ausschusses erhalten kein Gehalt, keine Diäten und keine Reisekosten, sondern müssen sich durch das Zutrauen der Mitglieder des Instituts belohnt finden.

## §. 11.

Der Director erhält eine nach dem Umfange der Geschäfte zu bestimmendes Fixum, wovon er auch die Bureaukosten zu bestreiten hat, und wird solches vorläufig auf  $\frac{1}{12}$  proCent von der ganzen versicherten Summe angenommen.

Die Directions-Deputirten bekommen keine Besoldung, sondern nur für die Zeit ihres Zusammentritts mit dem Director und für die Reisetage, für den Tag 2 Rthlr. Diäten und für die Reisen für die Meile 1 Rthlr.

Diese so wie die Druck- und sonstigen Kosten müssen ebenfalls auf die sämmtlichen Interessenten der Societät nach dem Verhältnisse ihrer versicherten Summen mit vertheilt und zugleich bei Einzahlung der Entschädi-

gungsbeiträge für stattgehabte Hagelschäden mit bezahlt werden.

### §. 12.

Der Director hat die Zulassung der zur Aufnahme gemeldeten Personen nach Maßgabe der Statuten zu bestimmen und die Aufnahme-Scheine zu ertheilen, die Taxationen zu revidiren, die Prämien und Beiträge einzutreiben, die Zahlung der den durch Hagelschlag beschädigten Interessenten gebührenden Entschädigung, so wie die Zurückzahlung der Vorschüsse anzuordnen, überhaupt für den ordnungsmäßigen Betrieb der Geschäfte, für die richtige Aufstellung der Etats, für die richtige Führung der Bücher und für die vollständige Ordnung der Registratur zu sorgen.

Es müssen außer den, das ganze Institut und die allgemeinen Angelegenheiten betreffenden General-Acten, zur Erläuterung der Hauptbücher und Etats, für jeden einzelnen Interessenten auch vollständige Special-Acten angelegt und geführt werden.

Das Rechnungsjahr läuft vom 1sten Januar bis zum letzten December.

### §. 13.

Die Correspondenz mit der Hagelschaden-Assicuranz-Societät geht an die Directions-Commission; dagegen müssen die dem Institute einzusendenden Gelder an den Rendanten geschickt werden.

## III. Aufnahme der Mitglieder und Austritt derselben.

### §. 14.

Ein jeder, der Landwirthschaft im Herzogthume Braunschweig und Fürstenthume Blankenburg für eigene Rechnung treibt, kann unter den weiterhin folgenden Bedingungen seine Feldfrüchte gegen Hagelschaden bei der Societät versichern. Unter Feldfrüchten sollen aber nur verstan-

den werden, die gewöhnlichen Getreidearten, dann Bohnen, Erbsen, Wicken, Linsen, Buchweizen, Winter- und Sommersaat, Dotter und Flachß. Man kann auf ein Jahr, so wie auch auf eine bestimmte oder unbestimmte Zahl von Jahren beitreten. Im letzten Falle muß die Kündigung, nachdem die Entschädigungs-Beiträge eingezahlt sind, spätestens bis zum 1sten April geschehen.

Eine Asscuranz-Summe von 200  $\text{\$}$  ist als minimum bestimmt, daher diejenigen, die einen geringern Betrag asscuriren wollen, mit andern Besitzern zusammen-treten und einen gemeinschaftlichen Repräsentanten ernennen müssen, mit welchem die Direction's-Commission allein nur unterhandelt, und der für die richtige Abführung der Beiträge verantwortlich bleibt.

Die Unterschriften der Reverse sollen von dem competenten Gerichte, oder von dem betreffenden Ortsvorsteher beglaubigt werden.

Bei der Anmeldung zur Aufnahme in die Societät wird von der versicherten Summe sofort vorläufig  $\frac{1}{2}$  pro Cent praenumerando bezahlt.

Ist eine solche Summe nicht ganz erforderlich, so steht es nach dem Abschlusse einer jeden Jahresrechnung einem jeden Mitgliede frei, seinen Ueberschuß gegen Duitzung zurückzunehmen oder ihn sich auf das nächste Jahr zu Gute rechnen zu lassen.

Die Frage, ob für einige Gegenden, die mehr wie andere Hagelschäden bisher ausgesetzt waren, ein höherer Prämiensatz anzunehmen sei, soll erst nach Verlauf von 10 Jahren näher bestimmt werden.

#### §. 15.

Die Aufnahme der Mitglieder des Instituts findet zu jeder Zeit Statt und die Verbindlichkeit der Societät zum Schadenersatz geht von dem Tage der Ausfertigung des Receptionsscheins an, oder wenn sich solche verspäten

sollte, acht Tage von dem nachzuweisenden Eingangstage des Reverses an, wenn von Seiten der Directions-Commission keine Bedenken geäußert sind, unbedingt einen Receptionschein zu ertheilen.

Ein solches Bedenken könnte Statt finden, wenn Zweifel über die Solvenz eines sich zur Aufnahme Gemeldeten entstanden, und darüber erst der betreffende Ortsvorsteher vernommen werden mußte.

Uebrigens können keine Feldfrüchte gegen Hagelschaden versichert werden, die schon einmal verhagelt sind.

### §. 16.

Wer dem Institute beitreten will, ist verpflichtet, seine sämtlichen assicuranzfähigen Früchte im Winter, Sommer und Brachfelde versichern zu lassen, wenigstens die verschiedenen Getreidearten, als: Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Hülsenfrüchte, insofern sie sich in einer Feldflur befinden.

Will Jemand aber nur einzelne Fruchtarten versichern, so wird vorläufig festgesetzt, daß die Prämiensätze für die versicherten Summen für die Sommer- und Brachfelder, für die Winterfelder und für die Delsaaten nach den Verhältnißzahlen 3, 4 und 6 zu bestimmen sind.

### §. 17.

Ein Jeder, der dem Institute beitrith, kann die assicuranzfähigen Früchte nach seinem Gutbefinden schätzen und der Directions-Commission angeben, wie hoch er die sämtliche Ausfaat der verschiedenen Fruchtarten in Preussischen Courant versichern will.

Wenn Jemand alle seine Winterfrüchte oder einen Theil derselben durch Frost, oder sonst auf eine Art verliert, und sich genöthigt sieht, die Aecker, worauf solche gestanden, mit anderen Früchten wieder zu bestellen, und diese erleiden Hagelschaden, so treten letztere an die Stelle

der ersteren, wenn sie nur überhaupt zu assicuranzfähigen Früchten gehören.

Es muß bei der Taxation des Schadens aber genau nachgewiesen und in dem Protocolle bemerkt werden, daß auf solchen Aekern auch zuvor wirkliche Winterfrüchte ausgesät gewesen, und aus welchem Grunde solche ausgeackert sind.

### §. 18.

Der Antrag um Aufnahme in das Institut muß bei der Directions-Commission desselben schriftlich eingereicht, und mit demselben muß zugleich übergeben werden:

- a) der nach dem Schema sub litt. A. auszustellende Revers, dessen Unterschrift von einer Gerichtsbehörde oder von dem Ortsvorsteher zu beglaubigen ist;
- b) ein specielles Saatregister nach dem Schema sub litt. B. in duplo.

Sollte nach Uebergabe des Saatregisters eine veränderte Bestellung nöthig werden, so tritt die neue Fruchtart in die Stelle der vorigen. Eine solche Aenderung muß jedoch bei Verlust der zu hoffenden Vergütung sofort der Directions-Commission angezeigt werden.

### §. 19.

Findet die Directions-Commission Bedenken, ein sich meldendes Subject in das Institut aufzunehmen, und die obwaltenden Bedenklichkeiten können nicht sofort gehoben werden, so erhält es sein eingesandtes Saatregister nebst dem Reverse und den Receptionsgeldern, wenigstens binnen 14 Tagen von der Zeit des Eingangs angerechnet, zurück. Im entgegengesetzten Falle wird es als Mitglied in das Hauptbuch des Instituts eingetragen, und ihm der von der Directions-Commission vollzogene Receptionsschein nach dem Schema sub litt. C. und ein Exemplat von dem eingesandten Saatregister von der Directions-Commission bescheinigt zugestellt.

Es steht einem jeden Mitgliede des Instituts frei, sein Asscuranz-Quantum für jedes Jahr zu erhöhen oder zu vermindern, welches durch die einzureichenden Saattregister bewirkt wird.

### §. 20.

Der Austritt aus der Gesellschaft steht einem jeden Mitgliede frei, sobald als die für das laufende Jahr repartirten Beiträge zur Entschädigung der Verunglückten ausgeschrieben, und von dem Austretenden sein Antheil berichtigt ist. Es kann mithin zwischen dem 1sten Mai und 1sten October kein Austritt Statt finden.

Wer aus der Gesellschaft ausscheidet, wenn er ihr auf unbestimmte Zeit beigetreten ist, muß der Directions-Commission seinen Receptionsschein einsenden, wogegen er den von ihr ausgestellten Revers zurück erhält.

### §. 21.

Wenn ein Mitglied seinen Beitrag zur Entschädigung der Verhagelten und zur Erhaltung des Instituts nicht freiwillig und ohne Zwang wenigstens innerhalb zweier Monate nach erfolgtem Ausschreiben einzahlt, so kann der Säumige nur unter der Bedingung ferner zugelassen werden, daß er einen sicheren Bürgen für sich stellt, der den Revers mit unterschreibt. Ferner tritt derjenige, welcher irgend Etwas unternimmt, wodurch der Societät Schaden erwächst, als Mitglied aus, und kann erst dann wieder aufgenommen werden, wenn die Directions-Commission eine erneuerte Zulassung angemessen findet.

Die Untersuchung und Entscheidung über die Ausschließung steht der Directions-Commission zu und wird den Excludirten mit der Aufforderung bekannt gemacht, den Receptionsschein gegen Zurücknahme des Reverses einzusenden. Erfolgt die Einsendung nicht, so wird sie durch Requisition des vorgesetzten Gerichts bewirkt.

#### IV. Verfahren bei der Ausmittlung und Feststellung des Schadens.

##### §. 22.

Sobald als sich ein Hagelschaden an versicherten Feldfrüchten ereignet, sei es auf dem Halme, auf Schwaden oder in Stiegen, macht der Verunglückte, der remissionsfähig zu sein glaubt, den Commissair seines Kreises mit der gewissenhaften Angabe: wie hoch er seinen Schaden an den verschiedenen Fruchtarten schätze, binnen 48 Stunden, bei Verlust der Entschädigungsansprüche, bekannt; ist aber der Kreis-Commissair abwesend oder behindert, so geschieht die Anzeige an dessen Substituten, was auch dann eintritt, wenn der Kreis-Commissair selbst theilhaftig ist.

Der Kreis-Commissair verfügt alsdann, nach vorausgegangener vorläufiger Besichtigung, die Abschätzung des Hagelschadens, und dirigirt solche.

Wer selbst verhindert oder bei dem Unglücksfalle theilhaftig wird, requirirt dazu seinen Substituten, und sollten auch bei diesem gleiche Behinderungen eintreten, den nächsten Kreis-Commissair.

Die Abschätzung darf nicht früher als sechs Tage nach erfolgtem Hagelschaden Statt finden, wenn nicht etwa *periculum in mora* vorhanden ist, z. B. kurz vor der Erndte.

Fällt ein Hagelwetter aber so frühzeitig ein, daß sich der an den Früchten verursachte Schaden erst nach Verlauf einiger Zeit richtig beurtheilen läßt, so setzt der Kreis-Commissair die Zeit der Abschätzung des Hagelschadens so weit hinaus, als er es den Umständen nach für angemessen findet. Es muß aber der Schaden bis zum Verlauf von 10 Tagen nach geschehener Anmeldung auf jeden Fall besichtigt sein.

Glaubt ein Beschädigter, daß ihm durch einen von

dem Kreis-Commissarius zu weit hinaus gesetzten Termin der Taxe Nachtheil erwachse, so kann er desfalls seine Beschwerde, wenn sie der Kreis-Commissarius nicht für erheblich hält, bei der Directions-Commission einreichen.

### §. 23.

In einem jeden Kreise werden von der Directions-Commission, auf den Vorschlag der Kreis-Commissarien, sechs Taxatoren ernannt, die bei ihren Gerichten ein für alle Mal beeidigt werden. So viel als thunlich, ist darauf zu sehen, daß die zu ernennenden Taxatoren Mitglieder des Instituts sind, in demselben eine nicht zu unbedeutende Summe versichert haben, und anerkannt rechtliche, erfahrene, practische Landwirthe sind.

Der Kreis-Commissair ernennt die Taxatoren zu einer jeden Abschätzung, und macht sie dem Beschädigten nebst dem angeetzten Termine bekannt. Hat derselbe gegen den einen oder den andern Taxator gegründete Einwendungen zu machen, so wird der Dirigent der Abschätzung auf seine Anzeige einen andern Taxator ernennen.

Hat sich der Beschädigte die Zuziehung der ihm angezeigten Taxatoren aber gefallen lassen, so bleibt ihre Abschätzung für ihn durchaus verbindlich; und er kann nur die von diesen ihm zuerkannte Entschädigung erhalten.

Der Beschädigte darf bei der Abschätzung nicht zugegen sein.

Ist der Schaden muthmaßlich unter 300  $\mathfrak{R}$ , so sind zwei Taxatoren hinreichend; ist er aber höher, so sind ihrer drei erforderlich. Beträgt der Schaden muthmaßlich aber unter 50  $\mathfrak{R}$ , so ist die Anwendung von einem Taxator genügend.

Sind die verpflichteten Taxatoren des Instituts von dem Orte, wo Hagelschaden abzuschätzen ist, zu entfernt, und ist der Schaden so unbedeutend, daß nur ein Taxator zu seiner Abschätzung erfordert wird, so können dazu von



dem Districts-Commissair, zur Ersparung der Kosten, auch andere qualifisirte vereidete Taxatoren gebraucht werden, nur müssen sie nicht aus demselben Orte sein, auf dessen Feldmark der Hagelschaden Statt gefunden hat.

Die Taxatoren dürfen übrigens so wenig unter sich als mit dem Beschädigten verwandt oder verschwägert sein, oder zu den letzteren in einem so abhängigen Verhältnisse stehen, wodurch ihre Zuverlässigkeit zweifelhaft wird; auch dürfen sie nicht selbst als Mitglieder des Instituts in demselben Jahre Hagelschaden erlitten haben.

#### §. 24.

In dem zur Abschätzung eines Hagelschadens angesetzten Termine muß sich der Dirigent des Geschäfts zuvor durch die Vernehmung der Taxatoren noch überzeugen, daß sie mit dem Verhagelten so wenig als unter sich in einem solchen Verhältnisse stehen, wodurch ihre Glaubwürdigkeit vermindert wird, wie solches bereits in dem §. 23. gesagt ist, und muß dieses in der aufzunehmenden Verhandlung ausdrücklich bemerkt werden.

Die das Abschätzungsgeschäft leitende Person macht die Taxatoren auf ihren geleisteten Eid aufmerksam, theilt darauf denselben die sub litt. D. anliegende Instruction mit, weist sie danach zur Aufnahme der Abschätzung an, nimmt darauf die Abschätzung der Taxatoren zu Protocoll, läßt dasselbe nach geschehener Verlesung von den Taxatoren unterschreiben, und schickt es der Directions-Commission, nebst der Bemerkung der aufgelaufenen Kosten, sofort, wenigstens binnen den ersten acht Tagen seit der Abschätzung; ein; ertheilt auch dem Beschädigten, wenn er es verlangt, auf seine Kosten Abschrift davon.

#### §. 25.

In dem zur Abschätzung des Schadens angesetzten Termine übergiebt der Beschädigte dem Dirigenten der Abschätzung ein Verzeichniß der verhagelten Stücke auf den

Grund des bei der Direction eingesandten und von derselben bescheinigt zurückerhaltenen Saatregisters.

Der Dirigent der Abschätzung hat dafür zu sorgen, daß aus der Gemeinde ein besonders dazu vereideter, zuverlässiger und des Feldes kundiger Mann die Taxatoren zur Anweisung in das Feld begleite, und dahin siehet, daß ihnen keine andere Ackerstücke angewiesen werden, als die in dem bei der Societät eingereichten Saatregister aufgeführt sind.

Ist den vorgedachten Erfordernissen nicht genügt, so kann die geschehene Abschätzung nicht für gültig anerkannt werden, und die desfalligen Verhandlungen müssen dem Dirigenten der Abschätzung zur Vervollständigung zurückgeschickt werden.

#### §. 26.

Wenn ein verhagelt gewesenes Feld zum zweiten Male bestellt wird, und abermals verhagelt, so findet dafür nur dann eine Entschädigung Statt, wenn es von neuem versichert war. Wird aber ein zum Theil verhageltes Feld nochmals vom Hagel beschädigt, so wird der doppelte Schaden abgeschätzt und dadurch die erste Abschätzung aufgehoben.

#### §. 27.

Wenn die Taxatoren durch ihre Abschätzung den Schaden für eine jede Breite oder für ein jedes Ackerstück, in Gemäßheit der unter litt. D. angehängten Instruction, nach quantitativen Verhältnissen, ohne sich auf die Angabe des Ertrages weiter einzulassen, ausgemittelt haben; so wird danach die Berechnung des Schadens für verschiedenen versichert gewesene Fruchtarten aufgestellt, und den verhagelten Interessenten bekannt gemacht.

#### §. 28.

Mit den Taxationsprotocollen sind zugleich die Liquidationen der Abschätzungskosten einzusenden, die, nach-

dem sie von der Directions-Commission geprüft und festgestellt sind, aus der Casse bezahlt werden.

Ergiebt aber die Taxation, daß der Schaden der einzelnen Fruchtgattungen nur ein Zwölftheil oder darunter beträgt, so wird dafür eine Entschädigung von der Gesellschaft nicht geleistet, und hat der Beschädigte die Kosten der Abschätzung selbst zu tragen.

### §. 29.

Was die Diäten und Reisekosten betrifft, so sind:

#### a. Die Diäten pro Tag

- 1) für den Dirigenten auf . . 2 Rthlr. — Ggr.
- 2) für einen Taxator, wenn er  
Gutsbesitzer oder Beamter  
ist, auf . . . . . 2 „ — „
- 3) für einen solchen aus dem  
Bauernstande auf . . . . 1 „ — „

#### b. Die Reisekosten

- 1) für die vorhin sub A 1.  
und 2. gedachten Personen  
pro Meile für 2 Extra-  
postpferde, nebst Trinkgeldern  
und Wagenmiethe, auf . . 1 „ — „
- 2) für einen Taxator aus dem  
Bauernstande für ein Reit-  
pferd täglich auf . . . . — 16 „

festgesetzt.

Werden aber in einem Tage die Hagelschäden auf mehreren Feldmarken untersucht und abgeschätzt, so können die dazu gebrauchten Personen nur einfache Diäten erhalten.

## V. Aufbringung der Administrationskosten und der Entschädigungsgelder, sowie deren Auszahlung an die Beschädigten.

### §. 30.

Die der Directions-Commission von den Kreis-Commissariaten eingesandten Taxationsprotocolle und sonstigen Verhandlungen werden von derselben sorgfältig geprüft, und wenn sich dabei Mängel finden sollten, solche rectificirt, oder, insofern solches nicht geschehen kann, werden die Verhandlungen zurückgeschickt, um ihnen die erforderliche Brauchbarkeit zu geben.

### §. 31.

Findet sich gegen die Taxationsprotocolle nichts zu erinnern, oder haben sie durch Rectification die erforderliche Brauchbarkeit erhalten, so werden sie von der Directions-Commission genehmigt, und die sich daraus ergebenden Summen in den Etat der Entschädigungsbeiträge für das laufende Jahr eingetragen.

### §. 32.

Nach völlig beendigter Erndte erfolgt die Repartition der Beiträge zur Entschädigung der verunglückten Interessenten und der Administrationskosten.

Die Taxationsverhandlungen müssen zu dem Ende ohne Zeitverlust, wenigstens binnen acht Tagen, der Directions-Commission von den Kreis-Commissariaten eingesandt werden, und sind solche, wenn es unterbleibt, dafür verantwortlich. Die Directions-Commission wird ihnen über den richtigen Empfang solcher Verhandlungen jedes Mal eine Bescheinigung zukommen lassen.

### §. 33.

Nach der Aufstellung und dem Abschlusse der Etats der Entschädigungsgelder und der Administrationskosten wird

die sich daraus ergebende Summe gegen die Hauptsumme der ganzen Affecuranz balancirt, und danach ausgemittelt, wie viel von einem jeden Hundert der versicherten Summe an Entschädigungsgeldern und Administrationskosten beizutragen ist.

#### §. 34.

Die specielle Vertheilung auf die einzelnen Interessenten wird dann sofort gemacht, und einem jeden sein zu zahlender Beitrag angezeigt. — Es müssen aber auch natürlich die Beschädigten, nach Verhältnisse ihrer Affecuranzsummen, so gut wie die übrigen Interessenten des Instituts, ihre Beiträge geben, resp. sich solche an den Entschädigungsgeldern absetzen lassen.

#### §. 35.

Die dergestalt repartirten Beiträge müssen binnen vier Wochen nach der, von der Directions-Commission abgegangenen Repartition an den Rendanten des Instituts in Preussischen Courant franco eingezahlt werden.

#### §. 36.

Wer seine Beiträge binnen dieser bestimmten Zeit nicht berichtigt, von dem werden sie sofort auf dem Wege der Execution mit 5 Procent Verzugszinsen, vom Tage des Zahlungstermins an, welcher vier Wochen vorher durch die hiesigen Anzeigen bekannt gemacht werden soll, auf den Grund des ausgestellten Reverses, beigetrieben, und überdem erfolgt der Ausschluß von der Societät auf immer.

Sollte aber der Beitrag eines Mitgliedes durch Insolvenz verloren gehen, so wird dieser Ausfall mit in Ausgabe gestellt.

#### §. 37.

Die Auszahlung der Entschädigungsgelder erfolgt, sobald als die Beiträge bei der Cassé eingezahlt sind, und spätestens nach Verlauf von drei Monaten nach geschehener Ausschreibung der Beiträge.

Damit aber die etwa eintretenden Rückstände keinen Aufenthalt in der Auszahlung der Entschädigungsgelder veranlassen, so werden solche auf Kosten der Säumigen negociirt, und die rückständigen Beiträge, nebst den schon erwähnten Zinsen und allen Kosten, von ihnen beigetrieben.

#### §. 38.

Stirbt ein Interessent, der Entschädigungsgelder zu erhalten hat, so werden solche von dem Institute, wenn sich die Erben nicht völlig als solche legitimiren können, an das Gericht ausgezahlt, welches den Nachlaß regulirt.

#### §. 39.

Von den Entschädigungsgeldern können, außer den etwa rückständigen Beiträgen oder Administrationskosten, keine Abzüge gemacht werden.

### VI. Allgemeine Bestimmungen.

#### §. 40.

Alle Anträge und Schreiben an die Directions-Commission oder an die Districts-Commissarien müssen von den Absendern frankirt werden, so auch alle Geldeinsendungen. Sollte solches unterbleiben, so wird das vorgeschossene Porto von der Post wieder avancirt und eingezogen werden.

In der Correspondenz der Directions-Commission und mit derselben, sowie mit den Districts-Commissarien, fallen alle Curialien weg.

#### §. 41.

Wenn Streitigkeiten zwischen der Directions-Commission und den Mitgliedern der Societät entstehen, so findet darüber ein gerichtliches Verfahren nicht Statt, vielmehr werden solche in erster und letzter Instanz durch drei Schiedsrichter entschieden, von denen der erste von dem Beschwerdeführenden, der zweite durch die Directions-Commission und der dritte durch das Herzogl. Landesgericht zu Wolfenbüttel erwählt wird.

## A.

**Schema zum Reverse.**

Ich Endesunterscriebener erkläre hiemit, daß ich der Hagelaffecuranz = Societät zu Braunschweig auf Jahre beigetreten bin, und die zu hoffende Erndte von den von mir bewirthschaftet und benutzt werdenden Aekern nach näherem Inhalte des anliegenden Saatregisters mit Thalern geschrieben

Thalern Preussisch-Courant bei dieser Societät versichert habe.

Ich unterwerfe mich allen denen mir bekannten, in dem Grundgesetze des Instituts enthaltenen Bedingungen, und verpflichte mich, die Beiträge zur Entschädigung bei sich ereignenden Unglücksfällen und die Gebühren zur Erhaltung der Anstalt, so wie die Receptionsgelder alles nach Verhältnisse meines Affecuranz-Quantum in der festgesetzten Zeit zu berichtigen, oder wenn ich damit dennoch säumig sein sollte, mir die executivische Beitreibung aller dieser Gelder, ohne processualische Weitläufigkeit, gefallen zu lassen.

Unter meinem Siegel und meiner Unterschrift, die ich vorschriftsmäßig habe beglaubigen lassen.

N. N., den                      ten

18

(L. S.)                      N. N.

Folgt die beglaubigte Unterschrift von einem Gerichte oder einem Notar.

S a a t r e g i s t e r

über die in der Feldmark im Kreisamte bele-  
genen, zu dem Gute (Ackerhöfe) gehörigen Acker, deren Ertrag bei der Hagel-  
schaden-Versicherungsgesellschaft in Braunschweig versichert ist.

[illegible]



## Schema C.

## Receptionschein.

Nachdem Herr N. N. zu N. N. wegen der von ihm bewirthschaf teten Grundstücke zu N. N. der hiesigen Hagel-  
 affecuranz-Societät unter dem heutigen Tage auf Jahre  
 beigetreten ist, den dieselhalb durch die Statuten vorge-  
 schriebenen Erfordernissen genügt, und den deshalb erforder-  
 lichen Revers unter dem ten vollzo-  
 gen und eingereicht hat, daher auch in dem Hauptbuche  
 der Societät № pag. als Theilnehmer lein-  
 getragen ist, so wird derselbe durch gegenwärtigen Recep-  
 tionschein als solcher anerkannt und ihm zugleich die Ver-  
 sicherung ertheilt, daß im Falle eines ihn treffenden Hagel-  
 schadens ihm die statutenmäßige Entschädigung, nachdem  
 den durch die Statuten bestimmten Vorschriften genügt  
 worden, unweigerlich ausbezahlt werden sollen.

Braunschweig, den ten

18

Die Directions-Commission der Braunschweiger  
 Hagelschaden-Affecuranz-Societät.

## D. Instruction für die Taxatoren.

### §. 1.

Die Taxatoren haben den durch Hagelwetter den assicurirten Früchten zugefügten Schaden genau auszumitteln, und den Verlust einer jeden Fruchtart und eines jeden Ackerstücks oder einer jeden Ackerbreite zu der ganzen Erndte, wenn kein Hagelwetter Statt gehabt hätte, nach quantitativen Verhältnissen in unbenannten Brüchen, z. B. zu  $\frac{1}{2}$ ,  $\frac{1}{4}$ ,  $\frac{1}{6}$ ,  $\frac{1}{8}$  u. s. f. anzugeben, wobei das Stroh mitgerechnet wird.

### §. 2.

Die zu solchen Abschätzungen gewählten Taxatoren werden ein für alle Mal gesetzmäßig vereidigt, und bei jedesmaliger Abschätzung von dem Dirigenten derselben nur auf ihren geleisteten Eid verwiesen.

### §. 3.

Den Taxatoren wird vor der Taxation ein genaues Verzeichniß von den verhagelten und von ihnen abzuschätzenden Aekern von der das Abschätzungsgeschäft leitenden Person übergeben, und zur Anweisung der Taxatoren ein des Feldes kundiger Mann mitgegeben.

### §. 4.

Es ist nur der durch Hagel an den assicurirten Früchten entstandene Schaden auszumitteln und abzuschätzen, nicht also solcher, der in Ueberschwemmungen oder andern Unglücksfällen seinen Grund hat.

### §. 5.

Die Taxatoren müssen daher das verhagelte Feld nach dem ihnen gegebenen Verzeichnisse der Stücke genau durchgehen, berücksichtigen, in wiefern sich die verhagelten Früchte noch etwa wieder erholen können, und den wirklichen Schaden nach ihrer gewissenhaften Ueberzeugung angeben.

## §. 6.

Trifft Hagelschlag die Früchte, wenn sie schon angefaßt haben, oder auf Schwaden liegen, oder in Stiegen stehen so ist darauf besonders zu achten, ob in dem ersten Fa die Halme oder die Aehren, die nicht ab- oder zusammengeschlagen sind, durch das Anschlagen des Hagels nicht Querschnitten erhalten haben, wodurch die Frucht leidet und unvollständig bleibt, in den letzten beiden Fällen aber wie vielste Theil von Körnern ausgeschlagen ist.

## §. 7.

Die Taxatoren taxiren ein jeder für sich, und von den verschiedenen Angaben wird dann durch den Dirigenten der Durchschnitt ausgemittelt und in eine tabellarische Form gebracht.

---

# Verordnungs-Sammlung.

## N<sup>o</sup> 5.

---

Braunschweig, den 9. März 1832.

---

- (5.) Verordnung, die Aufhebung der §. §. 4. bis 7. der Verordnung vom 7ten Februar 1831, wegen Ergänzung und Abänderung der Forststrafdirectorii *ic.* betreffend. d. d. Braunschweig, den 29sten Februar 1832.

**V**on Gottes Gnaden, Wir Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg *ic.*

Da die vorübergehenden Gründe, welche Uns bewogen haben, die Bestimmungen der §. §. 4. bis 7. der Verordnung vom 7ten Februar 1831, die Ergänzung und Abänderung des Forststrafdirectorii und der Verordnung vom 5ten Mai 1815, wegen des in Forststraffachen zu beobachtenden Verfahrens, betreffend, bis auf Weiteres zu erlassen, nicht mehr fort dauern; so wollen Wir hie mit verordnen:

- 1) daß die §. §. 4. bis 7. des angezogenen Gesetzes außer Wirksamkeit treten;

- 2) daß wegen aller im §. 4. gedachten Vergehen, im Falle der Frevler zur Tragung der angedroheten Geld = Strafen unvermögend sein sollte, die §. §. 22. und 23. der Verordnung vom 5ten Mai 1815 das in Forststrassachen zu beobachtende Verfahren, sowie die Verordnung vom 20sten April 1826, die Bestrafung der Forstfrevler und die Vollziehung der denselben zuerkannten Strafen betreffend, wieder in Kraft tteten.

Die Behörden, Officianten und jeder, den es sonst angeht, haben sich hienach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebruckten Herzoglichen Staats = Canzlei = Siegels.

Braunschweig, den 29sten Februar 1832.

( L. S. )

Auf Höchsten Special = Befehl.

Graf von Belthheim. v. Schleinitz. F. Schulz.

# Verordnungs-Sammlung.

N<sup>o</sup> 6.

---

Braunschweig, den 23. März 1832.

---

(6.) Verordnung, das Verbot der in Rheinbaiern erscheinenden Zeitblätter: die »deutsche Tribüne« und der »Westbote«, auch des zu Hanau erscheinenden Zeitblattes: die »Neuen Zeitschwingen« betreffend.

D. D. Braunschweig, den 16. März 1832.

Von Gottes Gnaden, Wir Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

Demnach von der deutschen Bundesversammlung in der 9ten diesjährigen Sitzung unterm 2ten d. Mts. folgender Beschluß gefaßt worden:

„Die Bundesversammlung hat sich aus den von „der Bundestags-Commission in Pressangelegenheiten „erstatteten Vorträgen und vorgelegten Artikeln der in „Rheinbaiern erscheinenden Zeitblätter: die „deutsche „Tribüne“ und der „Westbote“, so wie auch „der in Hanau erscheinenden „Neuen Zeitschwingen“, überzeugt, daß diese Zeitblätter die Würde

„und Sicherheit des Bundes und einzelner Bundes-  
 „staaten verletzen; den Frieden und die Ruhe Deutsch-  
 „lands gefährden, die Bande des Vertrauens und  
 „der Anhänglichkeit zwischen Regenten und Volk auf-  
 „zulösen sich bestreben, die Autorität der Regierungen zu  
 „vernichten trachten, die Unverletzlichkeit der Fürsten  
 „angreifen, Personen und Eigenthum durch Auffor-  
 „derung zur Gewalt bedrohen, zum Aufruhr anrei-  
 „zen, eine politische Umgestaltung Deutschlands und  
 „Anarchie herbeizuführen und staatsgefährliche Ver-  
 „eine zu bilden und zu verbreiten suchen, — sie hat  
 „daher, auf den Grund des provisorischen Pressege-  
 „setzes vom 20sten Septbr. 1819, §. 1, 6 und 7,  
 „welches, nach den einstimmig und wiederholt ge-  
 „fassen Beschlüssen aller Bundesglieder, so lange in  
 „Kraft besteht, bis der Deutsche Bund sich über neue  
 „gesetzliche Maßregeln vereinigt haben wird, so wie  
 „in pflichtmäßiger Fürsorge für die Erhaltung des  
 „Friedens und der Ruhe im Bunde, im Namen  
 „und aus Autorität desselben beschlossen:

„1. Die in Rheinbaiern erscheinenden Zeitblätter:  
 „die „deutsche Tribune“ und der „Westbote“,  
 „dann das zu Hanau erscheinende Zeitblatt: die  
 „„Neuen Zeitschwingen“, so wie diejenigen  
 „Zeitungen, die etwa an die Stelle der drei genann-  
 „ten — unter was immer für einen Titel — treten

„sollten, werden hiedurch unterdrückt und in allen  
„Deutschen Bundesstaaten verboten.

„2. In Folge dessen dürfen die Herausgeber ge-  
„dachter Zeitblätter, nämlich der deutschen Tribüne,  
„Dr. Wirth, des Westboten, Dr. Siebenpfeif-  
„fer, und der Redacteur der Neuen Zeitschwingen,  
„angeblich Georg Stein, nach Vorschrift des §. 7  
„des Bundesbeschlusses vom 20sten September 1819  
„binnen 5 Jahren a dato in keinem Bundesstaate  
„bei der Redaction einer ähnlichen Schrift zugelaf-  
„sen werden.

„3. Die Bundesregierungen werden durch ihre  
„Gesandtschaften ersucht, diesen Beschluß unverzüg-  
„lich in den Gesetz- oder Amtsblättern bekannt zu  
„machen.

„4. Sämmtliche Regierungen, besonders die Kö-  
„nigl. Baiersche und die Kurfürstlich Hessische, wer-  
„den ersucht, diesen Beschluß zur Vollziehung zu  
„bringen.

„5. Die Gesandtschaften werden binnen vier Wo-  
„chen die Bundesversammlung in Kenntniß setzen,  
„daß und in welcher Weise diese Bekanntmachung  
„und Vollziehung erfolgt ist.“

so wird derselbe hiedurch zur allgemeinen Nachachtung be-  
kannt gemacht; auch werden die betreffenden Behörden an-  
gewiesen, auf die genaueste Befolgung dieser Vorschrift



zu achten, und etwaige Uebertreter derselben nach Maßgabe  
der gegen die Verbreitung verbotener Schriften bestehenden  
Gesetze zur gebührenden Verantwortung zu ziehen.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten  
Herzoglichen Staats-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 16ten März 1832.

(**L. S.**)

Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf von Belthelm. v. Schleinitz. F. Schulz.

# Verordnungs-Sammlung.

## N<sup>o</sup> 7.

---

Braunschweig, den 27. März 1832.

---

- (7.) Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministerii, das Verbot der zu Freiburg erscheinenden Zeitung »der Freisinnige« betreffend.

d. d. Braunschweig, den 21sten März 1832.

Da es mit der bestehenden Gesetzgebung, welche die Censur der Druckschriften vorschreibt, unverträglich ist, daß eine, in einem Deutschen Bundesstaate ohne vorgängige Censur erscheinende Zeitung in den hiesigen Landen zugelassen werde, und daher die Verbreitung der zu Freiburg unter dem Titel: „der Freisinnige“ herauskommenden Zeitung nicht gestattet werden darf, so wird solche hiedurch verboten, und werden alle Behörden, insbesondere die Post- und Polizeibehörden auf die

Aufrechthaltung dieses Verbots zu achten, hiedurch an-  
gewiesen.

Braunschweig, den 21sten März 1832.

Herzogl. Braunschweig = Lüneburgisches  
Staats = Ministerium.

Graf von Belthelm. v. Schleinitz. F. Schulz.

# Verordnungs-Sammlung.

## N<sup>o</sup> 8.

Braunschweig, den 1. Mai 1832.

(8.) Bekanntmachung, die in Umlauf gekommenen Acht-Gutegroschen- und Ein-Thaler-Stücke betreffend.

D. d. den 24sten April 1832.

Eingegangener Anzeige zufolge sind in der Ortschaft Salder zwei falsche Preussische Ein-Thaler-Stücke mit der Jahreszahl 1815 in Zahlung gegeben. Da die Unächtheit derselben sehr bald entdeckt worden, so ist es möglich gewesen, diejenigen, welche sie ausgegeben haben, sogleich in gefängliche Haft zu bringen, und bei einer mit ihnen vorgenommenen Untersuchung haben sich denn sowohl noch mehrere falsche Ein-Thaler-Stücke mit derselben Jahreszahl, als auch eine Anzahl falscher Churfürstl. Hessischer Acht-Gutegroschen-Stücke mit der Jahreszahl 1828 vorgefunden. Dieselben lassen sich von den Achten sehr leicht durch den fehlenden Klang, das flache, unreine Gepräge, besonders der darauf befindlichen Brust-

bilder unterscheiden, die Acht-Gutegroschen-Stücke aber vorzüglich durch ihre Farbe und leichte Biegsamkeit.

Da es nun zu besorgen ist, daß von diesen falschen Münzen noch mehrere in Umlauf gebracht sind, so wird das Publikum hiedurch auf dieselben aufmerksam gemacht und vor deren Annahme gewarnt.

Braunschweig, den 24. April 1832.

**Herzogl. Braunschweig-Lüneburgisches  
Staats-Ministerium.**

**Graf von Belthelm.      v. Schleinitz.      Schulz.**

# Verordnungs-Sammlung.

## N<sup>o</sup> 9.

Braunschweig, den 25. Mai 1832.

- (9). Declaration der Verordnung vom 15. Januar 1824, die Berichtigung des der Verordnung vom 7. October 1823 beigefügten Verzeichnisses der Entfernungen der Poststationen in den hiesigen Landen betreffend.

D. d. Braunschweig, den 14. Mai 1832.

**V**on Gottes Gnaden, Wir **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

Zu der Verordnung vom 15. Januar 1824 ist die Entfernung zwischen Königsutter und der damals zu Kloster Marienberg bei Helmstedt befindlich gewesenen Posthalterei auf  $1\frac{3}{4}$  Meilen bestimmt worden. In Folge der mit dem 1. April d. J. eingetretenen Verlegung jener Posthalterei nach Helmstedt muß diese Bestimmung künftig hinwegfallen; dagegen halten Wir es für billig und wollen hiemit verordnen, daß die eine Viertelmeile betragende Entfernung zwischen Helmstedt und der Vorstadt Neumark bei Beförderung von Extraposten, welche theils von gedachter Vorstadt ausgehen, theils daselbst

von den Postkilonen der Station Königsutter abgesetzt und durch den Posthalter zu Helmstedt weiter befördert werden, diesem angerechnet und daher künftig die Entfernung von Königsutter bis in die Vorstadt Neumark zu  $1\frac{3}{4}$  und von dort bis Erxleben zu  $2\frac{1}{2}$  Meilen angenommen werde.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten  
Herzoglichen Staats - Kanzlei - Siegels.

Braunschweig, den 14ten Mai 1832.

( **L. S.** )

Auf Höchsten Special - Befehl.

Graf von Belthelm.      v. Schleinitz.      Schulz

# Verordnungs-Sammlung.

## N<sup>o</sup> 10.

---

Braunschweig, den 22. Juni 1832.

---

(10.) Verordnung, die, in Folge der Errichtung einer Poststation zu Wolfenbüttel, vorgenommene Bestimmung der Orte, nach welchen künftighen von dort Extraposten befördert werden können, so wie der dabei zum Grunde zu legenden Entfernungen, betreffend.

D. D. Braunschweig, den 9. Juni 1832.

**V**on Gottes Gnaden, Wir **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg 2c.

Da zu Wolfenbüttel eine mit dem 1. Juli d. J. in Wirksamkeit tretende Poststation angelegt worden ist, so finden Wir Uns veranlaßt, die Orte, nach welchen künftighen von dort Extraposten befördert werden können, so wie die dabei anzunehmenden Entfernungen, hiedurch folgendergestalt zu bestimmen:

Von der vor Wolfenbüttel belegenen Station nach

Braunschweig 1 1/2 Meilen

Rocklum . . . 2 1/2 =



Von der vor Wolfenbüttel belegenen Station nach

Hessen . . . 3  $\frac{1}{2}$  Meilen

Hornburg . . 2  $\frac{1}{2}$  "

Immenhof . 1 "

Königsblutter . 3  $\frac{1}{4}$  "

Schlade . . 2  $\frac{1}{2}$  "

Schöppenstedt 2  $\frac{3}{4}$  "

Schöningen . 4  $\frac{1}{2}$  "

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebrachten  
Herzoglichen Staats-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 9. Juni 1832.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf von Beltheim. v. Schleinitz. Schulz.

## Verordnungs-Sammlung.

## No 11.

---

Braunschweig, den 10. August 1832.

---

(11.) Bekanntmachung der Bundesbeschlüsse vom 28. Juni  
nius 1832.

D. D. Braunschweig, am 31. Julius 1832.

**V**on Gottes Gnaden, Wir **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Demnach die Deutsche Bundesversammlung in ihrer 22. diesjährigen Sitzung am 28. Junius d. J. nachstehende Beschlüsse gefasst hat:

**I.** Da nach dem Art. 57 der Wiener Schlussacte die gesammte Staatsgewalt in dem Oberhaupte des Staates vereinigt bleiben muß, und der Souverain durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden kann, so ist auch ein Deutscher Souverain, als Mitglied des Bundes, zur Verwerfung einer hiermit in Widerspruch stehenden Petition der Stände nicht nur berechtigt, sondern die Verpflichtung zu dieser Verwerfung geht aus dem Zwecke des Bundes hervor.

**II.** Da gleichfalls nach dem Geiste des eben angeführten Art. 57 der Schlussacte und der hieraus hervorgehenden Folgerung, welche der Art. 58 ausspricht, keinem Deutschen Souverain durch die Land-

stände die zur Führung einer den Bundespflichten und der Landesverfassung entsprechenden Regierung erforderlichen Mittel verweigert werden dürfen, so werden Fälle, in welchen ständische Versammlungen die Bewilligung der zur Führung der Regierung erforderlichen Steuern auf eine mittelbare oder unmittelbare Weise durch die Durchsetzung anderweiter Wünsche und Anträge bedingen wollten, unter diejenigen Fälle zu zählen sein, auf welche die Art. 25 und 26 der Schlussacte in Anwendung gebracht werden müßten.

(Art. 25. Die Aufrechthaltung der innern Ruhe und Ordnung in den Bundesstaaten steht den Regierungen allein zu. Als Ausnahme kann jedoch, in Rücksicht auf die innere Sicherheit des gesammten Bundes, und in Folge der Verpflichtung der Bundesglieder zu gegenseitiger Hülfsleistung, die Mitwirkung der Gesammtheit zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Ruhe, im Falle einer Widersetzlichkeit der Unterthanen gegen die Regierung eines offenen Aufruhrs, oder gefährlicher Bewegungen in mehreren Bundesstaaten statt finden.

Art. 26. Wenn in einem Bundesstaate durch Widersetzlichkeit der Unterthanen gegen die Obrigkeit die innere Ruhe unmittelbar gefährdet und eine Verbreitung aufrührerischer Bewegungen zu fürchten, oder ein wirklicher Aufruhr zum Ausbruch gekommen ist, und die Regierung selbst, nach Erschöpfung der verfassungsmäßigen und gesetzlichen Mittel, den Beistand des Bundes anruft, so liegt der Bundesversammlung ob, die schleunigste Hülfe zur Wiederherstellung der Ordnung zu veranlassen. Sollte im letztgedachten

Fälle die Regierung notorisch außer Stande sein, den Aufruhr durch eigene Kräfte zu unterdrücken, zugleich aber durch die Umstände gehindert werden, die Hülfe des Bundes zu begehren, so ist die Bundesversammlung nichts desto weniger verpflichtet, auch unaufgerufen zur Wiederherstellung der Ordnung und Sicherheit einzuschreiten. In jedem Falle aber dürfen die verfügten Maßregeln von keiner längern Dauer sein, als die Regierung, welcher die bundesmäßige Hülfe geleistet wird, es für nöthig erachtet.)

**III.** Die innere Gesetzgebung der Deutschen Bundesstaaten darf weder dem Zwecke des Bundes, wie solcher in dem Art. 2 der Bundesacte und in dem Art. 1 der Schlussacte ausgesprochen ist, irgend einen Eintrag thun, noch darf dieselbe die Erfüllung sonstiger bundesverfassungsmäßiger Verbindlichkeiten gegen den Bund, und namentlich der dahin gehörigen Leistung von Geldbeiträgen hinderlich sein.

**IV.** Um die Würde und Gerechtsame des Bundes und der den Bund repräsentirenden Versammlung gegen Eingriffe aller Art sicher zu stellen, zugleich aber in den einzelnen Bundesstaaten die Handhabung der zwischen den Regierungen und ihren Ständen bestehenden verfassungsmäßigen Verhältnisse zu erleichtern, soll am Bundestage eine mit diesem Geschäfte besonders beauftragte Commission, vor der Hand auf sechs Jahre, ernannt werden, deren Bestimmung sein wird, insbesondere auch von den ständischen Verhandlungen in den deutschen Bundesstaaten fortdauernd Kenntniß zu nehmen, die mit den Verpflichtungen gegen den Bund,

oder mit den durch die Bundesverträge garantirten Regierungsrechten im Widerspruch stehenden Anträge und Beschlüsse zum Gegenstand ihrer Aufmerksamkeit zu machen und der Bundesversammlung davon Anzeige zu thun, welche demnächst, wenn sie die Sache zu weiteren Erörterungen geeignet findet, solche mit den dabei betheiligten Regierungen zu veranlassen hat. Nach Verlauf von sechs Jahren wird die Fortdauer der Commissionen weiterer Vereinigung vorbehalten.

V. Da nach Artikel 59 der Wiener Schlussacte, da, wo Oeffentlichkeit der landständischen Verhandlungen durch die Verfassung gestattet ist, die Grenzen der freien Aeußerung weder bei den Verhandlungen selbst, noch bei deren Bekanntmachung durch den Druck auf eine die Ruhe des einzelnen Bundesstaates oder des gesammten Deutschlands gefährdende Weise überschritten werden darf und dafür durch die Geschäftsordnung gesorgt werden soll, so machen auch sämmtliche Bundesregierungen, wie sie es ihren Bundesverhältnissen schuldig sind, sich gegen einander anheischig, zur Verhütung von Angriffen auf den Bund in den ständischen Versammlungen und zur Steuerung derselben, jede nach Maßgabe ihrer innern Landesverfassung, die angemessenen Anordnungen zu erlassen und zu handhaben.

VI. Da die Bundesversammlung schon nach dem Artikel 17 der Schlussacte berufen ist, zur Aufrechthaltung des wahren Sinnes der Bundesacte und der darin enthaltenen Bestimmungen, wenn über deren Auslegung Zweifel entstehen sollte, dem Bundeszwecke gemäß zu erklären, so versteht es sich

von selbst, daß zu einer Auslegung der Bundes- und der Schlussacte mit rechtlicher Wirkung auch nur allein und ausschließend der deutsche Bund berechtigt ist, welcher dieses Recht durch sein verfassungsmäßiges Organ, die Bundesversammlung, ausübt.

so werden dieselben hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht und sämmtliche Unterthanen angewiesen, sich nach deren Inhalte zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebrachten Herzoglichen Staats-Ganzlei-Siegels.

Braunschweig, den 31. Juli 1832.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

v. Schleinitz. Schulz.

(12.) Verordnung, die Bekanntmachung des Beschlusses des Deutschen Bundes vom 5. Juli d. J. und dessen Vollziehung betreffend.

D. D. Braunschweig, den 4. August 1832.

**V**on Gottes Gnaden, Wir **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

Demnach die Deutsche Bundesversammlung in der vier und zwanzigsten Sitzung am 5. Julius d. J. den nachstehenden Beschluss gefasst hat:

„In Erwägung der gegenwärtigen Zeitverhältnisse und für die Dauer derselben, beschließt die Bundesversammlung, in Gemäßheit der ihr obliegenden Verpflichtung, die gemeinsamen Maßregeln zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und gesetzlichen Ordnung zu berathen, nach vernommenem Gutachten einer aus ihrer Mitte gewählten Commission, wie folgt:

1) Keine in einem nicht zum Deutschen Bunde gehörigen Staate in Deutscher Sprache im Druck erscheinende Zeit- oder nicht über zwanzig Bogen betragende sonstige Druckschrift politischen Inhalts darf in einem Bundesstaate, ohne vorgängige Genehmigung der Regierung desselben, zugelassen und ausgegeben werden; gegen die Uebertreter dieses Verbots ist eben so, wie gegen die Verbreiter verbotener Druckschriften, zu verfahren.

2) Alle Vereine, welche politische Zwecke haben, oder unter anderm Namen zu politischen Zwecken benutzt werden, sind in sämtlichen Bundesstaa-

ten zu verbieten, und ist gegen deren Urheber und die Theilnehmer an denselben mit angemessener Strafe vorzuschreiten.

3) Außerordentliche Volksversammlungen und Volksfeste, nämlich solche, welche bisher hinsichtlich der Zeit und des Ortes weder üblich noch gestattet waren, dürfen, unter welchem Namen und zu welchem Zwecke es auch immer sei, in keinem Bundesstaate, ohne vorausgegangene Genehmigung der competenten Behörde, statt finden.

Diejenigen, welche zu solchen Versammlungen oder Festen durch Verabredungen oder Ausschreiben Anlaß geben, sind einer angemessenen Strafe zu unterwerfen.

Nach bei erlaubten Volksversammlungen und Volksfesten ist es nicht zu dulden, daß öffentliche Reden politischen Inhalts gehalten werden; diejenigen, welche sich dies zu Schulden kommen lassen, sind nachdrücklich zu bestrafen, und wer irgend eine Volksversammlung dazu mißbraucht, Adressen oder Beschlüsse in Vorschlag zu bringen und durch Unterschrift oder mündliche Beistimmung genehmigen zu lassen, ist mit geschärfster Ahndung zu belegen.

4) Das öffentliche Tragen von Abzeichen in Bändern, Cocarden oder dergleichen, sei es von In- oder Ausländern, in andern Farben, als jenen des Landes, dem der, welcher solche trägt, als Unterthan angehört, — das nicht autorisirte Aufstecken von Fahnen und Flaggen, das Errichten von Freiheitsbäumen und dergl. Aufruhrzeichen — ist unnachsichtlich zu bestrafen.

5) Der am 20. Septbr. 1819 gefasste, gemäß weitem Beschlusse vom 12. August 1824 fortbe-



stehende, provisorische Beschluß über die in Ansehung der Universitäten zu ergreifenden Maßregeln, wird sowohl im Allgemeinen, als insbesondere hinsichtlich der in den §§. 2. und 3. desselben enthaltenen Bestimmungen, in den geeigneten Fällen, insoweit es noch nicht geschehen, unfehlbar zur Anwendung gebracht werden.

„§. 2. Die Bundesregierungen verpflichten sich gegen einander, Universitäts- und andere öffentliche Lehrer, die durch erweisliche Abweichung von ihrer Pflicht, oder Ueberschreitung der Grenzen ihres Berufes, durch Mißbrauch ihres rechtmäßigen Einflusses auf die Gemüther der Jugend, durch Verbreitung verderblicher, der öffentlichen Ordnung und Ruhe feindseliger oder die Grundlagen der bestehenden Staatseinrichtungen untergrabender Lehren ihre Unfähigkeit zu Verwaltung des ihnen anvertrauten wichtigen Amtes unverkennbar an den Tag gelegt haben, von den Universitäten und sonstigen Lehranstalten zu entfernen, ohne daß ihnen hierbei, so lange der gegenwärtige Beschluß in Wirksamkeit bleibt, und bis über diesen Punkt definitive Anordnungen ausgesprochen sein werden, irgend ein Hinderniß im Wege stehen könne. Jedoch soll eine Maßregel dieser Art nie anders, als auf den vollständig motivirten Antrag des der Universität vorgesetzten Regierungs-Bevollmächtigten, oder von demselben vorher eingeforderten Bericht beschloffen werden.

Ein auf solche Weise ausgeschlossener Lehrer darf in keinem andern Bundesstaate bei irgend einem öffentlichen Lehr-Institute wieder angestellt werden.

**§. 3.** Die seit langer Zeit bestehenden Gesetze gegen geheime oder nicht autorisirte Verbindungen auf den Universitäten sollen in ihrer ganzen Kraft und Strenge aufrecht erhalten und insbesondere auf den seit einigen Jahren gestifteten, unter dem Namen der allgemeinen Burschenschaft bekannten Verein um so bestimmter ausgedehnt werden, als diesem Verein die schlechterdings unzulässige Voraussetzung einer fortbauenden Gemeinschaft und Correspondenz zwischen den verschiedenen Universitäten zum Grunde liegt. Den Regierungen Bevollmächtigten soll in Ansehung dieses Punktes eine vorzügliche Wachsamkeit zur Pflicht gemacht werden.

Die Regierungen vereinigen sich darüber, daß Individuen, die nach Bekanntmachung des gegenwärtigen Beschlusses erweislich in geheimen oder nicht autorisirten Verbindungen geblieben, oder in solche getreten sind, bei keinem öffentlichen Amte zugelassen werden sollen."

**6)** Die Bundesregierungen werden fortwährend die genaueste polizeiliche Wachsamkeit auf alle Einheimische, welche durch öffentliche Reden, Schriften oder Handlungen ihre Theilnahme an aufwieglerischen Plänen kund, oder zu desfalligem Verdachte gegründeten Anlaß gegeben haben, eintreten lassen; sie werden sich wechselseitig mit Notizen über alle Entdeckungen staatsgefährlicher geheimer Verbindungen und der darin verflochtenen Individuen, auch in Verfolgung desfalliger Spuren jederzeit aufs schnellste und bereitwilligste unterstützen.

**7)** Auf Fremde, welche sich wegen politischer Vergehen oder Verbrechen in einem der Bundes-

Staaten begangen haben, Johann auf Einheimische und Fremde, die aus Orten oder Gegenden kommen, wo sich Verbindungen zum Umsturz des Bundes oder der Deutschen Regierungen gebildet haben und der Theilnahme daran verdächtig sind, ist besondere Aufmerksamkeit zu wenden; zu diesem Ende sind überall in den Bundesländern die bestehenden Passvorschriften auf das genaueste zu beobachten und nöthigenfalls zu schärfen.

Auch werden die sämmtlichen Bundesregierungen dafür sorgen, daß verdächtigen ausländischen Anhängern, welche sich über den Zweck ihres Aufenthaltes im Lande nicht befriedigend ausweisen können, derselbe nicht gestattet werde.

8). Die Bundesregierungen machen sich verbindlich, diejenigen, welche in einem Bundesstaats politische Vergehen oder Verbrechen begangen, und sich, um der Strafe zu entgehen, in andere Bundesländer geflüchtet haben, auf erfolgende Requisition, in so fern es nicht eigene Unterthanen sind, ohne Anstand auszuliefern.

9) Die Bundesregierungen sichern sich gegenseitig auf Verlangen die prompteste militairische Assistance zu, und indem sie anerkennen, daß die Zeitverhältnisse gegenwärtig nicht minder dringend, als im October 1830, außerordentliche Vorkehrungen wegen Verwendung der militairischen Kräfte des Bundes erfordern, werden sie sich die Vollziehung des Beschlusses vom 21. October 1830 — betreffend Maßregeln zur Herstellung und Erhaltung der Ruhe in Deutschland — auch unter den jetzigen Umständen, und so lange, als die Erhaltung der

Ruhe in Deutschland es wünschenswerth macht, ernstlich angelegen sein lassen.

10) Sämmtliche Bundesregierungen verpflichten sich, unverweilt diejenigen Verfügungen, welche sie zur Vollziehung vorbemerkter Maßregeln nach Maßgabe des in den verschiedenen Bundesstaaten sich ergebenden Erfordernisses getroffen haben, der Bundesversammlung anzuzeigen." so verordnen Wir behuf der Vollziehung dieses Beschlusses Folgendes:

### §. 1.

Gegen diejenigen, welche das in diesem Beschlusse unter Nummer 1 enthaltene Verbot übertreten, sind die Bestimmungen des §. 15 der Verordnung vom 28. März 1814 zur Anwendung zu bringen, und es werden insbesondere die Postbehörden angewiesen, Druckschriften dieser Art nicht ohne höhere Genehmigung zu debittiren, so wie die Polizeibehörden deren Verbreitung zu hindern.

### §. 2.

Diejenigen, welche die unter den Nummern 2, 3 und 4 des Bundesbeschlusses gegebenen Bestimmungen übertreten, sind mit einer Polizeistrafe bis zu 14tägigem Gefängniß zu belegen, vorbehältlich der durch die in einer solchen Handlung liegenden Uebertretung anderer Strafgesetze verwirkten Strafen.

### §. 3.

In Beziehung auf Nummer 5 des Bundesbeschlusses werden die Bestimmungen der Verordnung vom 25. October 1819 wiederholt in Erinnerung gebracht und alle Behörden angewiesen, auf deren genaue Befolgung zu halten.

### §. 4.

Alle Polizeibehörden werden hieburch angewiesen,

den unter Nummer 6 und 7 des Bundesbeschlusses getroffenen Verfügungen nachzukommen und insbesondere die bestehenden Passvorschriften mit Strenge auszuführen zu lassen.

Alle Landeseinwohner und Behörden haben sich hiernach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebrachten Herzoglichen Staats- = Kanzlei- = Siegels.

Braunschweig, den 4. August 1832.

(L. S.)

Auf Höchsten Special- = Befehl.

v. Schleinitz.

Schulz.

# Verordnungs-Sammlung.

## N<sup>o</sup> 12.

---

Braunschweig, den 21. August 1832.

---

- (13.) Verordnung, daß dem Justizamtmanne Bege zu Helmstedt ertheilte Privilegium gegen den Nachdruck des von ihm herausgegebenen Repertoriums der hiesigen Verordnungsammlung betreffend.

d. d. Braunschweig, den 7. August 1832.

**V**on Gottes Gnaden, Wir Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

Demnach der Justizamtmanne Bege zu Helmstedt um ein Privilegium gegen den Nachdruck des von ihm herausgegebenen Repertoriums der hiesigen Verordnungsammlung und der davon zu veranstaltenden Fortsetzung gebeten hat und Wir diesem Antrage zu willfahren Uns bewogen gefunden haben, so wollen Wir dem Impetranten das nachgesuchte Privilegium hiemit dergestalt ertheilen, daß derjenige, welcher das genannte Werk und dessen Fortsetzung in den hiesigen Landen binnen zehn Jahren nachdrucken sollte, außer der Confiscation

der nachgedruckten Exemplare mit einer Geldstrafe von  
Fünfundzwanzig Thalern zu belegen ist.

Ein Jeder, den es angeht, insbesondere die Buch-  
drucker und Buchhändler, haben sich hienach gebührend  
zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten  
Herzoglichen Staats-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 7. August 1832.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf von Belthheim. v. Schleinitz. Schulz.

(14.) Privilegium für den Kunsthändler C. W. Rambold zu Braunschweig, über die von demselben in Steindruck herausgegebenen, nach Original-Gemälden von Pâq, gezeichneten Harz-Ansichten.

d. d. Braunschweig, den 10. August 1832.

**V**on Gottes Gnaden, Wir **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

daß Wir, auf Ansuchen des Kunsthändlers C. W. Rambold hieselbst, Uns bewogen gefunden haben, demselben für die von ihm in sechszehn Blättern in Steindruck herausgegebenen, nach Original-Gemälden von Pâq, von Lütke und Kraus in einem Formate von 10¼ Zoll Höhe und 14½ Zoll Breite gezeichneten Harz-Ansichten für sich, seine Erben und Erbnehmer auf Zehn Jahre, von der Zeit der Erscheinung angerechnet, dergestalt ein ausschließliches Privilegium zu ertheilen, daß die gedachten lithographirten Harzansichten in Unseren Landen, während des erwähnten Zeitraumes, weder in ganzer Reihesfolge, noch in einzelnen Blättern nachgezeichnet und nachgedruckt, noch auch auswärts veranstaltete Nachzeichnungen und Nachdrücke davon verkauft werden dürfen, und derjenige, welcher diesem Verbote



zuwider handelt, nicht nur mit einer Geldbuße u  
 Fünfzig Thalern bestraft, sondern auch gegen denselb  
 auf Confiscation aller Exemplare des unbefugten A  
 druckes, zum Vortheile des rechtmäßigen Verlegers u  
 auf Erstattung des Ladenpreises der Verlagsausgabe  
 letzteren für die bereits debilitirten Exemplare erlan  
 werden soll.

Sämmtliche hiesige Unterthanen, insbesondere  
 Kunsthändler und Besitzer von Steindruckereien, hab  
 sich nach Obigem genau zu achten, auch die betreffe  
 Behörden darüber nachdrücklich zu halten und bei v  
 fallenden Uebertretungen danach zu verfahren.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten  
 zöglichen Staats = Kanzlei = Siegels.

Braunschweig, am 10. August 1832.

(L. S.)

Auf Höchsten Special = Befehl.

Graf von Belthelm. v. Schleinitz. Schulz.

# Verordnungs-Sammlung.

## N<sup>o</sup> 13.

Braunschweig, den 24. August 1832.

- (15.) Circularrescript an sämtliche Herzogl. Oberhauptmannschaften, so wie die Herzogl. Polizei-Directionen hieselbst und zu Wolfenbüttel, die Annahme und Absendung der zu transportirenden Verbrecher und Landstreichers betreffend.

d. d. Braunschweig, den 12. August 1832.

### Wilhelm, Herzog zc.

Da von der Königl. Preussischen, so wie von der Königl. Hannoverischen Regierung über die Annahme und Absendung von zu transportirenden Individuen Grundsätze angenommen worden, welche, wenn sie nicht auch von den hiesigen Behörden befolgt werden, die nachtheiligsten Folgen herbeiführen können, die Verordnung vom 29. December 1814 aber in diesen Beziehungen nicht die erforderlichen Vorschriften enthält, so wollen Wir hinsichtlich derjenigen Individuen, welche unter Bedeckung zu transportiren sind, hiedurch Folgendes verfügen:

- 1) Die hiesigen Grenzbehörden haben Personen, welche aus dem Auslande hieher zurückgeliefert werden sollen, nur dann anzunehmen, wenn glaubhaft, insbesondere durch eine schriftliche Erklärung der Obrigkeit des Bestimmungsorts nachgewiesen ist, daß die aufzunehmende Person nach der Verordnung vom 4. Mai 1830 das Wohnortrecht in den hiesigen Landen hat.

- 2) Personen, welche nur durch das Herzogthum durchgeführt werden sollen und zur Ablieferung an einen andern Staat bestimmt sind, sind nur dann anzunehmen, wenn nachgewiesen worden, daß sie an ihrem Bestimmungsorte Aufnahme finden werden.
- 3) Entstehen Zweifel über die Beschaffung dieser Nachweisungen, so ist zu deren Erledigung bei der ~~gesetzlichen~~ Behörde anzufragen.
- 4) Auswärtige Verbrecher und Landstreicher sind nicht eher abzuführen, als bis ausgemittelt worden, daß sie in dem auswärtigen Staate werden aufgenommen werden, und ist dieserhalb, wo solches erforderlich, Communication mit den auswärtigen Behörden einzuleiten, auch bei der Abführung der Ausgewiesenen die vorgeschriebene Nachweisung mitzugeben.

Sämmtliche Herzogl. Oberhauptmannschaften, so wie die Herzogl. Polizei-Directionen alhier und zu Wolfenbüttel haben sich hienach genau zu achten.

Braunschweig, am 12. August 1832.

Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf von Belthelm. v. Schleinitz. Schulz.

(16.) Declaration des §. 10. der Verordnung vom 10. März 1828, die Erhebung der Accise betreffend.  
d. d. Braunschweig, den 16. August 1832.

**V**on Gottes Gnaden, Wir **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg u.

Die in dem §. 10. der Verordnung vom 10. März 1828 wegen Erhebung der Accise enthaltene Vorschrift, daß „wenn von gedungenen Fuhrleuten oder Boten „über accisbare Waaren wider besseres Wissen un- „richtige Declarationen abgegeben werden, jene in eine „Geldstrafe zum vierfachen Betrage der Accise verfallen „sollen“ hat zu verschiedenen Auslegungen Veranlassung gegeben.

Es ist daher nöthig, hierüber für die Zukunft eine feste Bestimmung zu treffen und da jeder Frachtübernehmer, im Falle er den Transport nicht persönlich begleitet, unbedingt verpflichtet ist, denjenigen, welchem er denselben überträgt, mit dem Inhalte der betreffenden Ladung und den Vorschriften der einschlagenden Steuergesetze genau bekannt zu machen, auf der andern Seite aber es die Pflicht des jederzeitigen Waarenführers ist, sich von der Richtigkeit der ihm desfalls gemachten Angaben eine solche Ueberzeugung zu verschaffen, daß er

demnächst die vorschriftsmäßige Declaration darauf gründen kann, endlich auch es nur die Sache des Eigenthümers der Transportmittel ist, dieselben nur völlig sichern und zuverlässigen Leuten anzuvertrauen; so finden Wir Uns bewogen, die im Eingange erwähnte Bestimmung des §. 10. der Verordnung vom 10. März 1828 dahin zu declariren, daß eine jede mit dem Befunde der Ladung im Widerspruche stehende Declaration des Wagenführers als wider besseres Wissen gegeben betrachtet und dem gemäß bestraft werden soll.

Das Landessteuer-Collegium und Alle, die es angeht, haben sich hiernach gebührend zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Staats-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 16. August 1832.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf von Belthelm. v. Schleinitz. Schulz.

# Verordnungs-Sammlung.

## N<sup>o</sup> 14.

Braunschweig, den 14. September 1832.

(17.) Post-Verordnung für das Herzogthum Braunschweig.  
D. D. Braunschweig, den 13. August 1832.

**Von Gottes Gnaden, Wir Wilhelm, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.**

Es ist Uns nicht entgangen, daß die Postanstalten der hiesigen Lande ihrem wichtigen Zwecke nicht vollkommen entsprachen und den Grad der Vollkommenheit noch nicht erreicht hatten, zu welchen sie in mehreren Nachbarländern gediehen sind. Wir haben daher diesem für die Beförderung des Verkehrs und allgemeinen Wohls so wesentlichen Zweige der öffentlichen Verwaltung sogleich Unsere landesfürstliche Aufmerksamkeit zugewendet, und nachdem mit den ~~sämmtlichen~~ Posthaltern des Landes Contracte nach gleichförmigen, lediglich das Beste des ~~Postdienstes~~ ~~bezwirkenden~~ Grundsätzen geschlossen sind, ist zwar dem Postdienste in dieser Beziehung eine feste, alle ~~getroffenen~~ ~~Erwartungen~~ befriedigende Grundlage gegeben. Es wurde indeß, um den getroffenen Einrichtungen einen vollständigen Erfolg zu sichern, nothwendig, zugleich die das Postwesen betreffenden gesetzlichen Bestimmungen, welche theils veraltet, theils in vielen einzelnen Verordnungen zerstreuet und mit den in den Nachbarstaaten bestehenden Grundsätzen nicht in Einklang waren, einer Revision zu unterwerfen.

Wir haben daher beschlossen, eine, sämtliche Zweige der Postverwaltung umfassende Postordnung zu erlassen, und verordnen demnach Folgendes:

## Erster Titel.

### Von der Postverwaltung, den Verpflichtungen und Vorrechten der Postbeamten und Postanstalten.

#### Einleitung.

##### §. 1.

Dem Landesfürsten steht das ausschließliche Recht zu, Posten zu unterhalten, den Lauf derselben durch Wechsel der Transportmittel zu bestimmen und zu ordnen, so wie das Postporto festzusetzen.

##### §. 2.

Damit der Staat die Postanstalt zum allgemeinen Besten unterhalten könne, und wegen deren Benutzung gesichert sei, darf Niemand etwas unternehmen, was unmittelbar zur Schmälerung der Posteinkünfte gereicht.

#### Abchnitt 1.

#### Postverwaltung.

##### §. 3.

Zur Verwaltung und Leitung des gesammten Postwesens in den hiesigen Landen ist eine dem Herzogl. Staats-Ministerio unmittelbar untergeordnete Oberbehörde bestimmt, welche den Titel „Post-Direction“ führt und ihren Sitz in Braunschweig hat.

##### §. 4.

Sie hat die Oberaufsicht über sämtliche Landes-Postanstalten, über das Post-~~Wesen~~, Extrapost-, Stafetten-, und Zeitungs-Expeditions-Wesen, so wie überhaupt über alle zum Postdienste gehörigen Zweige.

## §. 5.

Ihr steht die Oberaufsicht und die Disciplinargewalt über alle Postbeamte zu, und sie hat das Recht und die Verpflichtung, gegen diejenigen, welche sich einer Dienstwidrigkeit, Nachlässigkeit oder eines Disciplinarvergehens schuldig machen, Ordnungs- oder Disciplinarstrafen zu verfügen.

## §. 6.

Durch eine besondere Instruction ist die Post-Direction für ihren Geschäfts- und Wirkungskreis speciell angewiesen.

## §. 7.

Auf alle bei der Postverwaltung angestellte Beamte sollen die Bestimmungen des über den Civil-Staatsdienst zu erlassenden Gesetzes angewandt werden.

## Abschnitt 2.

Von den Verpflichtungen der Postbeamten und Postanstalten.

## Allgemeine Bestimmung.

## §. 8.

Im Allgemeinen ist die Post-Verwaltung verpflichtet, behuf der Postanstalten, für tüchtige Pferde, zweckmäßiges Fuhrwerk, zuverlässige Postschaffner und Postillone, anständige Aufnahme der Reisenden, Unverletzlichkeit und sichere Aufbewahrung der Postgüter, möglichst schnelle Beförderung nach den Bestimmungsörtern, strenge Bewahrung des Briefsgeheimnisses und richtige Abgabe der Briefe u. Sorge zu tragen.

## Besondere Verpflichtungen.

## I. Der Postbeamten.

## §. 9.

## 1. Bewahrung des Briefsgeheimnisses.

Der Postbeamten erste und heiligste Pflicht ist die



**Bewahrung des Briefgeheimnisses.** Verletzungen desselben werden als Betrug criminell behandelt und bestraft, ohne daß der untere Post-Officiant sich dagegen durch einen von dem höhern Beamten erhaltenen Befehl. schützen kann. Auch dürfen die Postbeamten dritten Personen das Bestehen eines Briefwechsels nicht offenbaren.

### §. 10.

#### Fortsetzung.

Ein Postbeamter, welcher eigenmächtig Briefe erbricht, unterschlägt, vorsätzlich zurückhält, oder eine Correspondenz einem Dritten offenbart, soll allen daraus entstandenen Schaden ersetzen, seines Amtes verlustig und zu allen andern öffentlichen Aemtern im Staate unfähig sein, außerdem aber, nach Maßgabe des beabsichtigten oder wirklich schon begangenen Verbrechens, criminell bestraft werden.

### §. 11.

#### 2. Behändigung der Briefe und Poststücke an den Adressaten.

Die Postbeamten dürfen zur Post gegebene Briefe und Poststücke nur dem Adressaten, oder dem Absender, oder den für diese rechtlich legitimirten Personen aushändigen lassen, und sind für die Vollziehung dieser Vorschrift verantwortlich.

Nur auf eine schriftliche Requisition der zuständigen Gerichtsbehörde kann an diese ein Brief oder anderes Poststück ausgeliefert werden, z. B. an Verstorbene gerichtete Sendungen, deren Nachlass unter gerichtlichem Siegel sich befindet, oder wenn derjenige, der einen Brief empfängt oder absendet, sich wegen eines Verbrechens in Untersuchung befindet.

## §. 12

## Fortsetzung.

Die Polizeibehörden können die Auslieferung von Briefen oder Poststücken von den Postanstalten nicht verlangen; es muß indeß auf eine schriftliche Requisition der competenten Polizeibehörde der Abgang oder die Ablieferung von Briefen oder Poststücken einstweilen und bis dahin sistirt werden, daß die zuständige Gerichtsbehörde darüber: ob an sie die Auslieferung geschehen solle? verfügt hat, welcher daher die Polizeibehörde von der verlangten Sistirung des Abgangs oder der Ablieferung und deren Gründen sofort Anzeige zu machen hat.

## §. 13.

## Fortsetzung.

Für die durch Gewährung dieser gerichtlichen oder polizeilichen Requisitionen entstandenen Nachtheile haften die Postanstalten weder dem Absender, noch dem Empfänger, noch einer dritten Person, sind aber verpflichtet, einem der interessirten Theile von der ergangenen Requisition Nachricht zu geben.

## §. 14.

## 3. Genaue Befolgung der Taxen.

Die Postbeamten sind schuldig, sich genau an die gesetzlichen Posttaxen, welche bei jeder Postexpedition öffentlich ausgehängt werden sollen, zu halten. Zu dem Ende ist insbesondere auch erforderlich, daß bei jeder Postanstalt zuverlässige und justirte Waagen und Gewichte seien, und hat das mit der Postinspektion beauftragte Mitglied der Post-Direction sich davon, daß diese Bestimmung befolgt werde, öfter zu vergewissern.

Der Beamte, welcher die Taxen überschreitet, wird, neben dem Ersatz des ungebührlich Erhobenen aus eige-

nen Mitteln, in eine Ordnungsstrafe genommen; wenn er sich öfter solcher Pflichtwidrigkeiten schuldig macht, mit Disciplinarstrafe belegt, und wenn diese nicht bessert, des Dienstes entlassen.

#### §. 15.

##### 4. Verbot willkürlicher Behandlung.

Der Postbeamte, welcher einen Aufgeber zur Frankirung an solche Orte nöthigt, wohin kein Frankirungszwang eintritt, oder welcher, wenn der Aufgeber bei dem Vorhandensein mehrerer Postrouuten auf der Adresse die Postroute, auf welcher er die Beförderung verlangt, ausdrücklich angegeben hat, dieser Angabe entgegen handelt, soll gleichfalls mit Ordnungsstrafen und im Wiederholungsfalle mit Disciplinarstrafen belegt werden.

#### §. 16.

##### 5. Höfliches Betragen.

Höflichkeit und jede mit der pünktlichen Erfüllung des Dienstes verträgliche Gefälligkeit und Bescheidenheit gegen das Publikum ist allen Post-Officianten und Post-Unterbefehlten zur Pflicht gemacht, und sollen Uebertretungen augenblicklich geahndet und bestraft werden. Dagegen ist aber von Seiten des Publikums ein gleiches Benehmen gegen die Postbeamten zu beobachten, und sollen diejenigen, die dagegen handeln und Störungen im Postdienste veranlassen, belangt und nach den Gesetzen bestraft werden.

#### §. 17.

##### 6. Verbotene Nebengeschäfte.

Kein Postbeamter darf neben dem Postdienste Handel oder sonstige Gewerbe treiben, ohne höhere Bewilligung. Die Uebernahme von Lotterie-Collecten bleibt dem Postbeamten ein für allemal verboten.

## §. 18.

## 7. Innehalten der Stationszeit.

Die Postmeister und Posthalter sind schuldig, die Stationszeiten pünktlich einzuhalten, und die Post-Direction wird mit größter Strenge darüber wachen, daß sie dieser Verpflichtung nachkommen.

## §. 19.

## 8. Pflicht, den Dienst selbst zu leisten.

Alle Postbeamten ohne Ausnahme müssen ihren Dienst selbst verrichten, und es ist ihnen verboten, ohne ausdrückliche Genehmigung der Post-Direction, die Verrichtung desselben einem Andern zu übertragen.

## §. 20.

## 8. Haften der Posthalter für ihre Leute.

Die Posthalter, indem sie die ordnungsmäßige Beförderung der Posten übernehmen, machen sich zugleich verbindlich, für ihre Leute einzustehen, und die Postanstalt hält sich sowohl hinsichtlich der genauen Erfüllung einer jeden mit dem Dienste verknüpften Schuldigkeit, als hinsichtlich des von den Postillonen verursachten, anzurechnenden Schadens, lediglich an die Posthalter, denen der Regreß gegen ihre Leute überlassen bleibt.

## §. 21.

## 10. Postuniform.

Alle Postbeamten, Unterbediente und Postillone sollen im Dienste stets in der vorgeschriebenen Dienstkleidung erscheinen.

Die Postillone müssen außerdem mit dem Posthorne und den Post-Insignien bekleidet sein.

## II. Verpflichtung der Postanstalt, Ersatz zu leisten.

## A. Allgemeiner Grundsatz.

## §. 22.

Die Postanstalten sind verpflichtet, für die densel-

den zur Beforgung vorschriftsmäßig eingelieferten Briefe, Pakete und Gelder selbst dann Ersatz zu leisten, wenn der Schaden oder Verlust durch ungewöhnliche Begebenheiten entstanden ist.

B. Gründe, die von der Ersatzpflicht befreien.

1. Reiner Zufall.

Von dieser Ersatzpflicht ist die Postanstalt nur in folgenden Fällen befreiet:

1) wenn der Verlust oder die Beschädigung durch einen von ihr nachzuweisenden reinen Zufall oder durch unverschuldete und unabwendbare Gewalt herbeigeführt ist. Im Kriege bleibt den Postanstalten auch überlassen, Briefe, Pakete und Gelder nur auf Gefahr der Absender anzunehmen und zu befördern.

§. 24.

2. Schlechtes Verpacken.

2) Für Beschädigungen an Postgütern, wenn solche durch des Absenders eigene unzuweckmäßige oder nachlässige Verpackung, die äußerlich nicht wahrzunehmen gewesen, entstanden sind, können die Postanstalten nicht verantwortlich gemacht werden. Ihre Verpflichtung erstreckt sich nur darauf, den Empfängern die Gegenstände äußerlich unverletzt, durch äußere Einwirkungen unverdorben und nach dem Aufgabe-Gewicht abzuliefern.

§. 25.

3. Eigene Abholen der Briefe.

3) Wenn Jemand von der Befugniß, seine Briefe von der Post abholen zu lassen, Gebrauch macht, so fällt die Vertretung der Postbeamten wegen richtiger Ausbändigung an den Adressaten weg.

§. 26.

4. Verlieren auf fremden Postanstalten.

4) Wenn nachgewiesen wird, daß der Verlust oder

die Beschädigung auf einer fremden Postanstalt statt gehabt hat, kann gleichfalls von der hiesigen Post kein Ersatz gefordert werden.

In diesen Fällen, wo eine Vertretung gegen fremde Postanstalten nur in Anspruch genommen werden kann, übernimmt die diesseitige Post-Direction die kräftigste Verwendung bei der betreffenden auswärtigen Post-Administration.

### §. 27.

#### B. Verspätete Anmeldung.

5) Ein Entschädigungs-Anspruch muß, bei Verlust desselben, für Briefe innerhalb 6 Monaten, für die übrigen Gegenstände aber innerhalb 12 Monaten, vom Tage der Aufgabe an, bei der Postbehörde angemeldet werden.

#### C. Größe des Ersatzes.

### §. 28.

#### Allgemeine Bestimmung.

Für unmittelbaren Schaden durch Verlust oder Beschädigungen von und an Postgütern u. leistet die Postcasse an die Absender auf ihre bei der Postbehörde angebrachten Reclamationen und insofern sie begründet befunden, ohne Verzug Ersatz. Diese Ersatzleistung richtet sich nach den darüber gegebenen Bestimmungen und nach der, Behuf richtiger Porto-Erhebung auf der Adresse vorschriftsmäßig und richtig angegebenen Declaration.

### §. 29.

#### Bei Briefen.

Für Briefe ohne Recommandation oder Werth-Angabe findet im Falle eines Verlustes keine Entschädigung statt. Es sind jedoch die Postanstalten verpflichtet, allen Fleiß zur Wiederherbeischaffung eines

solchen Briefes anzuwenden, und diejenigen Officianten, welche sich einer Nachlässigkeit schuldig gemacht haben, mit Ordnungsstrafen zu belegen.

### §. 30.

Bei recommandirten Briefen und Postgütern.

Ersatz wird gewährt:

- a. für einen recommandirten (empfohlenen). Brief, worüber bei der Aufgabe ein Postschein ertheilt, mithin auch für Cours habende Papiere zc., die in recommandirten Briefen mit der Briefpost befördert werden, unbedingt 15 Thaler;
- b. für Schriften, Documente, Wechsel mit Werth-Angabe in Briefen, die zur Versendung mit den Pöckerei-Posten sich eignen und damit befördert sind; ferner für Schriftpakete und Papiere von Werth in Packeten, insofern dieselben wieder zu ersetzen sind, der declarirte Werth, jedoch nur bis zu 50  $\text{fl.}$ , wosern der Natural-Ersatz sich nicht wohlfeiler beschaffen läßt;
- c. für alle andere Postgüter, deren Werth angegeben ist, der declarirte Werth. Für nicht declarirte Pakete zc. der nachgewiesene Werth, jedoch nur bis zu 10  $\text{fl.}$ . Würde bei nicht declarirten Packeten eine geflüsterte Unterschlagung nachgewiesen werden können, so bleibt dem Aufgeber oder Adressaten unbenommen, wegen des erweislich höheren Verlustes sich schadlos stellen zu lassen;
- d. für verunglückte Sendungen per Staf-fette, von welcher Art sie auch sein mögen, wird der für einen recommandirten Brief bestimmte Ersatz geleistet.

## D. Verfahren bei Reclamationen.

## §. 31.

Beweis der Aufgabe.

Bei Aufgabe von recommandirten Briefen, Geldern, Postgütern von Werthe, desgleichen über gewöhnliche Packete, über diese jedoch nur auf Verlangen des Absenders, welches auf der Adresse durch die Bezeichnung „gegen Schein“ ausgedrückt sein muß, sind die Postanstalten verpflichtet, Einlieferungsscheine zu ertheilen, womit bei vorkommenden Ansprüchen an die Post, die Aufgabe bewiesen werden muß.

## §. 32.

Eaufzettel.

In Fällen, wo bei einer Postanstalt die Anzeige von der Nichtankunft eines recommandirten Briefes oder sonstigen Poststückes gemacht, und diese Anzeige als begründet dargethan wird, ist die Postanstalt, die den fraglichen Gegenstand abgesandt hat, verbunden, sofort eine offene Requisition (Eaufzettel) zu erlassen, und solche nach der Zurückkunft mit der erhaltenen Beantwortung dem Reclamanten vorzulegen.

## §. 33.

Versuch außergerichtlicher Vermittelung.

Bevor diejenigen, welche Entschädigungsansprüche gegen die Postanstalt zu haben glauben, solche im Wege Rechts verfolgen, sollen sie sich zuvor an die Post-Direction wenden, und diese wird eine außer~~gerichtliche~~ Vermittelung versuchen, und erst wenn innerhalb vier Wochen eine Einigung nicht erreicht oder den Beschwerden nicht abgeholfen ist, kann der Rechtsweg betreten werden.



## Abschnitt D.

Von den Vorrechten der Postanstalt und der Postbeamten  
und dem Schutze des Postregals gegen Beeinträchtigungen.

### I. Vorrechte der Postanstalten und Beamten.

#### §. 34.

##### 1. Allgemeine Bestimmung.

Die Beförderungsmittel durch Wechsel des Gespannes, imgleichen die Beförderung von Personen und Postgütern an bestimmten Tagen und Stunden nach bestimmten Orten, gehört zu den ausschließlichen Rechten der Post.

#### §. 35.

##### 2. Postpflichtige Gegenstände.

Zur ausschließlichen Beförderung durch die Post gehören alle versiegelte und auf jede andere Weise verschlossene Briefe, zu welchen auch dergleichen Frachtbriefe zu rechnen sind, alle postmäßigen Pakete bis zu 20 P., alle Geldsendungen und Zeitungen.

#### §. 36.

##### Fortsetzung.

Postmäßig sind alle Kisten, Koffer, Fässer und überhaupt alle durch irgend eine Emballage zu einem Pakete geformte Gegenstände bis zu einem Gewichte von 20 P. incl., mit Ausnahme von rohen Landes-Producten, Watten, Glas- und Thon-Waaren und allen denjenigen Gegenständen, welche im §. 112. benannt und etwa noch für die Folge von der Beförderung durch die Posten ausgeschlossen werden, und sodann von der Post-Direction bekannt gemacht werden sollen.

#### §. 37.

Da nach der Geld-Portotaxe für Kupfermünze das Postgeld nach der Paket-Taxe erhoben werden soll; so erstreckt sich die ausschließliche Beförderung solcher

Gelder durch die Posten nur auf das Gewicht bis zu 20 U. (conf. §. 36.)

§. 38.

Fortsetzung.

Von der Beförderung durch die Posten sind auch ausgeschlossen: alle durch die hiesigen Lande transitirenden Päckereien, Gelberc., welche vor Eintritt in dieselben nicht mit der Post befördert worden, auf hiesigem Gebiete nicht umgeladen werden, oder nach dem Austritte, auf fremdem Territorio nicht zur Abgabe an die Post bestimmt sind.

§. 39.

Fortsetzung.

Wenn Jemand in den hiesigen Landen sich eines Reisenden, Fuhrmanns, oder einer sonst darbietenden Gelegenheit, zur Beförderung von Briefen oder anderer, für die Post gehöriger Gegenstände gegen eine Vergütung irgend einer Art bedienen will, so muß der Absender oder Beförderer sich vor der Abreise bei der Orts-Postanstalt melden und für Briefe das volle, für andere Gegenstände aber das halbe Postgeld bezahlen, worüber, Beauf abthiger Legitimation, eine Bescheinigung gratis erteilt werden soll.

§. 40.

Fortsetzung.

Von Dörtern, wo keine Postanstalten vorhanden, darf bei Versendung von Briefen und Sachen ohne Unterschied, jede selbst gewählte Gelegenheit benutzt werden.

§. 41.

Expresse Boten.

Durch expresse Boten zc. kann Jedermann jede beliebige Sendung beschaffen lassen, jedoch muß ein solcher expresser Bote nur von Einem Absender ge-

bungen sein und nur Briefe und Packete dieses Einen Absenders befördern.

### §. 42.

Versendungen durch Frachtfuhrleute.

Ein Fuhrmann, der von verschiedenen Personen befrachtet ist, kann jede Art von kleinen Packeten von Einem Absender für Einen Empfänger bestimmt, insoweit befördern, wenn die Packete zc. zusammengenommen, das Gewicht von 20 U übersteigen.

### 3. Beförderung des Postenlaufes.

### §. 43.

Benutzung der Wege.

Die Posten unterliegen nicht den Beschränkungen, welche in Hinsicht auf die Benutzung öffentlicher Wege unter Umständen vorgeschrieben sind.

In Zeiten, wo die öffentlichen Wege ganz unwegsam oder schwer zu passiren sind, steht es den ordinären und Extraposten frei, sich der Privatwege zu bedienen.

Die Eigenthümer dieser Wege sind auf Erfordern verpflichtet, den zunächst liegenden Postämtern die Schlüssel zu den Schlagbäumen, durch welche solche Wege etwas gesperrt sein sollten, einzuhändigen.

### §. 44.

Fortsetzung.

Fahren die Postillone über Wiesen oder Acker, so müssen sie den Eigenthümer entschädigen und sollen außerdem noch bestraft werden.

### §. 45.

Verbot der Pfändung der Posten.

Pfändung der ordinären und Extraposten ist nicht erlaubt, eben so wenig kann eine solche Statt finden, wenn der Postillon mit leeren Pferden zurückkehrt; jedoch ist der Postillon verbunden, bei An-

sprüchen, die an ihn ergehen, seinen Namen und die Station, der er angehört, zu nennen.

### §. 46.

Ausweichen des anderen Fuhrwerkes.

Zur Beschleunigung des Postenlaufes soll alles andere Fuhrwerk und zwar sowohl das Entgegenkommende als das Vorausfahrende, sobald der Postillon ins Horn stößt, den ordinären Posten sowohl, als auch den Extraposten, und zwar wo der Weg es zuläßt, ganz, bei offenbaren Hindernissen oder bei sehr schwerer Ladung aber, wenigstens zur Hälfte ausweichen, oder stille halten. Treffen ordinaire und Extraposten zusammen, so weicht Letztere der Ersteren aus. Kein Postillon darf, weder des Ausweichens, noch anderer Ursachen wegen, Streitigkeiten anfangen, oder sich thätlich gegen Pferde oder Führer eines anderen Fuhrwerkes vergehen, vielmehr muß derselbe, wenn irgend Jemand den obigen Vorschriften sich widersetzt, den Contraventionsfall der gerichtlichen oder Polizeibehörde zur Anzeige bringen, und wo möglich gleich den Namen und Wohnort des Contravenienten mit angeben.

### §. 47.

Hülfsleistung bei Unglücksfällen und außerordentlichem Gespannbedarf.

Wenn den ordinären Posten, Extraposten, Courieren und Staffetten unterwegs ein Unfall begegnet, so sind die nächsten Ortschaften gehalten, gegen angemessene Entschädigung die verlangte Hülfe zu gewähren. Bei den ordinären Posten leistet die Postcasse diese Entschädigung, bei den Extraposten der Reisende mit Regress gegen die betreffende Station.

Sollte es sich ereignen, daß bei außerordentlichen Gelegenheiten die Posthalter sich außer Stande befänden, die erforderlichen Gespanne anzuschaffen; so kommen in

solchen Fällen die Bestimmungen der Verordnung vom 14ten Mai 1771, vom 26sten Juni 1775, und vom 22sten Januar 1790 zur Anwendung.

#### §. 48.

##### 4. Befreiung von Einquartirung und Diensten.

Die Posthäuser sind von Natural-Einquartirung befreiet. Auch dürfen die contractsmäßig zu unterhaltenden Postpferde zu Naturaldiensten des Staats oder der Gemeinden so wenig, als bei ausgeschriebenen Pferdellieferungen, herangezogen werden.

#### §. 49.

##### 5. Befreiung der zum Postdienst gehörigen Effecten von Arrest und Execution.

Zur Post gehörige Geräthschaften und Pferde sollen ohne Wissen und Zustimmung der Postadministration, weder mit Arrest, noch im Wege der Execution angegriffen werden.

#### §. 50.

##### 6. Verbot, Postgüter mit Arrest zu belegen.

Beschlagnahme auf die den Posten anvertrauten Briefe, Pakete und Gelder findet nur im gerichtlichen Wege Statt.

#### §. 51.

##### 7. Mitwirkung anderer Behörden.

Zur Mitwirkung und Beförderung der Zwecke der Posten sind die Civil- und Militärbehörden, auf Requisition der Postanstalten, verbunden, in allen Fällen, wo die Sicherheit der Posten gefährdet ist, oder die Aufrechterhaltung polizeilicher Ordnungen solches nöthig macht, die ihnen zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um die den Posten drohenden Gefahren oder Nachtheile zu verhindern.

## §. 52.

## Fortsetzung.

Die Thor-Wachen, Thor-Beamten, Brücken- und Barriere-Beamten, Chaussee-Einnehmer sind verpflichtet, sobald ein Postillon durch das Posthorn ein Signal giebt, die Thore, Schlagbäume und Barrieren sogleich zu öffnen.

## §. 53.

## Fortsetzung.

Die Thor-Einnehmer, Steuer- und Polizey-Beamten sollen zur Verhütung und Entdeckung von Postdefrauden mitwirken und die desfallsigen Requisitionen der Postbehörden bereitwillig erfüllen.

## §. 54.

## Fortsetzung.

Die Gerichte sind verpflichtet, auf Requisition der Postanstalten, das unbezahlt gebliebene Postgeld, auch das creditirte im Executiv-Processe betreiben zu lassen.

## §. 55.

8. Vorrechte der Postbeamten, die Reisenden zu bewirthen.

Wo die Localität eines Posthauses es gestattet, soll dem Postbeamten es frey stehen, Post-Reisende gegen eine billige Vergütung 24 Stunden lang zu bewirthen und aufzunehmen; und soll es dazu der Lösung eines Gewerbescheines nicht bedürfen.

## II. Strafbestimmungen zum Schutz der Posten gegen Beeinträchtigung.

## §. 56.

1. Verletzung der Vorrechte der Post.

Wer irgend eine Verletzung der Vorrechte der Posten sich zu Schulden kommen läßt, die Posten in ihrem Laufe hindert, selbigen nicht ausweicht, oder

die den Posten zustehende Hülfe ihnen versagt, verfällt, den obwaltenden Umständen nach, in eine Geldstrafe von 5 bis 20 §.

### §. 57.

#### 2. Mißbrauch der Post-Insignien.

Wer sich des Posthorns oder der Post-Insignien ohne Befugniß bedient, hat eine Geldstrafe von 10 § zu erleiden.

### §. 58.

#### 3. Unrichtige Declaration.

Wer Postsendungen unrichtig declarirt, oder deren Inhalt ganz oder theilweise verschweigt, soll folgende Strafen erleiden:

- a. für Briefe und Pakete den zehnfachen Betrag des, der Postcasse entzogenen Porto's;
- b. für baare Gelder, Papiergeld und ähnliche Ersatzmittel des baaren Geldes, imgleichen für Werthstücke 10 p. Ct. des ausgemittelten Werths.

#### c. Bei Cours habenden Papieren

- aa. für das unterlassene Recommandiren bei Versendung mit der Reitpost den vierfachen Betrag des, der Postcasse entzogenen Porto's;
- bb. für unterlassene oder unrichtige Declaration bei Versendung mit der Fahrpost den vierfachen Betrag desjenigen Porto's, welches zu entrichten gewesen sein würde, wenn die Declaration vorschriftsmäßig gemacht wäre. Bei Summen von 10,000 § und darüber soll jedoch 1 p. Ct. des verschwiegenen Werthes, als Maximum, bei kleineren Summen aber  $\frac{1}{2}$  p. Ct. als Maximum der Strafe festgesetzt werden. Diese Strafen zahlt der Absender obiger Gegenstände.

## §. 59.

## 4. Beeinträchtigung der Post durch Brief-Einschlüsse.

Das Einsammeln der Briefe von Andern, um solche mit der Post unter einem Couverte zu versenden, ist nicht erlaubt.

Auch dürfen Briefe oder andere Gegenstände unter Sachen, für welche ein geringerer Portosatz Anwendung findet, nicht verpackt werden. Bei Versendung eigener Briefe in Packeten muß deren Anzahl auf der Adresse bemerkt sein.

Wer diesen Vorschriften zuwider handelt, verfällt in die, in dem vorhergehenden Paragraphen festgesetzten Strafen.

## §. 60.

## 5. Defraudation von Postgegenständen

Wer Gegenstände, die für die Post gehören, durch andere verbotene Gelegenheit befördert, soll an Strafe erlegen:

- a. für Briefe und zwar für jeden Brief bis zu 4 Loth schwer, 1  $\text{§}$ , oder wenn das zehnfache Porto mehr beträgt, das letztere;
- b. für ein Briefpacket über 4 Loth, 2  $\text{§}$ , oder den zehnfachen Portosatz, wenn solcher mehr als 2  $\text{§}$  betragen sollte;
- c. für ordinaire Packete, Gelder *cc.*, 1 bis 2  $\text{§}$ , oder nach Maßgabe des Postgeldes, welches auf der Post zu entrichten gewesen wäre, jedoch nicht über den zehnfachen Betrag desselben.

Diese Strafen treffen den Absender, Beförderer und Theilnehmer der begangenen Defraudation.

## §. 61.

## 6. Defrauden der Post-Unterbefindten.

Wenn Postillone, Postschaffner, Postboten *cc.* Gegenstände heimlich und uneinge-



Schrieben durch die Posten befördern, so soll der betroffene Post-Unterbediante sowohl, als auch derjenige, der ihn zu der Defraude verleitet hat, jeder besonders, die, in dem vorhergehenden Paragraphen festgesetzte Strafe erleiden.

### §. 62.

#### Fortsetzung.

In den §. §. 58, 59 und 60 aufgeführten Fällen muß neben der Strafe auch das defraudirte Porto gezahlt werden, und dieses, so wie die verwirkten Strafen, können nöthigenfalls aus dem Objecte selbst genommen, dieses mithin ganz oder theilweise confiscirt werden.

### §. 63.

#### 7. Defrauden bei Personenposten.

Der Postillon und Postschaffner, welcher einen Reisenden, der den vorgeschriebenen Personenschein nicht gelöstet, und das gesetzliche Postgeld nicht bezahlt hat, auf einen Postwagen aufnimmt und transportirt, soll das der Postcasse dadurch entzogene Postgeld vierfach als Strafe erlegen. In eine gleiche Strafe verfällt auch der Reisende, der den Postillon oder Postschaffner dazu verleitet, ihn aufzunehmen. Das Postgeld, welches die Strafe normirt, soll von der Station an, hinter welcher der Reisende ohne Schein zuerst aufgenommen ist, bis zu der Station, vor welcher er betroffen wird, gerechnet werden.

### §. 64.

#### 8. Mißbrauch der Portofreiheit.

Wer die ihm zugestandene Portofreiheit, oder eine portofreie Rubrik mißbräuchlich auf nicht portofreie Gegenstände anwendet, soll die §. 58 und 59 festgesetzte Strafe erlegen.

Würde bei einer solchen Defraude ein öffentliches oder Dienstiegel mißbraucht, oder würde ein Postoffi-

ciant sich die Portofreiheit anmaßen; so ist die Strafe zu verdoppeln.

### §. 65.

#### 9. Verhehlen von der Post verlorener Sachen.

Hinsichtlich der Bestrafung derjenigen, welche von der Post verlorene Sachen finden und davon die vorschriftsmäßige Anzeige zu machen unterlassen, hat es bei den Bestimmungen der Verordnung vom 15ten April 1824 sein Bewenden.

### §. 66.

#### 10. Wiederholung von Postdefrauden.

Wenn nach vorhergegangener Strafe Postvergehungen wiederholt werden, so soll für das neue Vergehen die eintretende Strafe verdoppelt, auch der Thäter bei fernerem Uebertretungen gegen die Postgesetze nach Beschaffenheit der Umstände von Gericht wegen noch härter bestraft, nöthigenfalls der Befugniß zum Treiben eines Gewerbes, bei dessen Ausübung das Postvergehen verübt worden zc., für verlustig erklärt werden. Ist der Defraudant ein Postofficiant, so soll die zweite Uebertretung des Gesetzes mit Verlust des Dienstes bestraft werden.

### §. 67.

#### 11. Verwandlung der Geldstrafe in Gefängniß.

Im Falle für die festgesetzten Geldstrafen das Vermögen der Schuldigen nicht zureicht, und solche auf gerichtlichen Wegen nicht beizutreiben sind, sollen solche in verhältnißmäßige Gefängnißstrafen verwandelt werden.

### §. 68.

#### 12. Competente Gerichtsbehörden

Die wegen Postdefrauden zu erhebenden Klagen sind bei den Gerichten des Wohnortes des Angeklagten zu führen. Im Falle, daß der Wohnort des

Contravenienten unbekannt oder die Annahme der Klage daselbst verweigert würde; so ist derselbe anderweitig von dem zuständigen Gerichte, in dessen Bezirke die Defraude begangen ist, öffentlich vorzuladen und beim Nichterscheinen in contumaciam gegen denselben zu erkennen.  
§. 69.

### 13. Verfahren.

Die Postanstalten im Lande haben, unter Anführung der Gründe, welche für, oder gegen eine Contravention sprechen, und unter Beifügung der Protocolle, der Herzogl. Post-Direction sofort Bericht abzustatten. Nach Erwägung und Berücksichtigung der etwa eintretenden Milderungsgründe, verfügt dieselbe die Einzahlung der Geldstrafen, falls der Contravenient sich dazu bereit erklärt, oder veranlaßt die Einleitung des Processus bei dem competenten Gerichte.

### §. 70.

#### Fortsetzung.

Bei Entdeckung von Post-Defrauden sind in dem Falle, daß die Contravenienten nicht als zahlungsfähige Inländer bekannt, oder die Strafgeelder nicht sofort deponirt werden, die postpflichtigen Gegenstände oder nöthigen Falls die Transportmittel sofort in Beschlag zu nehmen, und dem Gerichte, in dessen Amtsbezirke die Entdeckung statt gefunden, auszuliefern, und ist in Fällen dieser Art die Post-Direction von diesem Verfahren sogleich durch Bericht in Kenntniß zu setzen.

### §. 71.

#### 14. Protocolle der Postbeamten.

Die Protocolle der Postbeamten haben bei eigener Wahrnehmung der Thatumstände in Post-

contraventionsfachen vollen Glauben, und können nur durch vollständigen Gegenbeweis entkräftet werden.

§. 72.

15. Denunciationsgebühr.

Von den rechtskräftig festgesetzten Geldstrafen, insoweit solche wirklich zur Erhebung kommen, erhält der Entdecker, insofern er nicht zu den Postbeamten gehört, deren Protocolle vollen Glauben haben, den dritten Theil zur Belohnung, die übrigen zwei Drittel, oder, wo keine Denunciationsgebühr gezahlt wird, die ganze Strafe, kommen der Posthülfs- und Armenkasse zu Gute.

§. 73.

16. Eröffnung verdächtiger Pakete.

Bei Verdacht gesetzwidrig verpackter Gegenstände, oder unrichtiger Declaration, haben die Postbeamten das Recht, die Eröffnung der Briefe oder Pakete vom Aufgeber oder Empfänger im Postcomptoir zu verlangen, dürfen dabei aber niemals eigenmächtig verfahren.

III. Posthülfskasse.

§. 74.

Zur Unterstützung treu und untadelhaft gedienter oder im Dienst unfähig gewordener Unterbedienten und Postillone oder solcher, die durch Krankheit oder unverschuldete Unglücksfälle zurückgekommen, soll eine besondere Posthülfs- und Armen-Kasse errichtet werden.

Der Fonds soll gebildet werden:

- a. aus den Geldstrafen, die, in Gemäßheit dieser Verordnung, wegen begangener Post-Defrauden oder Postcontraventionen, von den competenten Gerichten erkannt;

- b. aus den, von der Post-Direction verfügten Disciplinar- und Ordnungsstrafen;
- c. aus den, in der Folge noch etwa zu bestimmenden Abzügen bei contractlichen oder anderen auf das Postfuhr- oder Extrapostwesen bezüglichen Verhältnissen.

## §. 75.

Alle diese Geldstrafen werden der Post-Direction hiemit überwiesen, welche über die nöthige und zweckmäßige Verwendung am Ende eines jeden Jahres dem Staats-Ministerio Rechnung ablegt.

## §. 76.

Die besondere Verwaltung dieser Casse ist unter Aufsicht der Post-Direction dem Postcassirer übertragen.

## Zweiter Titel.

### Von den ordinairn Posten.

#### Abschnitt 1.

Gemeinschaftliche Bestimmungen für Brief- und Päckerei-Beförderung.

## §. 77.

#### Allgemeine Bestimmungen.

Die Anordnungen der Post-Direction, welche die Geschäftsordnung des Postdienstes und die polizeilichen Regeln bei Benutzung der Post zum Zwecke haben, müssen unweigerlich befolgt und die festgesetzten Taxen baar und prompt bezahlt werden.

## §. 78.

Zeiten, wo die Postbüreaux offen sind.

Bei den Postämtern sind die Büreaux täglich Mor-

gens von 7 bis 12 Uhr, Nachmittags von 2 bis 7 Uhr geöffnet. Wegen besonderer Orts- oder Handelsverhältnisse, namentlich für die Stadt Braunschweig und während der hiesigen Messen, desgleichen wegen Abgangs- oder Ankunftszeit irgend einer Post und bei den Expeditionen in kleinen Orten und auf dem Lande wird die Post-Direction das Öffnen oder Schließen der Post-Comtoirs anderweit und den Umständen nach reguliren. Diese Ausnahmen sind jederzeit dem Publikum durch Anschläge an den Postfenstern oder Thüren der Büreaux bekannt zu machen.

### §. 79.

Verbot für das Publikum, die Post-Büreaux zu betreten.

Der Zutritt in die Post-Büreaux ist dem Publico nicht erlaubt.

### §. 80.

Aufgabezeit.

Briefe müssen eine halbe Stunde, Pakete und Gelder aber zwei Stunden vor Abgang derjenigen Post, mit welcher sie abgehen, eingeliefert werden, widrigenfalls der Absender gewärtig sein muß, daß die Sachen für das Mal unberücksichtigt und bis zur nächsten Post liegen bleiben. Zu den des Morgens früh zu expeditirenden Posten muß die Aufgabe schon Abends vorher geschehen. Bei durchgehenden Posten, deren Ankunft nicht immer auf eine gewisse Stunde zu bestimmen, richtet sich die Einlieferung nach der von der betreffenden Postanstalt festgesetzten Zeit, die aber immer die möglichst längste für das Publikum sein muß. (conf. §. 78.)

### §. 81.

Fortsetzung.

Gelder oder sonstige Gegenstände von Werthe sollen in der Regel nur an den Tagen, wo sie abgehen können, oder zu den des Morgens

früh abfahrenden Posten, Abends vorher angenommen werden. Bei fremden, oder auf dem Lande wohnenden Absendern haben die Postämter aber billige Rücksicht zu nehmen und Ausnahmen gelten zu lassen.

### §. 82.

#### Abgabezeit.

Da sich die Abgabezeit für die angekommenen Poststücke in der allgemeinen Postordnung nicht für jedes einzelne Postamt bestimmen läßt; so wird die Post-Direction hiedurch angewiesen, die Abgabezeiten der mit jeder Post ankommenden Stücke für jedes einzelne Postamt zu bestimmen, und zwar wird sie diese Bestimmungen nach dem Grundsatz treffen, daß die angekommenen Briefe u. s. w. als möglich ausgegeben werden und daß nur die zur Expedition erforderliche Zeit bei allen, am Tage ankommenden Posten zwischen der Ankunft und der Abgabe liege.

Insbefondere hat jedes Postamt seine Briefträger genau zu beaufsichtigen und mit Strenge darauf zu halten, daß diese die ihnen übergebenen Gegenstände sofort austragen und abliefern, und wenn sich dieselben Nachlässigkeiten zu Schulden kommen ließen, oder gar in den Verdacht von Unterschlagungen geriethen, sofort davon der Post-Direction zur Verfügung des Weiteren Anzeige zu machen.

### §. 83.

#### Fortsetzung.

Die mit den Posten angekommenen Päckerei-Sendungen und Gelder u. s. w. müssen, wenn die Empfänger die dazu gehörigen Briefe oder die darüber ausgestellten Postscheine so zeitig erhalten, daß solche noch vor Schluß eines Postcomtoirs in Empfang genommen werden können, an denselben Tagen abgefordert werden. Bleiben solche länger als den folgenden Tag

nach geschehener Abgabe der dazu gehörigen Briefe zc. unabgefordert auf der Post liegen, so bezahlt der Empfänger an die Postcasse ein Packkammer- oder Lagergeld. (§. 216.)

### §. 84.

Abgabe an Orten, wo keine Post ist.

An Orten, die von durchgehenden Posten berührt werden, und wo keine Postanstalt sich befindet, ist die Gemeinde, wenn sie den Durchgang einer Post benutzen will, verbunden, solche Anordnungen zu treffen, daß die Abgabe von Briefen zc. ohne Aufenthalt der Post geschehen kann. Für diese Abgabe muß ein am Wege liegendes Haus den betreffenden Postanstalten bezeichnet, die Bewohner zur Annahme der Briefe ermächtigt, auch zur Berichtigung des Porto's befähigt werden.

### §. 85.

Rückgabe von Poststücken.

Die der Post übergebenen Briefe und Packete zc. dürfen nur auf schriftliche Requisitionen des Absenders der jeder Zeit die von derselben Hand geschriebenen Adressen und das Pettschaft, womit die Gegenstände versiegelt sind, beigelegt sein müssen, zurückgegeben werden. Ist eine Post schon bis zum Abgange vorbereitet und sind die Postkarten geschlossen, so kann wegen des dadurch entstehenden Aufenthalts die Auslieferung nicht mehr Statt finden. Will ein Absender über ein abgegangenes Poststück, bevor es in die Hände des Empfängers gelangt, anderweitig disponiren, oder es zurück verlangen, und würde jener unterwegs an einem Umspeidungs- oder am Bestimmungsorte bei den dasigen Postanstalten, die, Eingangs dieses §. vorgeschriebene Legitimation, beibringen können, so steht einem Ansuchen der Art zu willfahren.



Würde die anderweite Direction oder Auslieferung eines solchen Poststücks am Absendungsorte unterweges, oder am Bestimmungsorte einer unbekannten Person überwiesen sein, so ist, wenn auch alle obenerwähnte Legitimations-Vorschriften beigebracht sind, noch eine gehörige Ausweisung der Person und, den Umständen nach, eine sichere Bürgschaft für die Postbehörde nöthig, die sich erforderlichen Falls auch auf die Zeit der Verantwortlichkeit der Post erstrecken muß.

### §. 86.

#### Annahme: Verweigerung.

Im Fall ein Adressat Briefe oder Pakete zc. von der Post anzunehmen sich weigert, ist der Absender verbunden, das Porto zu zahlen, und es wird für die bloße Präsentation von dem Adressaten kein Verstellgeld bezahlt.

### §. 87.

#### Verbot der Rückgabe erbrochener Briefe zc.

Wenn Jemand ein an ihn adressirtes Poststück zc. auf der Post oder vom Briefträger in Empfang genommen und erbrochen hat; so kann es nicht wieder zurückgegeben werden, und soll das dafür verweigerete Porto nöthigenfalls gerichtlich beigetrieben werden.

### §. 88.

#### Bestellung der Poststücke durch die Briefträger und deren Abholen.

In der Regel sollen alle Briefe, insoweit sie nicht mit Geld oder Geldeswerth beschwert sind, ferner alle Briefe und Adressen zu Packeten zc. und alle Postscheine und Briefpakete bis zu 16 Loth schwer, durch die Briefträger bestellt werden. Herrschaftliche Behörden oder Privatpersonen indess, denen an der Selbst-Abholung ihrer Correspondenz gelegen, haben die Erklärung darüber der Orts-Postanstalt schriftlich

zu machen, und soll für den portopflichtigen Theil dieser Briefe gleichfalls das gesetzliche Bestellgeld bezahlt werden.

Diese Auslieferungen dürfen und können aber nur dann erst geschehen, wenn eine Post vollständig nachgesehen und die übrige Correspondenz dem Briefträger übergeben worden ist.

### §. 89.

#### Post-Reslant-Briefe.

Briefe oder Pakete, die, besonderer Umstände wegen, nicht durch die Briefträger bestellt werden und zum Abholen auf der Post verbleiben sollen, müssen mit „*poste restante*“ bezeichnet werden, unterliegen aber den gesetzlichen Bestell-Gebühren. Wird ein solcher Brief nach Verlauf von 3 Monaten, vom Ankunftsstage angerechnet, nicht abgefordert, so geht er an den Absendungsort zurück.

### §. 90.

#### Auslieferung gegen Zahlung des Postgeldes.

Da die Briefträger für das ihnen gezahlte Postgeld den Postanstalten haften müssen, so sollen sie nicht verbunden sein, Briefe ohne Zahlung dafür empfangen zu haben, auszuhändigen.

### §. 91.

#### Nicht anzubringende Briefe und Pakete.

Wenn ein Brief oder sonstiger Postgegenstand wegen mangelhafter oder undeutlicher Adresse, oder weil der Empfänger aller angewandten Mühe ungeachtet nicht zu erfragen ist, nicht bestellt werden kann, oder, wenn die Annahme verweigert wird, so sollen dergleichen Gegenstände ohne Verzug mit Angabe der Ursach der Zurücksendung nach dem Abgangsorte retour gehen. Falls die Postanstalt, welche einen solchen Brief zurück erhält, den Absender an der Handschrift oder an dem Siegel erkennt, und keinen Zweifel darüber hegt,

so soll der Brief sofort zurückgegeben und das darauf haftende Porto vom Absender bezahlt werden. Ist der Absender aber zweifelhaft, oder ganz unbekannt, so müssen die Adressen solcher Briefe drei Monate lang am Postfenster oder an einem sonst in die Augen fallenden Orte am Postcomtoir in einem besondern Verzeichnisse aufgestellt werden.

Kein Postbeamter darf also einen solchen Brief eigenmächtig erbrechen. (confer. §. 10.) Meldet sich nach Ablauf der 3 Monate keiner der Absender, so sollen die Briefe an die Post-Direction eingesandt werden, und hat dieselbe die Adressen in den hiesigen Anzeigen bekannt zu machen und die Absender zur Einlösung aufzufordern. Nach Verlauf anderweitiger 3 Monate nach dieser öffentlichen Bekanntmachung werden die nicht zurückgeforderten Briefe von der Post-Direction oder einer eigends dazu ernannten Commission eröffnet, und nur allein die Unterschrift inspicirt, sodann durch das Post-Directions- oder Commissions-Siegel wieder verschlossen und mit dem darauf bemerkten Namen des Absenders und Portobetrages an den Absendungsort zur Abgabe an den Aufgeber, zurückgesandt. Die ohne Unterschrift und von unbekannten Absendern herrührenden Briefe werden von der Post-Direction nach Jahresfrist vernichtet.

### §. 92.

Nichtfrankirte Briefe auf Coursen, wo Francozwang ist.

Wenn bei den Postanstalten, wo Briefkasten angelegt sind, sich in diesen unfrankirte Briefe finden, welche auf solchen Coursen, auf welchen der Francozwang besteht, zu spediren sind, so soll mit diesen nach den in den vorhergehenden Paragraphen aufgestellten Grundsätzen verfahren werden.

## §. 93.

## Postvorschuß.

Zur Bequemlichkeit für die Behörden, so wie überhaupt für das Publicum, ist den Postbeamten erlaubt, auf ihre Gefahr, Geldvorschüsse auf Briefe oder Packete zu machen, welche mit dem Porto zugleich von dem Empfänger wieder bezahlt werden können.

## §. 94.

## Fortsetzung.

Briefe oder Packete, worauf ein Postvorschuß geleistet, dürfen ohne vorherige Berichtigung dieses Vorschusses und des Portobetrages dem Adressaten weder ausgehändigt, noch viel weniger von selbigem erbrochen werden.

Dagegen kann Niemand zur Einlösung eines solchen Briefes oder Packetes gezwungen werden.

## §. 95.

## Fortsetzung.

Wenn ein Postbeamter ein Poststück, worauf Postvorschuß haftet, vor Entrichtung desselben aushändigt oder die Deffnung gestattet, so bleibt der Beamte der Postcasse für das Porto und der Postanstalt, welche dasselbe abgesandt hat, für den Vorschuß verantwortlich.

## §. 96.

## Fortsetzung.

Uebrigens bleibt es den Postbeamten überlassen, Postvorschüsse zu leisten oder zurückzuweisen, und nöthigenfalls auch in der Art sich sicher zu stellen, daß der Vorschuß nicht sofort baar bezahlt, sondern so lange a conto gestellt wird, bis Gewißheit vorhanden ist, daß solcher vom Empfänger bezahlt worden.

## Abschnitt. II.

## Brief-Beförderung.

## §. 97.

## Adresse.

Der sichern und richtigen Beförderung wegen müssen die Adressen auf den Briefen deutlich geschrieben und die Namen der Empfänger und die Ortsummangswörter so angegeben sein, daß bei der Expedition kein Zweifel entstehen kann.

## §. 98.

## Fortsetzung.

Briefe, auf deren Adressen die Bezeichnung: „frei“, „franco“, „fr.“ sich durchstrichen, oder auf eine andere Art ausgelöscht findet, werden nicht angenommen.

## §. 99.

## Briefpostgewicht.

Briefe bis zu 4 Loth incl. gehören ausschließlich für die Briefposten.

## §. 100.

## Fortsetzung.

Ueber 4 Loth wiegende Briefe werden, sobald das Verlangen der Absendung mit der Briefpost nicht ausdrücklich auf der Adresse bemerkt ist, mit den Packereiposten versandt.

## §. 101.

## Recommandirte Briefe.

Wünscht Jemand, daß ein wichtiger Brief ihm besonders nachgewiesen werden könne, so hat der Absender auf die Adresse die Worte: „recommandirt“ oder „empfohlen“ zu setzen.

Die Postanstalt ertheilt darüber einen Einlieferungschein und sorgt dafür, daß der Empfänger über den Brief eine Ablieferungs-Bescheinigung ausstelle, die dem

Absender ausgehändigt werden soll. Bei recommandirten Briefen nach und von dem Auslande treten die Bestimmungen der fremden Postanstalten ein.

### §. 102.

Geldbriefe und Sachen von Werth.

Geldbriefe und Sachen von Werth werden mit der Briefpost in der Regel nicht befördert, und wenn dieses auf besonderes Verlangen des Absenders geschieht, wird nur der für recommandirte Briefe festgesetzte Ersatz geleistet.

## Abchnitt 3.

### Beförderung der Päckereien.

### §. 103.

Frachtbriefe.

Alle Päckerei-Gegenstände, selbst kleine Hand- und Acten-Päckete über 16 Loth müssen von besonderen Adressen (Frachtbriefen) begleitet sein, worauf der dazu gehörige Gegenstand seiner Beschaffenheit, Emballage und Signatur (Bezeichnung) nach, angegeben sein muß.

### §. 104.

Signatur.

Die Signatur auf allen Postgütern muß deutlich und dauerhaft, mit der Adresse oder dem Frachtbriefe übereinstimmend sein, sie muß zugleich den Bestimmungsort, und bei Geldern und Päcketen, deren Werth declarirt ist, auch die Summe des Werths angeben. Die Adressen oder Frachtbriefe müssen mit den Päcketen u. einerlei Siegel haben.

### §. 105.

Declaration.

Alle Gegenstände, wofür die Geld-Porto-

Laxe in Anwendung kömmt, müssen nach ihrem wahren Werthe richtig declarirt werden; diese Vorschrift findet auch auf die Passagiersachen, die als Postgüter versandt werden, Anwendung.

### §. 106.

#### Fortsetzung.

Das Verpacken oder Vermischen solcher Sachen, wofür verschiedene Laxe bestehen, ist nicht gestattet. Diese Gegenstände müssen, wenn sie auch zu einer Adresse gehören, besonders und separat einballirt sein; z. B. darf zu Acten niemals Geld, zu Silbermünze nie Gold u. gelegt werden (conf. §. 177.)

### §. 107.

#### Art der Verpackung.

Alle den Posten übergebene Gegenstände müssen dem Inhalte, Umfange und der Weite des Transports angemessen haltbar und so verpackt sein, daß ihr Inhalt durch den Transport weder selbst Schaden erleiden, noch andere Postgüter beschädigen kann.

### §. 108.

#### Fortsetzung.

Große, unförmliche Pakete, z. B. Bäume, Sträucher, und Kisten mit leichten Gegenständen, als Strohwaaren u. soll, den Umständen nach, die Post anzunehmen nicht verpflichtet sein.

### §. 109.-

#### Fortsetzung.

Gelder und Gegenstände von Werth in Briefen müssen, außer mit einem haltbaren und mit fünf Siegeln versehenen Kreuzcouverte, nicht über 5  $\frac{1}{2}$  Silbergeld enthalten und das Gewicht von 16 Loth nicht übersteigen.

## §. 110.

## Fortsetzung.

Größere Geldsummen sind in Packet Beutel oder Fässer zu verpacken. Für kleine Entfernungen (im Inlande) ist bei Geldpacketen bis zu 20  $\text{R}$  Silbermünze, oder bis zu dem Gewicht von 2  $\text{A}$  nass gelassen, solche in doppeltes und starkes Papier zu emballiren, wobei dieselben mit einem Bindfaden umschnürt und gut versiegelt sein müssen. Bei Versendungen über 20  $\text{R}$  Silbermünze oder über 2  $\text{A}$  an Gewicht müssen die Packete von Leinen oder Wachstuch und die auswendige Naht gestriegelt sein. Die Beutel müssen von wenigstens doppelter Leinwand, die Naht nicht auswendig, der Kropf nicht zu kurz, und da, wo der Knoten geschürzt ist, muß das Siegel deutlich ausgedrückt sein. Geld in Fässern darf nicht bloß, sondern muß in Beutel verpackt sein. Die Fässer müssen gut gereift und oben und unten dergestalt verschnürt sein, daß eine Öffnung des Fasses ohne Verletzung des Fadens oder Siegels nicht möglich ist.

## §. 111.

## Fortsetzung.

Bei großen Geldversendungen kann, sobald solche nicht aus Münzsorten über  $\frac{1}{12}$  Stück bestehen, in einen Beutel oder in ein Packet nie mehr als 500  $\text{R}$  Silbergeld verpackt werden, und darf bei größeren Münzsorten ein solcher Beutel oder Packet nicht über 45  $\text{A}$  wiegen.

## §. 112.

Gegenstände, die mit der Post nicht versendet werden.

Bitriol, Scheidewasser, Serpentin, Schießpulver, Knallsilber und sonstige durch Reibung oder Luftzudrang entzündliche Gegenstände, desgleichen unraine und schmierende Sachen, als Oele u.



werden mit der Post nicht versandt. Auch für lebende Thiere findet kein Transport Statt. Beförderung flüssiger und leicht verderblicher Sachen kann, wenn die Gegenstände auch bestens verpackt und verwahrt sind, nur auf Gefahr des Absenders geschehen.

### §. 113.

Nicht ordnungsmäßig eingelieferte Sachen.

Allem, was nach obigen Bestimmungen nicht vorschriftsmäßig verpackt, versiegelt oder bezeichnet ist, wird die Beförderung verweigert; verlangt der Absender den Transport dennoch, so geschieht solcher auf seine Gefahr, und wird dieses auf den Adressen und auf den ertheilten Postscheinen bemerkt.

## Abschnitt 4.

### Postreisende und deren Beförderung.

#### §. 114.

##### 1. Angabe des Namens.

Reisende, welche sich der Post bedienen wollen, müssen der Postanstalt, von welcher sie ausgehen, Namen und Stand richtig angeben.

#### §. 115.

##### 2. Benehmen.

In den Posthäusern sowohl, als auch unterwegs in den Postwagen, müssen die Reisenden sich anständig betragen und nichts vornehmen, wodurch ein Aufenthalt der Post oder sonst ein Nachtheil an den Postgütern entstehen kann.

Reisende, welche diesen Vorschriften zuwider handeln, sollen von der Weiterreise mit der Post ausgeschlossen werden und des Postgelbes verlustig sein.

#### §. 116.

##### 3. Kranke und Kinder.

Kranke und Gebrechliche, von denen vorher

zusehen ist, daß sie ohne Unfall die Reise nicht aushalten können, oder zur Belästigung der Mitreisenden dienen würden, oder nicht anständig gekleidete Personen, auch Kinder unter 4 Jahren, sollen mit den Posten nicht befördert werden.

### §. 117.

#### 4. Art der Beförderung.

Die Beförderung der Reisenden geschieht durch Personen-Schnell-Posten, Postkutschen (Diligencen) und ordinäre bedeckte Postwagen. Auf den Courten, wo Personen-Schnell-Posten und Postkutschen (Diligencen) vorhanden, werden, wenn der Hauptwagen die Reisenden nicht fassen kann, Bei-Chaisen und bei den ordinären Postwagen Bei-Wagen gestellt. Die Stellung und Zahl der Bei-Chaisen und Bei-Wagen wird, nach Beschaffenheit der Course und nach der Frequenz auf denselben fixirt; auch werden solche unterwegs auf den Stationen, wo Pferdewechsel Statt findet, unter gleichen Modificationen geliefert. Kommt jedoch der Hauptwagen auf einer Station mit der festgesetzten Anzahl von Bei-Chaisen an, und werden für die daselbst sich vorfindenden Reisenden keine Plätze vacant, so soll, wenn es thunlich, und die Reisenden damit zufrieden sind, der Transport durch einen Bei-Wagen geschehen. In diesen Fällen findet die Personen-Taxe, die für den Hauptwagen und die Bei-Chaisen festgesetzt ist, Statt.

### §. 118.

#### 5. Personen-Scheine.

Ein jeder Reisende, der sich zur Mitfahrt meldet, empfängt von der Postanstalt einen gedruckten Personen-Schein, der zugleich auf die Einschreibe-Nummer und auf das bezahlte Postgeld lautet. Nur ein solcher Schein berechtigt zur Aufnahme auf ein Postfuhrwerk und ist erforderlichen Falls unterwegs oder auf den

Stationen vorzuzeigen. Die Post-Direction wird indes die erforderliche Einrichtung treffen, daß nicht allein auf den Postexpeditionen, sondern auch an den, an den Hauptpoststraßen belegenen Chausseegeld-Recepturen Reisende, gegen von den Chausseegeld-Erhebern auszustellende Interimscheine, von den Personen-Posten aufgenommen werden können.

### §. 119.

#### 6. Verhalten unterwegs.

Die Passagiere haben sich zur Abfahrtzeit pünktlich einzustellen und unterwegs der Aufforderung des Postschaffners zum Einsteigen Folge zu leisten, widrigenfalls aber zu erwarten, daß der Postwagen seinen Lauf fortsetzt, ohne sie zu erwarten.

Sie können nicht in ihren Wohnungen auf offener Straße, vor Wirthshäusern oder vor den Thoren, sondern nur an der Postexpedition, oder dem sonst von der Post-Direction bestimmten Orte auf- und absteigen.

Sowohl bei dem Eintreffen auf der Station, als auf den Zwischenerpeditionen, sind sie verpflichtet, auf Einladung des Postschaffners auszustiegen.

### §. 120.

#### Fortsetzung.

Das Mitnehmen von geladenen Schießgewehren oder von Hunden in den Wagen ist verboten, und das Tabakranchen nur bei geschlossener Pseife und mit Genehmigung aller Passagiere gestattet.

### §. 121.

#### 7. Verschieben der Fahrt.

Wenn ein Reisender seine Abfahrt verschieben oder aufgeben will, oder nach Abgang der Post sich einfindet, so soll das bereits elegte Postgeld nicht wieder zurückgegeben werden.

## §. 122.

## 8. Nummer der Plätze.

Die Nummern der Plätze werden den Reisenden nach der Reihesfolge der Anmeldungen ertheilt. Der Inhaber einer späteren Nummer rückt, und zwar wiederum nach der Reihesfolge in den Platz der frühern Nummer, wenn diese während der Fahrt erledigt wird, ein. Derjenige, welcher sich am Anfangspuncte eines Coursets bis zu dessen Endpuncte hat einschreiben lassen, hat immer den Vorzug vor denjenigen Reisenden, welche unterwegs zur Mitfahrt sich anmelden. Uebrigens gilt im Allgemeinen die Regel, daß die Erßung eines neuen Postpersonenscheins die früher gehaltenen Rechte aufhebt.

## §. 123.

## 9. Gepäck der Reisenden.

Das Gepäck der Reisenden muß spätestens eine Stunde vor Abgang der Post, und wenn solche des Morgens früh abfährt, Abends vorher im Post-Comptoir angezeigt und abgeliefert werden.

## §. 124.

## Freigewicht.

Jedem Reisenden wird auf den Personenschnellposten und Postkutschen 30 U, und auf dem bedeckten Postwagen 50 U Freigewicht an Gepäck mit zu nehmen gestattet.

## §. 125.

## Nicht declarirtes Gepäck.

Auf das Gepäck und Geräthe, welches die Reisenden bei sich führen, und welches der Post nicht besonders declarirt worden, haben sie selbst zu achten, indem die Postanstalt nicht dafür haftet.

## §. 126.

## Declarirtes Gepäck.

Wünscht ein Reisender jedoch für sein

Gepäck eine Garantie, so muß der Werth desselben declarirt werden. Der Passagier erhält sodann bei der Aufgabe einen Bagage-Schein ausgehändigt, worin die Sachen, ihrer Beschaffenheit, Emballage und Signatur nach, specificirt worden, und erfolgt die Auslieferung am Endpunkte der Reise gegen Zurückgabe dieses Bagage-Scheines. Wird der Werth solcher Effecten nicht declarirt, so erfolgt, wenn solche unterwegs abhanden kommen, der Ersatz für nicht declarirte Pakete, insofern nachgewiesen, daß das verlorene Gepäck mindestens so viel Werth gehabt.

### §. 127.

#### Fortsetzung.

Die Bestimmungen des §. 126. finden auf diejenigen Posten, die von keinem Postschaffner geführt, oder wobei mit dem Auslande andere Verträge bestehen, keine Anwendung.

### §. 128.

Reisende dürfen (außer zu eigenem Gebrauche und aus bloßer Gefälligkeit) Briefe, Pakete u. für dritte Personen (zum Nachtheil der Post-Revenüen) nicht bei sich führen. Werden sie dessen überwiesen, so verfallen sie in die festgesetzten Strafen. Auch ist Niemandem gestattet, große Geldsummen mit dem Passagier-Gute zu verpacken, oder selbige ohne Declaration mit sich zu nehmen, indem solche als Post-Gut der dafür bestimmten besondern Taxe unterworfen sind; dergleichen darf kein Reisender das Gepäck eines Andern für sich als Freigewicht benutzen.

## Abschnitt 5. V o n   d e m   P o r t o .

### §. 129.

#### Allgemeiner Grundsatz.

In der Regel sind alle den Posten übergebene Gegenstände, als Briefe, Packete, Gelder u. portopflchtig. Die Portofreiheit ist eine Ausnahme von der Regel, und muß sich auf ausdrückliche Geseze oder Verfügungen der Landes-Regierung gründen.

### I. P o r t o f r e i h e i t .

#### §. 130.

##### II Portofreie Gegenstände.

Bis auf weitere Bestimmungen, sollen die bisherigen Vorschriften, wonach alle den öffentlichen Dienst betreffenden Briefe, Schriften und Acten, Packete und Gelder, desgleichen herrschaftliche Gelder, die Portofreiheit genießen, in Kraft bleiben und auf den hiesigen Landesposten portofrei befördert werden.

#### §. 131.

##### Fortsetzung.

Als wirkliche und portofreie Dienst-Briefe und Packete sind nur allein diejenigen anzusehen, wobei weder rücksichtlich des Absenders, noch Empfängers, noch einer dritten Person ein Privat-Interesse, noch sonst eine Privathandlung oder Unternehmung zum Grunde liegt.

Herrschaftliche Gelder sind nur allein solche, die aus herrschaftlichen Cassen oder Recepturen und von Cassen-Beamten oder Orts-Einnehmern versandt werden. Jede andere Geldsendungen, die von Privatpersonen an herrschaftliche Cassen, Recepturen u. gemacht werden,

sind portopflichtig, und gilt dabei im Allgemeinen der Grundsatz, daß die Gelder nur dann erst herrschaftlich zu nennen sind, wenn die Niederlegung derselben in einer dergleichen Cassé zc. geschehen ist. —

### §. 132.

#### 2. Vorschriften über die Art der Ausübung der Portofreiheit.

Um für einen zur Post gelieferten Gegenstand die dafür bewilligte Portofreiheit zu bewirken, werden die bereits bestehenden Vorschriften und Formalitäten hiedurch aufs Neue und als unerläßlich angeordnet. Auf den Adressen muß der Inhalt oder die Gattung der Dienstsache, oder wenn der Gegenstand allgemeiner Art, die Bezeichnung „Herrschaftliche Dienst-Sache“ (H. D. S.) und dabei der Namen und Dienst-Character des Absenders, oder Angabe der öffentlichen Behörde, gesetzt werden, und müssen die Gegenstände mit dem Dienst- oder einem öffentlichen Siegel versehen sein. Die bisher auf Dienstbriefen üblich gewesene Bezeichnung „Ex officio“ genügt vorzüglich bei Dienst-Correspondenz in das Ausland nicht. Die Correspondenz des Landesfürsten und des Herzogl. Staatsministeriums ist von obigen Formalitäten ausgeschlossen.

### §. 133.

#### Fortsetzung.

Einzeln stehende Beamten, die eine Dienst-Correspondenz, aber kein Dienstsiegel führen, sind von ihren Oberbehörden der Postdirection namhaft zu machen, um solche den Post-Anstalten bemerklich machen zu können.

### §. 134.

#### 3. Controle-Maßregeln.

Wenn bei Unterlassung der vorgeschriebenen Formalitäten, oder bei Gegenständen, wo ein Zweifel über die portofreie Sendung

entsteht, Postgeld verlangt wird, so soll der Gegenstand zwar vorläufig verabsolgt werden, der Empfänger oder die Empfangsbehörde ist aber verpflichtet, das darauf bezügliche Couvert dem distribuirenden Post-Bureau zurückzugeben und auf solchem, oder wenn das Couvert nicht entbehrt werden kann, auf einem besondern Scheine den Beweis für die portofreie Empfangnahme zu führen, widrigenfalls das Porto zu bezahlen ist. —

### §. 135.

Fortsetzung.

Die Geistlichen und alle Civil- und Militair-Behörden, so wie alle Staats-Diener sind bei eigener Verantwortlichkeit verpflichtet, die Couverte, Briefe oder sonstigen Beweise von erhaltenen Zusendungen, die als portofrei bezeichnet, aber wobei der Inhalt ergiebt, daß solche portopflichtig, der Orts- oder nächsten Postanstalt oder der Postdirection mit Benennung des Absenders zu übergeben, um die nöthigen Untersuchungen einleiten zu können.

### §. 136.

Fortsetzung.

Hat ein Postbeamter hinlänglichen Grund, einen Mißbrauch der Postfreiheit zu vermuthen, so ist er ermächtigt, den Gegenstand im Beisein des Absenders oder Empfängers von selbigem eröffnen zu lassen, und soll der Postofficiant den Umständen nach ein Protocoll darüber aufnehmen und solches der Postdirection zur weitem Verfügung und Veranlassung der dafür bestimmten Strafe einsenden.

### §. 137.

Fortsetzung.

Da die obern Landes-Collegia und sonstigen öffentlichen Behörden für die an sie gerichteten Schreiben von Privatpersonen kein Porto



bezahlen können, so sollen die Postofficianten unter eigener Verantwortlichkeit gehalten sein, dergleichen Correspondenz von den Absendern frankiren zu lassen.

## II. Portotaren.

### §. 138.

Allgemeiner Grundsatz.

Das Brief= Paket= und Geld= Porto soll auf den hiesigen Landesposten nach der directen Entfernung, und zwar nach dem in Anlage hiebei gefügten Meilenzeiger erhoben werden. Außer der gegenseitigen Entfernung der Braunschweigischen Post-Anstalten von einander enthält derselbe auch noch die Entfernung nach und von einigen ausländischen Post-Büreaux, bis wohin und von wo ab entweder für Briefe oder Päckerei-Sendungen nach bestehenden Conventionen mit den Nachbar-Staaten das Porto für Rechnung der hiesigen Post-Administration und nach den Principien der dießseitigen Landes=Post-Taren bezogen wird.

### §. 139.

#### 1. Brieftare.

Das Brief-Porto regulirt sich nach der Meilenzahl und nach dem Gewichte eines Briefes.

### §. 140.

Für einen einfachen Brief

bis zu 2 Meilen wird bezahlt	—	gr	6	2
über 2—3	=	=	=	9
= 3—5	=	=	=	1
= 5—10	=	=	=	1
= 10—15	=	=	=	2
= 15—20	=	=	=	2
= 20—25	=	=	=	3

### §. 141.

Ein einfacher Brief innerhalb der Gränzen

des hiesigen Landes ist ein solcher, welcher nicht mehr als  $\frac{3}{4}$  Loth wiegt.

## §. 142.

Die Brief-Gewichts-Progression ist folgender Gestalt, und wird bezahlt

für $\frac{3}{4}$ Loth der einfache Portosatz			
über $\frac{3}{4}$ — 1	=	=	1 $\frac{1}{2}$ fache
über 1 — 1 $\frac{1}{2}$	=	=	2fache
über 1 $\frac{1}{2}$ — 2	=	=	2 $\frac{1}{2}$ fache
über 2 — 2 $\frac{1}{2}$	=	=	3fache
über 2 $\frac{1}{2}$ — 3	=	=	3 $\frac{1}{2}$ fache
über 3 — 3 $\frac{1}{2}$	=	=	4fache
über 3 $\frac{1}{2}$ — 4	=	=	4 $\frac{1}{2}$ fache

u. s. w. für jedes halbe Loth Mehrgewicht halbfaches Briefporto, und bestimmt das geringste Uebergewicht den höheren Zahlungs-Satz.

## §. 143.

Für Briefe bis zu 4 Loth incl. (§. 99.), wobei es nicht in Betracht kommt, ob sie ganz oder streckenweise mit einer Fahr- oder Botenpost befördert werden, wird jedenfalls die vorstehende Tare angewandt, mit Ausnahme der im §. 146. gemachten Bestimmungen.

## §. 144.

Briefe über 4 Loth zahlen, wenn sie mit den Päckereiposten versendet werden, das Porto nach der Acten-Tare.

## §. 145.

Briefe, die vom Auslande mit den Reit- oder Brief-Posten eingehen, werden ohne Unterschied des Gewichts auch in den hiesigen Landen auf gleiche Weise weiter befördert.

## §. 146.

Werden den hiesigen Posten vom Auslande Briefe über 2 bis 4 Loth incl. durch

die Päckereiposten ausgeliefert, so sollen solche auf gleiche Weise weiter spedirt und nur mit dreifachem Briefporto belegt werden.

#### §. 147.

Briefe mit Waaren-Proben, wobei die Proben kenntlich erscheinen müssen, werden auf den hiesigen Posten, wenn der dabeigefügte geschriebene Brief nicht mehr als  $\frac{3}{4}$  Loth wiegt, bis zu 2 Loth mit einfachem, und über 2 bis 8 Loth mit doppeltem Briefporto belegt. Ueber 8 Loth wiegende Proben oder Muster müssen mit den Päckereiposten versendet werden.

#### §. 148.

Für Preis=Courante, gedruckte Circulare oder Empfehlungs=Schreiben, Zeitungen, Flugschriften, gedruckte Ankündigungen, einzelne gedruckte Bogen, gedruckte Lotterie=Listen, unter Kreuzband und bis zu dem Gewichte von  $7\frac{1}{2}$  Loth, soll die Brieftaxe bis auf den vierten Theil ermäßigt werden, wobei es jedoch erforderlich, daß diese Briefe bei der Aufgabe bezahlt (frankirt) werden. Auch darf, außer der Adresse und Unterschrift mit Datum, nie etwas Geschriebenes dabei befindlich sein, widrigenfalls das volle Porto dafür bezahlt werden muß. Bei der ersten und zweiten Brief=Tax=Progression (§. 140.), wo resp. bis zu 2 und über 2 bis 3 Meilen das volle Briefporto 6  $\mathcal{L}$  und 9  $\mathcal{L}$  beträgt, kann das für Briefe unter Kreuzband moderirte Porto nie unter 3  $\mathcal{L}$  pro Stück betragen.

#### §. 149.

Für Briefe mit Waarenproben, Preiscourante, gedruckte Circulare u. unter Kreuzband, in das Ausland gehend, und wofür die hiesige Postadministration Transito-Porto an fremde Posten bezahlen muß, kann die im §. 148. nachgelassene Moderation

nicht stattfinden, und richtet sich das Porto dafür nach anderweitigen Bestimmungen und den fremden Posttaxen.

§. 150.

Versendungen von Preis-Couranten, gedruckten Circularen und Empfehlungsschreiben, die weder ausgefüllt noch adressirt sind, desgleichen gedruckte Sachen über 7 1/2 Loth wiegend, gehören für die Fahrposten und unterliegen der Packettaxe.

§. 151.

Recommandirte Briefe (confer. §. 101.) zahlen das Porto doppelt und müssen solche bei der Absendung bezahlt (frankirt) werden. Bei recommandirten Briefen nach und von dem Auslande treten die Bestimmungen und Taxen ein, die dafür bei den fremden Post-Anstalten gelten.

§. 152.

2. Acten = Taxe.

Die Acten = Taxe wird aus den Brief-Porto-Sätzen gebildet und folgendermaßen erhoben und in Anwendung gebracht.

§. 153.

Briefe mit Acten oder Proceßschriften, bezeichnet, werden bis zu dem Gewichte von 1 Loth inclusive mit der Brieffaxe belegt.

§. 154.

Schwerere Briefe oder Packete mit Acten, denen aber nie eine briefliche Mittheilung über 3/4 Loth schwer beigelegt werden darf, bezahlen:

über 1 bis 8 Loth		2faches Briefporto	
„ 8	„ 12	„ 2 1/2faches	„
„ 12	„ 16	„ 3faches	„
„ 16	„ 20	„ 3 1/2faches	„
„ 20	„ 25	„ 4faches	„
„ 25	„ 1 Pfund	4 1/2faches	„

über 1	bis 1½	Pfund	5faches	Briefporto
„ 1½	2	„	6faches	„
„ 2	2½	„	7faches	„
„ 2½	3	„	8faches	„
„ 3	4	„	9faches	„
„ 4	5	„	10faches	„
„ 5	6	„	11faches	„
„ 6	8	„	12faches	„
„ 8	10	„	13faches	„
„ 10	12	„	14faches	„
„ 12	14	„	15faches	„
„ 14	17	„	16½faches	„
„ 17	20	„	18faches	„
u. f. w. von 3	zu 3	Pfund	1½faches	Briefporto mehr.

## §. 155.

Den Acten gleich sollen taxirt werden: Gerichtliche Obligationen, dergleichen Documente und Verhandlungen, Schuldverschreibungen, Hypothekenscheine, Leihhaus-scheine, Interimsscheine der Preussischen Provinzial-Banco-Comtoirs, Banco-Anweisungen, Wechsel, Zinscoupons, über noch nicht zahlbare Zinsen, Lotterie-Loose, Manuscripte, Rechnungen, Correcturbogen und außer Cours gesetzte Staatspapiere oder dergleichen Obligationen.

## §. 156.

Geschriebene Noten (Musikalien) werden wie gedruckte Sachen mit der Packettaxe belegt.

## §. 157.

Bei der Acten-Taxe entscheidet das geringste Uebergewicht für die Anwendung der höheren Tarxtufe.

## §. 158.

## 3. Packet-Porto.

Dem Packet-Porto liegt die Brief-Taxe (§. 140.)

zum Grunde. Dasselbe unterscheidet gute und geringe Sachen und wird erhoben

- a) für kleine Pakete (Hand-Päckerei) von und bis zu bestimmten Gewichtss-Sägen,
- b) für größere und schwerere Gegenstände von jedem einzelnen Pfunde.

## §. 159.

Für Hand-Pakete wird bezahlt:

bei Sendungen guter Sachen

unter und bis	2	Pfund	2faches	Briefporto
über	2	„ „ 6	3faches	„
„	6	„ „ 10	4faches	„
„	10	„ „ 15	5faches	„

bei geringen Sachen

unter und bis	2	Pfund	2faches	Briefporto
über	2	„ „ 6	3faches	„
„	6	„ „ 10	4faches	„
„	10	„ „ 20	5faches	„

## §. 160.

Größere und schwerere Pakete zahlen bei guten Sachen (über 15 Pfund) für jedes Pfund  $\frac{1}{3}$  des einfachen Brief-Porto-Satzes,

bei geringen Sachen (über 20 Pfund) für jedes Pfund  $\frac{1}{4}$  des einfachen Brief-Porto-Satzes.

## §. 161.

Zu den geringen Sachen werden gerechnet Victualien, flüssige und leicht verderbliche, auch gedruckte Sachen und Bücher. Alle übrige Gegenstände bezahlen die Taxe für gute Sachen.

## §. 162.

Der zu einem Paket zc. gehörige Brief geht bis zu dem Gewichte von  $\frac{3}{4}$  Loth frei. Beträgt dessen Gewicht mehr, so wird für das Uebergewicht die Brief-Porto-Taxe, oder wenn Acten, gedruckte Sachen

u. f. w. ausdrücklich angegeben, die betreffenden Taxen in Anwendung gebracht.

§. 163.

Leichte Packete oder Kisten von großem Umfange, die viel Raum einnehmen und dadurch außerordentliche Ausgaben für den Transport verursachen, zahlen  $\frac{1}{3}$  der Packettaxe (§§. 159 und 160) mehr.

§. 164.

Gehören mehrere Packete, deren Inhalt einer und derselben Taxe unterworfen, zu einer Adresse, so wird das Gewicht zusammengezogen und das Porto nach dem Gesamt-Gewichte bezahlt. Beträgt das Porto für ein solches Gesamt-Gewicht aber weniger als das dreifache Briefporto, so ist letzteres anzuwenden.

§. 165.

Sendungen von verschiedenartigen Gattungen, die jede einzeln besonderen Taxen unterliegen, zu einer Adresse gehörig, werden einzeln und jede besonders taxirt.

§. 166.

Bei kleinen Packeten bestimmt das geringste Uebergewicht den folgenden höheren Portosatz.

§. 167.

Bei größeren und schwereren Packeten über resp. 15 und 20 Pfund werden Lothe unter 16 gar nicht, von 16 bis 32 Loth aber wie ein volles Pfund gerechnet.

§. 168.

Auf Verlangen können kleine Packete und Acten, oder nicht zu große Geldsummen, auch mit den Schnellposten befördert werden, in welchen Fällen das Porto mit 50 pCent. erhöht wird.

## §. 169.

## 4. Geld-Porto.

Das Porto für Gelder (baare Geldsendungen) auch für Gold- und Silber-Barren, wird aus dem Briefporto gebildet, und unterscheidet Silber- und Gold-Sendungen.

## §. 170.

Bei diesen baaren Geldsendungen werden die Porto-Sätze folgendermaßen erhoben.

## §. 171.

Für Sendungen unter 1  $\text{§}$  Silbergeld in Briefform wird das einfache Briefporto bezahlt. Ein solcher Brief darf aber in Verhältniß zu der Geldeinlage nicht mehr als 4 Loth wiegen, widrigenfalls nach Maßgabe des anderweitigen Inhalts entweder die Brief-Acten- oder Packettaxe anzuwenden ist.

## §. 172.

Für Summen von 1  $\text{§}$  und unter 100  $\text{§}$   
in Silbermünze

von 1 — 25  $\text{§}$  2faches Briefporto

„ 25 — 50 „ 3faches „

„ 50 — 100 „ 4faches „

in Golde

unter und bis 50  $\text{§}$  2faches Briefporto

über 50 bis 100  $\text{§}$  3faches Briefporto.

## §. 173.

Für Summen von 100  $\text{§}$  voll in Silber für jedes 100  $\text{§}$  4faches Briefporto, in Golde für jedes 100  $\text{§}$  3faches Briefporto.

## §. 174.

Für die bei Sendungen von vollen Hunderten überschießenden Summen unter 100 Thalern



von 1—25	§	$\frac{1}{4}$	} der Taxen für 100 § im §. 173.
über 25—50	§	$\frac{1}{2}$	
über 50—75	§	$\frac{3}{4}$	
über 75—100	§	das volle	

## §. 175.

Die bei Sendungen von 100 § voll zc. (§. 173.) und darüber (§. 174.) etwa befindlichen Gutegroschen werden unter 12 gar nicht berücksichtigt, von 12  $\mathcal{H}$  an bis 24  $\mathcal{H}$  aber wie ein voller Thaler taxirt.

## §. 176.

Kupfer- oder Scheidemünze, so wie überhaupt alle Geldsorten von einem geringern Schlage als 2  $\mathcal{H}$  oder  $\frac{1}{12}$  § Stücken, werden nach dem Gewicht austarirt. Falls das Porto, nach dem Werthe berechnet, aber einen höhern Betrag ergibt, wird der letztere erhoben.

## §. 177.

Gold und Silber darf nach dem §. 106 nie zusammen in ein Packet zc. gelegt werden. Eine Ausgleichungs-Summe bis zu 3 § in Silber ist einer Goldsendung beizufügen erlaubt, und soll eine so formirte Sendung nur wie Gold austarirt werden. Ein Mehreres als 3 § in Silber mit dem Golde verpackt, zieht die Taxe für Silber nach sich.

## §. 178.

Wenn mehrere Packete zc. von einer gleichartigen Münzsorte zu einer Adresse gehören, so wird das Porto nach der zusammengezogenen Total-Summe bestimmt.

## §. 179.

Wenn zu einer Adresse verschiedenartige Münzsorten, als Gold, Silber oder Papiergeld, gehören, und jede Sorte vorschriftsmäßig separat ver-

packt ist, so soll dafür nie ein Höheres an Porto entrichtet werden, als für die Total-Summe, nach der Silber-Taxe berechnet, bezahlt werden mußte. Ergiebt sich, daß durch die Taxe, wenn jede Münzsorte besonders berechnet wird, ein geringerer Betrag als für die Total-Summe nach Silber herauskommen würde, so soll erstere erhoben werden.

§. 180.

Für Packete oder sonstige Gegenstände, deren Werth declarirt ist, wird entweder die Geld- oder Packettaxe, je nachdem die eine oder die andere für die Post-Casse die vortheilhafteste ist, bezahlt. Kommt das Gewicht eines Werthpackets dem des Goldes gleich, so wird die Goldtaxe in Anwendung gebracht.

§. 181.

Der zu einer Geld- oder Werthsendung gehörige Brief wird in derselben Art, wie der §. 162. bei Packetsendungen es vorschreibt, behandelt.

§. 182.

5. Porto für Papiergeld.

Die Porto-Taxe für Papiergeld ist der Goldtaxe gleich.

§. 183.

Falls dem Papiergelde noch andere Gegenstände, als Briefe oder andere schriftliche Sachen, Acten und dergleichen beige packt sind, so soll die Sendung, des schwereren Gewichts wegen, mit der Brief-taxe belegt werden, insofern die Taxe für den declarirten Werth diese nicht schon übersteigt.

§. 184.

Unter Papiergeld ist zu verstehen alle statt baaren Geldes vorhandenen Zahlungsmittel, als Königl. Preussische Cassen-Anweisungen, Königl. Sächsishe Cassen-Billets, Banknoten, auf jeden Inhaber

lautende Königl. Preussische Banco-Scheine 2c. Coupons über fällige Zinsen 2c.

### §. 185.

6. Porto für Cours habende Papiere.

Bei Sendungen von Cours habenden Papieren soll die Taxe für Silbergeld folgendergestalt moderirt, und zwar

- a) für den Werthbetrag bis 1000  $\text{fl}$  incl. von jedem Hundert  $\frac{1}{4}$
- b) von Summen über 1000  $\text{fl}$  und bis 10000  $\text{fl}$  incl. (mit Beibehaltung der sub litt. a. angeordneten Taxe bis 1000  $\text{fl}$ ) für jedes Hundert über 1000  $\text{fl}$   $\frac{1}{8}$
- c) von Summen über 10000  $\text{fl}$  und bis 100000  $\text{fl}$  und darüber (unter Beibehaltung der sub litt. a. und b. vorgeschriebenen Taxen resp. bis 1000  $\text{fl}$  und über 1000  $\text{fl}$  bis 10000  $\text{fl}$ ) für jedes Hundert über 10000  $\text{fl}$   $\frac{1}{12}$  bezahlt werden.

### §. 186.

Für den Werth Cours habender Papiere unter 100 und bis 200  $\text{fl}$  darf nie ein geringerer Satz als das doppelte Briefporto, oder die Actentaxe, je nachdem die eine oder die andere am vortheilhaftesten für die Postcasse ist, erhoben werden.

### §. 187.

Cours habende Papiere können auch mit oder ohne Declaration des Werths durch die Reit- oder Briefposten als recommandirte Briefe befördert werden, jedoch leistet die Postadministration in diesen Fällen keine Garantie für den Werth, sondern nur den Ersatz, der für den Verlust eines recommandirten Briefes §. 30 a. festgesetzt worden ist

## §. 188.

Unter Cours habenden Papieren werden verstanden zinstragende in- und ausländische Staatspapiere oder Obligationen, als: hiesige Cammer- Land- schaftliche und Leihhaus-Obligationen, Königl. Preussische Staats-Schuld-Scheine, Banco-Obligationen und überhaupt alle übrigen einheimischen oder fremden öffentlichen Papiere, die einen Cours haben.

## §. 189.

## 7. Tare für Postreisende und deren Gepäck.

Das Postgeld für Reisende, die sich der Posten bedienen, wird nicht nach der directen Entfernung, also nicht nach Maßgabe des hieneben publicirten Meilenzeigers, sondern nach derjenigen Meilenzahl, die die Posten wirklich zurücklegen, erhoben, und sollen die für Extraposten bestimmten Meilen dabei zum Grunde gelegt werden. Das Postgeld soll betragen:

- a) in den Personen = Schnellposten und deren Beichaisen für einen Platz und 30  $\mathcal{A}$  Freigewicht an Gepäck für jede Meile . . . . . 8  $\mathcal{R}$
- b) in den Postkutschen und deren Beichaisen für einen Platz und 30  $\mathcal{A}$  Freigewicht an Gepäck für jede Meile . . . . . 7  $\mathcal{R}$
- c) in den ordinairen bedeckten Postwagen für einen Platz und 50  $\mathcal{A}$  Freigewicht an Gepäck für jede Meile . . . . . 6  $\mathcal{R}$
- d) in den vorstehend sub litt. c. genannten bedeckten Postwagen, so wie im Cabriolet eines Packwagens (Fourgon), für einen Platz ohne alle Mitnahme von Gepäck für jede Meile . 4  $\mathcal{R}$
- e) für den zu ertheilenden Personenschein, bis zu vier Meilen . . . . . 1  $\mathcal{R}$   
über vier Meilen . . . . . 2  $\mathcal{R}$

## §. 190.

Kinder von und über 4 Jahre alt erlegen bei den Personen-Schnellposten und Postkutschen das volle Postgeld. Bei den ordinären bedeckten Postwagen zahlen Kinder von 4—8 Jahren die Hälfte, und über acht Jahr das volle der Personentaxe.

## §. 191.

Trinkgelder an die Waagemeister und Postillons werden bei den Personen-Schnellposten und Postkutschen von den Reisenden überall nicht, also weder bei einer Abfahrt, noch unterwegs, noch bei der Ankunft bezahlt.

## §. 192.

Die Entrichtung der Trinkgelder von den Reisenden an die Waagemeister und Postillone selbst, findet bei den ordinären bedeckten Postwagen bis auf weitere Verfügungen noch ferner Statt, und zwar dergestalt, daß der Waagemeister an den Orten, wo der Reisende sich hat einschreiben lassen, von wo derselbe also ursprünglich abfährt, und wo aufgepackt wird, 2  $\mathfrak{R}$ , auf den übrigen Zwischen-Stationen und am Endpuncte der Reise aber nur 1  $\mathfrak{R}$  erhält.

Der Postillon bekommt für jede zurückgelegte Station 2  $\mathfrak{R}$ .

## §. 193.

Für das Holen oder Wegbringen der Passagiergüter innerhalb des Orts gebührt den Waagemeistern nach Maßgabe der Entfernung für jeden Transport eine Vergütung, die jedoch nicht unter 2  $\mathfrak{R}$  und nicht über 4  $\mathfrak{R}$  betragen soll.

## §. 194.

Obgleich die Entfernung zwischen Braunschweig und Wolfenbüttel  $1\frac{3}{4}$  Meilen beträgt, so soll doch zu Gunsten der Reisenden die Passagier-

Taxe bei den zwischen beiden Orten coursi-  
renden Postkutschen bis auf 9  $\mathcal{R}$  ermäßigt wer-  
den. Auch sollen die Reisenden von der Abgabe für  
den Passagier-Schein befreiet sein.

§. 195.

Auf den Personen-Schnellposten darf außer den be-  
stimmten 30  $\mathcal{L}$  Freigewicht kein Mehreres an Gepäck  
mitgenommen werden, und müssen die genannten 30  $\mathcal{L}$   
Freigepäck nur in Reise- oder Mantelsäcken, kleinen  
ledernen Koffern, oder in Packeten bestehen.

Fällt das Gewicht des Passagiergepäckes schwerer  
als 30  $\mathcal{L}$  aus, oder besteht solches aus Kisten, größeren  
Koffern oder Ballen, so ist dasselbe mit einer Adresse  
gleich anderen Postgütern zur Beförderung mit den Pa-  
kerposten auszuliefern. Im Falle der Reisende nicht  
schon einen Theil seines Gepäcks auf der Personen-  
Schnellpost mit sich führt, sollen demselben bei der  
Versendung seiner schwereren Sachen die 30  $\mathcal{L}$  Freige-  
wicht zu Gute gerechnet werden.

§. 196.

Auf den Postkutschen (Diligencen), wo das  
Gepäck der Reisenden zugleich mit ihnen befördert wird,  
müssen dem Passagier bei schwererem Gepäck die 30  
Freispfunde ebenfalls zu Gute gehen, und soll die Päck-  
reiterei nur von dem Mehrgewicht (Ueberschacht) bezahlt  
werden.

§. 197.

Das Porto für das Gepäck der Reisenden  
und für die Ueberschacht soll einer Moderation un-  
terworfen und nur nach der Taxe wie geringe Sachen  
erhoben werden.

§. 198.

Von der im Vorstehenden nachgelassenen  
Porto-Moderation des Passagier-Gepäckes

Ueberfracht sind ausgenommen und nach der Päckereitaxe wie gute Sachen zu taxiren:

- a) die bei Personen-Schnellposten, unter Umständen, etwa gestattete Ueberfracht,
- b) diejenigen Effecten der Reisenden, deren Werth declarirt ist,
- c) desgleichen das über 100  $\text{fl}$  an Werth declarirte und als Päckerei der Post übergebene Passagiergut,
- d) dasjenige Gepäck der Reisenden, welches aus Kaufmannsgütern besteht, und in Kisten, Ballen u. von mehr als 50  $\text{fl}$  verpackt ist.

#### §. 199.

Für das Gepäck der Reisenden, welches unter Garantie der Post befördert werden soll, und welches gleich andern Postgütern haltbar und gut verpackt sein muß, kann der Werth bis zu 100  $\text{fl}$  incl. bei der Anmeldung mündlich geschehen. — Wird dasselbe indeß zu einem höheren Werthe als 100  $\text{fl}$  an gegeben, so wird kein Bagageschein darüber ertheilt, sondern dasselbe muß mit einem besondern Adress-Briefe als Postpäckereistück eingeliefert werden, wobei das volle Porto entweder nach dem Werthe oder nach der Packettaxe für gute Sachen zu erheben ist, und bleibt den Reisenden hiebei überlassen, das Porto entweder bei der Aufgabe oder am Endpunkte der Reise zu erlegen.

#### §. 200.

Alles Reisegepäck muß mit dem Namen des Reisenden, mit dem Bestimmungsorte und mit der Signatur „Passagiergut“ bezeichnet sein.

#### §. 201.

##### 8. Scheingeld.

Für jeden Einlieferungsschein eines zur Post gegebenen Gegenstandes bezahlt der Absender 6  $\text{fl}$ .

## §. 202.

Bei unfrankirten Gegenständen soll der Absender auch befugt sein, das Scheingeld dem Empfänger zuschreiben zu lassen, und soll solches in diesen Fällen mit dem Porto bei Ablieferung des Gegenstandes eingezogen werden. Von dieser Befugniß haben besonders die Behörden oder öffentliche Cassen Gebrauch zu machen.

## §. 203.

Für portofreie Gegenstände werden die Einlieferungs-Scheine gratis ertheilt. Diejenigen Behörden, herrschaftliche oder sonstige öffentliche Cassen, die viele portofreie Geldsendungen machen, sollen besondere Bücher halten, worin die Postanstalten über den Empfang derselben quittiren müssen. Portopflichtige Gegenstände dürfen in diese Quittanzbücher nicht eingetragen werden.

## §. 204.

Bei allen Gegenständen, wo dem Absender ein Einlieferungs-Schein ertheilt, oder worüber die Postanstalten bei der Abgabe auf jede andere Art quittirt haben, desgleichen für jedes andere angekommene Packet, muß der Empfänger einen, von der distribuirenden Postanstalt ihm vorzulegenden Auslieferungschein unterschreiben, wofür kein Scheingeld bezahlt werden soll.

## §. 205.

## 9. Briefbestellgebühr.

Für jeden Brief, einzelnen Schein oder Adreß-Brief zu Packeten u. werden an den Briefträger 3 A Bestellgebühren bezahlt.

Dieser Abgabe sind auch die poste-restante Briefe unterworfen.

## §. 206.

Briefe, die der Adressat an die Briefträger



zurückgibt und nicht annehmen will, sind von den Bestellgebühren befreiet.

## §. 207.

In der Regel sind für alle mit den Posten eingehende Briefe u. Bestellgebühren zu entrichten. Bis auf weitere Verfügungen soll für jetzt die portofreie Correspondenz davon ausgenommen sein.

## §. 208.

Das Briefbestellgeld kann auch für diejenige Correspondenz, die in den hiesigen Landen verbleibt, vom Absender mit dem Postgelde zugleich, also im Voraus erlegt (frankirt) werden. In solchen Fällen muß dieser Wunsch auf den Adressen durch die Bemerkung: „Post- und Bestellgeld bezahlt“ ausgedrückt sein.

## §. 209.

## 10. Landporto.

Für Briefe u. die durch einen Postschaffner, Postboten und Postillon unterwegs abgegeben werden, soll ein Landporto nach folgender Tare erhoben werden.

Für jeden Brief oder Packet bis zum Gewichte von 16 Loth 6  $\mathfrak{L}$ . Für größere Pakete, gleichviel mit Schriften oder andern Sachen über 16 Loth bis 2  $\mathfrak{U}$  9  $\mathfrak{L}$ , über 2  $\mathfrak{U}$  bis 6  $\mathfrak{U}$  1  $\mathfrak{g}$ , über 6  $\mathfrak{U}$  bis 10  $\mathfrak{U}$  1  $\mathfrak{g}$  3  $\mathfrak{L}$ , über 10  $\mathfrak{U}$  bis 20  $\mathfrak{U}$  1  $\mathfrak{g}$  6  $\mathfrak{L}$ , über 20  $\mathfrak{U}$  für jedes  $\mathfrak{U}$  1  $\mathfrak{L}$ .

## §. 210.

Ob und in wie weit an den Orten, wo keine Postanstalten vorhanden, auch Gelder auf die im §. 84. bemerkte Art abgegeben werden können, bleibt der Bestimmung der Postdirection überlassen.

Das Porto für Geldsendungen der Art ist folgender Gestalt zu erheben:

unter und bis 25  $\mathfrak{g}$  . . . . . 6  $\mathfrak{L}$

über 25  $\text{§}$  bis 50  $\text{§}$  . . . — 9  $\text{R}$

über 50  $\text{§}$  bis 100  $\text{§}$  . . . 1  $\text{R}$  — 2

und soll unter Silber- oder Goldmünzen kein Unterschied gemacht werden.

### §. 211.

Sobald die Postschaffner, Postboten oder Postillone die landportopflichtigen Gegenstände in den dafür bezeichneten Häusern abgegeben haben, bleibt die Postanstalt für deren richtige Bestellung nicht weiter verantwortlich.

### §. 212.

Um den übrigen Bewohnern auf dem platten Lande und denjenigen Dörtern, wo keine Postanstalten vorhanden, und die von keinen durchgehenden Posten berührt werden, ihre Correspondenz sicherer als bisher zuzuführen, soll die Postdirection Sorge tragen, daß da, wo es zulässig, besondere Landpostboten angenommen werden, welche die Briefe den Empfängern einhändigen sollen. Dafür soll ein den Umständen und der Entfernung nach billiges, von der Postdirection zu bestimmendes Botenlohn bezahlt werden.

### §. 213.

#### 11. Porto für Retoursendungen.

Für Briefe, die mit den Reit- oder Briefposten eingehen, und deren Annahme von den Adressaten verweigert, oder die als nicht bestellbar retour gehen, soll nur einmal, für dergleichen Fahrpost-Gegenstände, als Pakete, Gelder u. aber das Doppelte, also das Porto für die Hin- und Zurücksendung bezahlt werden.

### §. 214.

#### 12. Porto für Laufzetteln.

Für Absendung und Beförderung eines

Laufzettels wird, wenn irgend eine Unregelmäßigkeit einer Postanstalt die Veranlassung dazu gegeben, kein Porto erhoben. Findet sich aber, daß die Absendung ohne einen solchen Grund geschehen, so soll bei der Zurrückkunft desselben das einfache Briefporto von dem Veranlasser gezahlt werden.

## §. 215.

Privatpersonen, die wegen der Bestellung von Extra-Postpferden, Laufzettel, mit der Post ab- und voraussenden wollen, müssen solche frankiren und dafür das Briefporto erlegen.

## §. 216.

## 13. Lagergeld.

Für diejenigen Postgüter, welche dem ~~§. 216~~ §. 215. zuwider nach Bestellung der Adresse oder Scheine nicht gleich oder spätestens am folgenden Tage von der Post abgefordert sind und der Postanstalt unnothigerweise zu einer längeren Aufbewahrung verbleiben, soll von dem Empfänger ein Packkammer- oder Lagergeld nach folgenden Bestimmungen erhoben werden.

Vom dritten Tage nach der Ankunft angerechnet  
Für die ersten Tage

a) für jedes Packet, Kiste u. bis zu 25 A	— 36 A
über 25 — 50 A	— 9 "
" 50 — 75 A	— 1 " — "
" 75 — 100 A, darüber	— 1 " 6 "
b) für Gelder und Werthstücke bis 100 \$	— 6 "
über 100 — 500 \$	— 1 " — "
" 500 — 1000 \$	— 1 " 6 "
über 1000 \$ für jede folgenden 500 \$	6 A mehr.

## §. 217.

Bleiben die Pakete und Gelder noch längere Zeit, als wofür das im vorstehenden §. festgesetzte Lagergeld bestimmt ist, unabgefordert liegen, so wird

für dieses noch längere Verwahren auf der Post für jede folgenden sieben Tage das doppelte der im vorhergehenden §. angegebenen Sätze erhoben.

## §. 218.

Das Packkammer- oder Lagergeld wird auch von den portofreien Gegenständen erhoben.

## §. 219.

Davon befreiet sind:

- a) Briefe mit Geld oder Cours habenden Papieren bis zu dem Gewichte von 8 Loth,
- b) kleine Packete zc. bis zu 16 Loth,
- c) Packete und Gelder in Dienstangelegenheiten, insofern der Adressat, wegen Abwesenheit im Dienste, an der Entgegennahme verhindert ist.
- d) Sachen für Bewohner auf dem Lande und solcher Dörfer, wo keine Postanstalt vorhanden, oder die von keiner durchgehenden Post berührt werden, insoweit, daß das Lagergeld erst mit dem achten Tage nach Eingang der Gegenstände anhebt.

## §. 220.

14. Porto und Procuragebühr für Postvorschlüsse. Bei zu leistenden Postvorschlüssen wird nur das Porto für den Gegenstand, worauf der Vorschuss geleistet, berechnet und bezahlt. Nächstdem ist dem Postbeamten gestattet, bis zu der Summe von fünf Thalern für jeden auszuzahlenden  $\frac{1}{2}$   $\text{R}$  — 6  $\text{Q}$  Procuragebühren, gleichviel ob der Gegenstand angenommen worden oder nicht, für sich zu berechnen und zu erheben.

## §. 221.

15. Moderation der Taxen.

Bei häufigen oder bedeutenden Versendungen von Waaren oder anderen postmäßigen Gegenständen, auch für bedeutende Geld-Transporte soll die

Postdirection ermächtigt sein, nach Befinden der Umstände die Portotaxe zu moderiren, welche jedoch nie unter die Hälfte des eigentlichen Portofages herabgesetzt werden darf.

### §. 222.

#### 16. Berechnungsart.

Alles Porto und alle anderen Gebühren, mit Ausnahme des Briefbestellgeldes, werden von Seiten der Postanstalten, auf den Briefen, Scheinen, oder Paketen, in Gutegroschen. ( $\frac{1}{24}$  Thaler) in Conventions-Münze, notirt.

### §. 223.

Postvorschüsse, die im Preussischen Gelde, oder anderen Münzsorten geleistet worden sind, werden auf Conventionsgeld reducirt und incl. des Postgeldes und der Procura-Gebühren auf den Adressen bemerkt.

### §. 224.

Wenn bei Berechnung eines ganzen Portobetrages Pfennige vorkommen, so werden

für 1 oder 2—3	} Pfennige
" 4 " 5—6	
" 7 " 8—9	
" 10 " 11—12	

erhoben und berechnet.

### §. 225.

#### 17. Beweis der Zahlung.

Ueber bezahlte Postgelder wird keine besondere Quittung ertheilt. Die Adresse oder der Schein, worauf das Porto bemerkt, dient in allen Fällen als Belag dafür. Die Postoffizianten dürfen daher die Briefe u. nicht eher aushändigen, bevor die Zahlung nicht erfolgt ist.

## §. 226.

## 18. Creditirung des Porto.

In Fällen, wo ein Postbeamter Porto creditirt, welches indess nicht anders, als unter monatlicher Abrechnung statt finden kann, ist derselbe berechtigt, nach vorhergegangener Verabredung mit dem Correspondenten, eine billige Conto-Gebühr für sich zu berechnen.

## §. 227.

## 19. Theilweise Frankirung.

Eine theilweise Frankirung der inländischen Correspondenz kann nicht gestattet werden. Für alle Gegenstände, die zur Post überliefert werden, muss der ganze Portobetrag entweder bei der Aufgabe, oder bei der Empfangnahme, voll berichtigt werden.

## §. 228.

## 20. Nachzahlung von Porto.

Bei aller inländischen Correspondenz, die am Absendungsorte bezahlt, also frankirt ist, ist es also nicht erlaubt, Porto vom Empfänger nachzahlen zu lassen. Forderungen der Art dürfen im Falle eines Irrthums nur an den Absender gerichtet werden. Nachzahlungen für bereits längere Zeit gelieferte Gegenstände, wenn abseiten der Postrevision eine unrichtig angewandte Taxe sich ergeben sollte, ist der Empfänger indess zu berichtigen schuldig, jedoch müssen solche innerhalb eines Jahres angemeldet werden. Dagegen wird auch das etwa zu viel berechnete Porto den Correspondenten zurückbezahlt.

## §. 229.

Bei der vom Auslande frankirt eingehenden Correspondenz, wenn wegen unrichtig angewandter Taxe Nachschussporto zu bezahlen ist, steht es

dem Empfänger frei, im Falle er das Nachschußporto nicht selbst bezahlen will, das Couvert mit Bezeichnung des Absenders zurückzugeben, worauf der Adressat von der Zahlung zu befreien und der Betrag von derjenigen Postanstalt, welche den Gegenstand abgesandt hat, einzuziehen ist.

## Dritter Titel.

### Von den Extraposten.

#### Abschnitt 1.

##### Von den Extrapostfuhren.

#### §. 230.

##### Allgemeiner Grundsatz.

Der gemeinnützige Zweck der Post-Anstalten legt der Post-Verwaltung die Verpflichtung auf, an bestimmten, zu Poststationen unter einander verbundenen Orten, die zum Gespannwechsel und überhaupt zur Beförderung der Reisenden erforderlichen Einrichtungen zu treffen.

Dagegen sind Letztere bei beabsichtigtem Wechsel des Fuhrwerks oder Gespanns verbunden, sich der Post-Routen, Poststationen und der auf denselben angeordneten Postbeförderungsmittel zu bedienen.

#### §. 231.

##### Ausnahmen.

Damit die Bequemlichkeit und freie Wahl des Publikums nicht mehr beschränkt werde, als es die Einrichtung des Extrapostdienstes durchaus erforderlich macht, sollen von der im vorhergehenden §. erwähnten Verpflichtung der Reisenden folgende Ausnahmen stattfinden:

- a) wenn sie sich, sie mögen mit einer postmäßigen Fuhr an einem Orte eingetroffen sein oder nicht,

- länger als 24 Stunden, von der Zeit der Ankunft angerechnet, daselbst aufhalten;
- b) wenn sie nach einem Orte befördert sein wollen, wohin die Post-Anstalt Pferde herzugeben nicht verpflichtet ist;
  - c) wenn sie an einem Stationsorte die zur Weiterreise erforderlichen Extrapostpferde eine Stunde nach deren Bestellung nicht haben erhalten können;
  - d) wenn sie auf einer Poststation eine bedeckte Chaise verlangt haben, eine solche ihnen aber nicht gestellt ist;
  - e) wenn sie mit einem Lohnfuhrwerke ursprünglich ausgereiset sind, unterwegs sich aber veranlaßt gesehen haben, eine Strecke Extrapost zu nehmen, so können sie zwar auch innerhalb der Frist von 24 Stunden ihre Reise, mittelst des früher benutzten Lohnfuhrwerks, fortsetzen, müssen sich jedoch von derjenigen Station, auf welcher dasselbe zurückgeblieben war, eine Bescheinigung über die desfallige Veranlassung ertheilen lassen.

### §. 232.

#### Posthalter.

Nur den Seitens der Post-Administration auf den verschiedenen Stationen zum Postdienste verpflichteten Posthaltern steht die ausschließliche Befugniß zu, Extraposten zu befördern; dagegen haben dieselben aber auch das verlangte Extrapost-Fuhrwerk unweigerlich, prompt und auf die von der Postverwaltung vorgeschriebene Weise zu stellen, und die gewünschte Beförderung der Reisenden von einer Station zur andern, wie auch in jeder andern beliebigen Richtung, aber nicht unter einer Meile, nicht über fünf Meilen und über eine Station hinaus nur in dem §. 234. erwähnten Falle, zu übernehmen.



## §. 233.

## Verzeichniß der Entfernungen.

Das hier beigelegte Verzeichniß enthält die Entfernungen der verschiedenen Stationen im Lande und von denjenigen Orten, wohin Extrapostfuhrwerk gestellt wird. Einstweilen hat diese Liste nur für die Station Braunschweig vollständig aufgestellt werden können. Um daher die noch fehlenden Entfernungen bei den übrigen Stationen im Lande zu ergänzen, haben diese mit ihren Orts-Polizei-Behörden in Communication zu treten und in Gemeinschaft mit denselben die Entfernungen nach allen denjenigen Ortschaften in ihrer Nachbarschaft auszumitteln, welche nicht unter einer Meile, nicht über fünf Meilen und nicht über eine andere Station hinaus belegen sind. Bei Bestimmung dieser Entfernungen ist als Grundsatz anzunehmen, daß  $\frac{1}{8}$  Meile nicht in Berechnung kommen, daß jede Entfernung von  $\frac{1}{8}$  Meile an aber schon für  $\frac{1}{4}$  Meile gelten soll.

Die solchergestalt aufgestellten Listen sind spätestens bis zum 15. Decbr. d. J. an die Postdirection zur Prüfung und Vollziehung einzusenden.

## §. 234.

## Fahren über die Station hinaus.

Wenn das Ziel einer Reise nicht über eine Meile jenseits einer andern Station gelegen ist, und die zurückgelegte Entfernung nicht über 4 Meilen beträgt, so kann das Extrapost-Gespann, mit welchem man an dem Stationsorte ankommt, bis zum Bestimmungsorte benutzt und braucht dafür nicht mehr, als der Betrag der wirklichen Entfernung zwischen dem Abfahrts- und dem Bestimmungsorte bezahlt zu werden.

In keinem andern Falle darf über eine Station hinausgefahren werden, widrigenfalls der dieser Bestimmung zuwiderhandelnde Posthalter in eine Strafe von

20 § verfallen soll, welche nach Abzug des der vorbeigefahrenen Station zu vergütenden Post- und Trinkgeldes der Post- Hülfz- und Armen-Casse zu überweisen ist.

### §. 235.

#### Spazierfahren.

Da der Zweck der Extrapost-Einrichtungen sich eigentlich nur auf die Beförderung der Reisenden erstreckt; so sind die Posthalter nicht verbunden, Pferde und Wagen zu bloßen Spazierfahrten zu stellen, und sollen als solche Touren alle diejenigen angesehen werden, die nach Orten geschehen, deren Entfernung vom Stationsorte nicht über eine Meile beträgt.

Es ist überhaupt den Posthaltern nur dann gestattet, ihr Fuhrwerk zu obigem Behufe herzugeben, wenn die Pferde in ausreichender Anzahl vorhanden sind, und nicht zu besorgen ist, daß in der Beförderung der Reisenden durch solche Verwendung Hinderniß oder Aufenthalt entsteht.

### §. 236.

Stellung von Extraposten an Orten, wo keine Station ist.

Wenn Jemand aus Orten, wo sich keine Extrapost-Station befindet, durch das Extrapost-Fuhrwerk der zunächst liegenden Station abgeholt oder befördert zu sein wünscht, so ist letzteres zu veranlassen,

- a) sobald dessen Bestellung so zeitig stattgefunden hat, daß die Pferde an dem Orte, von wo aus die Beförderung geschehen soll, vor der Abfahrt, den Umständen nach, sich erst noch erholen können;
- b) sobald die Bestellung schriftlich gemacht und außer der Stunde der Abfahrt vom Beförderungsorte aus, auch der Bestimmungsort genau angegeben ist;
- c) sobald die ganze Entfernung bis zur Bestimmung vom Stationsorte ab nicht über fünf Meilen beträgt.

## §. 237.

## R e i s e.

Die Reisenden können verlangen, daß ihnen, wo der Weg zwischen zwei Stationen lang oder sonst beschwerlich ist, sobald ihre Anforderung schriftlich und zeitig genug erfolgt ist, Pferde entgegen gesandt und möglichst auf der Hälfte des Weges zwischen den beiden Stationen, insofern daselbst ein Unterkommen zu finden ist, aufgestellt werden.

Wenn hierbei die Entfernung von einem Gespannwechsel zum andern unter  $1\frac{1}{2}$  Meilen beträgt, so ist dennoch das Extrapostgeld wenigstens für volle  $1\frac{1}{2}$  Meilen zu entrichten.

## §. 238.

## R ü c k f a h r t e n.

Die Reisenden können mit demselben Extrapostfuhrwerke, mit welchem sie auf einer Station oder an einem andern Orte ankommen, die Rückfahrt antreten, sobald sie

- a) dieses dem Posthalter gleich bei der Bestellung vor der Abfahrt erklärt haben;
- b) an dem Ankunftsorte sich wenigstens 2 und höchstens 4 Stunden aufhalten.

Für eine solche Rückfahrt ist nur die Hälfte des Postgeldes zu entrichten.

Wenn sich die Reisenden länger als 4 Stunden an dem Ankunftsorte aufhalten wollen und daselbst sich eine Station befindet, so muß das Fuhrwerk der letztern gegen Bezahlung des vollen Postgeldes genommen werden, es sei denn, daß deren Posthalter von diesem seinem Rechte keinen Gebrauch machen will.

Wenn sich die Reisenden länger als 4 Stunden an dem Ankunftsorte aufhalten wollen und daselbst keine Station ist; so müssen sie doch die Zeit, wann sie ihre

Rückreise anzutreten wünschen, dem Posthalter vor der Abfahrt angezeigt haben, und hängt es alsdann vom letztern ab, ob er sein Fuhrwerk an dem Ankunftsorte bis zur Zeit der Rückfahrt warten lassen, oder aber ein anderes zur ~~Abfuhr~~ <sup>Abfuhr</sup> hinsenden will. In diesem Falle wird für die Rückfahrt gleichfalls das volle Postgeld bezahlt. Insofern die §. 235. erwähnten Spaziersfahrten von den Posthaltern übernommen werden, ist für Tour- und Retourfahrt zusammen genommen das Extrapostgeld jederzeit für 2 Meilen zu entrichten. Bei allen Retourfahrten sind die sogenannten Nebenkosten eben so wieder, wie bei der Hinfahrt zu erlegen.

#### §. 239.

##### Bestellung der Extrapost.

Die Bestellung des Extrapostfuhrwerks geschieht bei der eigends bestehenden Extrapost-Expedition. Da es ferner vom Reisenden abhängt, wo in einem Ankunfts-orte vorgefahren werden soll, so ist es lediglich seine Sache, für die Bestellung des zur Weiterreise erforderlichen Extrapost-Fuhrwerks Sorge zu tragen.

#### §. 240.

##### Vorausbestellung.

Die Vorausbestellung des Extrapostfuhrwerks kann auch durch offene Requisitionen (Laufzettel) geschehen, in denen Ort, Tag und Stunde der Abfahrt, Zahl der Pferde, und die Reise-Route unter Benennung der Stationen bemerkt sein muss. Dergleichen Requisitionen sind vom Reisenden selbst auszustellen, oder wenigstens zu unterschreiben, weil er allein dafür verantwortlich sein kann.

#### §. 241.

##### Reihefolge der Reisenden.

Der zuerst auf einer Station ankommende Reisende hat das Recht, wenn er die Pferde zur Weiterreise gleich bestellt, zu verlangen, vor dem später eintreffenden ab-

gefertigt zu werden. Wenn jedoch die Bestellung von Extrapost-Fuhrwerk mittelst eines Laufzettels erfolgt ist, so kann dasselbe von einem auch früher eintreffenden andern Reisenden nicht in Anspruch genommen werden.

### §. 242.

#### Abfahrtszeit.

Wenn mittelst der im §. 240. erwähnten Requisitionen Extraposten vorausbestellt sind, so müssen die Pferde zu der bestimmten Zeit dergestalt in Bereitschaft stehen, daß deren Anspannung gleich nach der Ankunft des Reisenden statt finden kann.

Ebenso muß das Extrapostfuhrwerk, wenn es von Personen verlangt wird, welche sich am Stationsorte aufhalten, oder wenn es nach anderen Orten zur Abholung oder Beförderung bestellt ist, zu der vorher bestimmten Zeit an dem bezeichneten Orte zur Abfahrt bereit stehen.

Hat eine Vorausbestellung der Extrapost-Pferde nicht statt gefunden, so muß deren Bestellung auf den an den Haupt-Poststraßen belegenen Stationen, insofern der Reisende mit eigenem Wagen versehen ist, spätestens binnen einer Viertelstunde, wenn der Reisende aber auch die Bestellung eines Wagens verlangt, spätestens binnen einer halben Stunde bewirkt werden.

Auf den Nebenrouten und auf den übrigen weniger frequenten Stationen, wo selten Extraposten vorkommen, mithin dazu nicht besonders Pferde gehalten werden können, ist zur Herbeischaffung derselben eine Stunde Zeit nachgelassen.

Eine gleiche Zeit ist den Haupt-Poststationen nachgelassen, wenn der Fall eintreten sollte, daß alle eigenen Pferde bereits für den Postdienst in Beschlag und Gebrauch genommen wären, und alsdann zur Weiter-

beförderung des Reisenden Hülfsperde aus dem Orte oder dessen Nachbarschaft genommen werden müssen.

Alsdann ist aber dem Reisenden auf eine höfliche und entschuldigende Weise die nöthige Erläuterung zu geben.

### §. 243.

#### Entschädigungsgeld.

Sobald der Postillon das Zeichen mit dem Horne gegeben hat, daß er zur Abfahrt bereit sei, und der Reisende alsdann die angespannten Pferde warten läßt, so muß er:

a) am Orte der ersten Abfahrt nach Ablauf einer halben Stunde,

b) auf Stationen, wo gewechselt wird, nach Ablauf einer Viertelstunde,

für jede folgende Viertelstunde einen Gutengroschen pro Pferd als Entschädigung des Posthalters entrichten. Der Postillon braucht vor Berichtigung dieses Wartegeldes nicht abzufahren, auch ist derselbe nach dreistündigem vergeblichen Warten berechtigt, resp. auszuspannen oder wegzufahren, und gebührt in diesem Falle dem Posthalter das volle Postgeld.

### §. 244.

#### Fortsetzung.

Wenn die bestellten Extrapostpferde sechs oder mehr Stunden vor der Abfahrtszeit abbestellt werden, so braucht außer dem Ersatze der augenfällig und erweislich aufzuwendenden gewesenem Unkosten keine Entschädigung geleistet zu werden.

Erfolgt die Abbestellung aber später, so hat der Posthalter auf den vierten Theil des Postgeldes u. Anspruch.

Geschieht die Abbestellung erst, nachdem die Pferde bereits aus dem Stalle gezogen oder sogar schon vor-

gespannt sind, so gebührt dem Posthalter die Hälfte des Postgeldes *zc.*

Wenn der Reisende seine auf einen Abend bestimmte Abfahrt längstens bis zum folgenden Morgen früh verschieben will, und er den Posthalter hiervon spätestens eine Stunde vor der früher bestimmten Abfahrtszeit benachrichtigt hat, so soll eine Entschädigung nicht stattfinden.

Würde der Reisende umkehren wollen, nachdem er bereits abgefahren ist, so hat er:

- a) wenn nicht schon die Hälfte des Weges zurückgelegt ist, das volle Postgeld nebst allen übrigen Gebühren zu entrichten,
- b) wenn bis zu drei Viertheilen des Weges zurückgelegt sind, sich mit dem Posthalter billig abzufinden, und
- c) wenn über drei Viertheile der Entfernung zurückgelegt sind, die Beförderung hin und zurück nach der Bestimmung des §. 238. mit  $1\frac{1}{2}$ fachem Postgelde *zc.* zu berichtigen.

### §. 245.

#### Fortsetzung.

Ist ein Extrapost-Fuhrwerk vorausbestellt, der Reisende aber drei Stunden nach dem Zeitpunkte, auf welchen das Bereitstehen der Pferde entweder bestimmt verlangt worden, oder auch dessen Ankunft nach einer genauen Berechnung hätte erfolgen können, nicht eingetroffen, so soll der Posthalter nicht verpflichtet sein, die Pferde länger noch bereit zu halten, und der Reisende, wenn er dann später eintrifft, hat auf eine größere Beschleunigung der Abfertigung keinen Anspruch zu machen, braucht aber auch keine Entschädigung zu leisten.

Wünscht der Reisende, daß die Pferde länger als drei Stunden für ihn bereit stehen, so muß dieses aus-

drücklich bestellt sein, und hat derselbe, wenn seine Ankunft während des obigen Zeitraums nicht erfolgt, von der vierten Stunde an die Hälfte, von der neunten das volle und so ferner für jede vier Stunden der verspäteten Ankunft die Hälfte des Postgeldes außer den nachherigen etwaigen eigentlichen Beförderungskosten zu entrichten.

Wenn die Postpferde nach einem Zwischen-Relais bestellt sind, so müssen sie daselbst vier Stunden auf die ausdrücklich bestimmte, oder auch zu berechnende Ankunft des Reisenden warten, und gebührt dem Posthalter jedenfalls das für die Entfernung bestimmte Postgeld. Nach dieser Zeit können sie an ihren Stationsort zurückkehren, wenn nicht ein Anderes bestimmt ist, wo dann die vorgedachte Verfügung über das Wartegeld von vier zu vier Stunden Anwendung findet.

#### §. 246.

##### Regulirung der Bespannung.

Extraposten, die von auswärtigen Stationen auf hiesigen Stationen ankommen, müssen mit derselben Anzahl von Pferden, mit welchen sie ankommen, weiter befördert werden, mit alleiniger Ausnahme des im §. 247 bemerkten Falles.

Bei der Bespannung der Extraposten, welche von hiesigen Stationen ausgehen, dient folgender Tarif zur Richtschnur.



Gattung der Wagen	Chaussirter Weg		Unchaussirter Weg			
	Ohne Unterschied ob die Wagen Spur halten oder nicht		Wenn die Wagen Spur halten		Wenn die Wagen keine Spur halten	
	Gewicht der Ladung Pfund	Zahl der Pferde	Gewicht der Ladung Pfund	Zahl der Pferde	Gewicht der Ladung Pfund	Zahl der Pferde
I. Leichte, offene oder mit einem leichten Ein- wand-Verdecke versehene, auf der Achse ru- hende Kaleschen, dergleichen Stuhl- oder Korbwagen zu 2—4 Personen.	bis 800	2	bis 500	2	bis 400	2
	über 800		über 500		über 400	
	bis 1200	3	bis 900	3	bis 700	3
	über 1200	4	über 900	4	über 700	4
II. Kaleschen mit bedeckten Einschnall-Stühlen, hinten auf Federn ruhende Chaisen, bei wel- chen es einerlei ist, ob der Rücksitz mit ei- nem leichten Feder-Verdeck versehen ist oder nicht, dergleichen Stuhl- oder Korbwagen zweiter Art zu 4—6 Personen.	bis 700	2	bis 450	2	bis 350	2
	über 700		über 450		über 350	
	bis 1000	3	bis 700	3	bis 600	3
	über 1000	4	über 700		über 600	
			bis 1000	4	bis 850	4
			über 1000	5	über 850	
					bis 1000	5
					über 1000	6

G a t t u n g der W a g e n	Chaussirter Weg		Unchaussirter Weg			
	Ohne Unterschied ob die Wagen Spur halten oder nicht		Wenn die Wagen Spur halten		Wenn die Wagen keine Spur halten	
	Gewicht der Ladung Pfund	Zahl der Pferde	Gewicht der Ladung Pfund	Zahl der Pferde	Gewicht der Ladung Pfund	Zahl der Pferde
III. Ganz bedeckte Chaisen, die hinten und vorn in Federn hängen, ferner Stuhl- oder Korb- wagen zu 6—8 Personen.	bis 600	2	bis 350	2	bis 450	3
	über 600		über 350		über 450	
	bis 900	3	bis 600	3	bis 750	4
	über 900		über 600		über 750	
	bis 1200	4	bis 900	4	bis 900	5
IV. Große, auf Federn ruhende Kutschen mit festem Verdecke, wie auch Reisewagen zu 6 und mehr Personen, ferner Stuhl- und Korbwagen zu 8—10 Personen.	über 1200	5	über 900	5	über 900	6
	bis 600	3	bis 450	3	bis 500	4
	über 600		über 450		über 500	
	bis 1000	4	bis 600	4	bis 700	5
	über 1000	5	über 600		über 700	
			bis 900	5	bis 1000	6
			über 900	6	über 1000	8

Bei sechs oder mehr Pferden müssen zwei Postillone genommen werden.

Hiebei wird jedoch bestimmt, daß feste ebene Wege bei trockener Witterung, sowie ebengefahrene Frost- und Schnee-Bahnen den Chaussees gleich zu achten sind.

Bei Bestimmung des Gewichts soll eine Person über 16 Jahre zu 150 Pfund, eine Person von 13 bis 16 Jahren zu 100 Pfund, eine Person von 5 bis 13 Jahren zu 50 Pfund, ein Kind unter 5 Jahren gar nicht, dagegen 2 Kinder zu 50 Pfund gerechnet werden. Die Person des Postillons wird nicht mitgerechnet, und die Angaben des Reisenden über das Alter der Personen genügen ohne allen weitem Beweis.

Bei dem Gepäck soll folgendes Gewicht angenommen werden:

ein Koffer zu 100 Pfund,

eine Wache zu 100

ein beweglicher gefüllter Sitzkasten zu 50 Pfund,

ein Mantelsack zu 50 Pfund.

Glaubt der Reisende, daß diese angenommenen Gewichtsbestimmungen ihm nachtheilig seien, so kann er eine Ermittlung der Schwere der Ladung durch Nachwiegen verlangen. Der Posthalter kann ein solches Nachwiegen nur dann begehren, wenn er gehörigen Grund hat, zu vermuthen, daß das Gepäck Gegenstände, welche nach Verhältniß ihres Umfangs stark ins Gewicht fallen, z. B. größere Quantitäten Geld oder Metalle, enthalte. Hat eine solche Nachwiegung Statt gehabt, so muß das ermittelte Gewicht im Extrapost-Begleitscheine aufgezeichnet werden.

§. 247.

Fortsetzung.

Die im vorigen §. gegebenen Bestimmungen über die Bespannung können durch eine eigenthümliche Beschaffenheit des Weges, z. B. tiefen Sand, steile Berge, gänzlich un-

gebahnte Wege und dergleichen, eine Abänderung insofern erleiden, als der Reisende ein Pferd mehr nehmen und bezahlen muß. Jedoch hat sich die betreffende Post-Station hierüber durch eine von der Postdirection ertheilte Autorisation auszuweisen.

### §. 248.

#### Fortsetzung.

Die zwischen einem Reisenden und dem Posthalter etwa zu Stande gekommene Vereinigung über eine geringere Besspannung, als durch die vorerwähnten Bestimmungen festgesetzt ist, kann für die folgende Station zwar nicht verbindlich machen, eine gleiche Anzahl Pferde vorzulegen; auf jeden-Fall aber ist die Bezahlung nur für soviel Pferde zu leisten, als wirklich angespannt sind, und soll derjenige Posthalter, welcher diesem entgegenhandelt, oder dem Reisenden mehr Pferde aufdringt, als gesetzlich ist, in eine an die Posthülfs- und Armen-Casse zu erlegendende Strafe von 20 Rthlr. verfallen.

### §. 249.

#### Fortsetzung.

Der Reisende kann nach diesen vorausgeschickten Bestimmungen selbst beurtheilen, wie viel Pferde er bedarf und danach seine Bestellung machen. Wenn aber der Posthalter oder auch der Wagenmeister findet, daß die bestellte Anzahl Pferde nicht genügend ist, so muß dieses zunächst dem Reisenden unter Anführung der speziellen Gründe höflich vorgestellt werden; sobald nun aber keine Vereinigung zu Stande kommt, steht dem Vorsteher der Postanstalt an dem Stationsorte und, wenn dieser selbst Posthalter ist, der Orts-Polizei-Behörde die Entscheidung zu. Hierbei muß sich der Reisende und der Posthalter beruhigen.

### §. 250.

#### Führung der Pferde.

Wenn der Reisende die Besspannung von zwei Pferden

verlangt, so muß für den Postillon ein Platz auf dem Boocke oder dem Sitze am Vordertheile des Wagens vorhanden sein, widrigenfalls ein drittes Pferd genommen werden muß.

Bei dreispännigem Fuhrwerke muß der Postillon vom Sattel fahren, wenn der Reisende ihm keinen Platz auf dem Wagen gestatten will.

Wenn vier oder mehr Pferde vorgespannt sind, so muß stets vom Sattel gefahren werden.

Die Führung der Pferde darf nur von dem Postillon und nie von dem Reisenden oder von einem seiner Leute geschehen.

### §. 251.

Mitnehmen von Fourage.

Das Mitnehmen einer verhältnißmäßigen Quantität glatter Fourage in einem kleinen Futtersacke, sowie eines Sattels, ist nur mit Zustimmung des Reisenden erlaubt; rauhes Futter dagegen und andere Gegenstände mitzunehmen, ist dem Postillon bei 2  $\mathfrak{R}$  Strafe untersagt.

### §. 252.

Zeichen mit dem Posthorn.

Um eine schnellere Beförderung und Abfertigung zu bewirken, und jeden unnöthigen Aufenthalt zu vermeiden, muß der Postillon in einiger Entfernung von Barrieren, Schlagbäumen, Thoren, Posthäusern und Posthaltereien, sowie vor dem Einfahren in Hohl- und enge Waldwege laut und kräftig ein Zeichen mit dem Horne geben.

Der Reisende ist berechtigt, demjenigen Postillon, welcher diese Vorschrift nicht befolgt hat, den vierten Theil des Trinkgeldes abzuziehen.

### §. 253.

Beförderungszeit.

Die Extrapost muß auf chausfirten Wegen die Meile in  $\frac{3}{4}$  Stunden, auf nicht chausfirten Wegen die Meile in

**1** Stunde zurücklegen. Bei finstern Nächten oder auf besonders bergigen Straßen oder in tiefem Sande, Schnee u. wird  $\frac{1}{4}$  Stunde mehr auf die Meile bewilligt.

Für eine jede Viertelstunde, die der Postillon über die festgesetzte Zeit auf dem Wege durch sein Verschulden zubringt, kann der Reisende ihm den vierten Theil des Trinkgeldes kürzen.

### §. 254.

#### Wechseln der Pferde.

Das Wechseln der Pferde einer Extrapost mit denen einer ordinären oder Schnellpost ist gänzlich bei Strafe von **2** Rthlr., welche von einem jeden der betreffenden Postillons zu erlegen, untersagt; bei sich begegnenden Extraposten darf es nur mit Bewilligung der beiderseitigen Reisenden geschehen, widrigenfalls letztere ihren resp. Postillons die Hälfte des Trinkgeldes abziehen befugt sind. Auch darf der Postillon den Reisenden nicht einmal um Erlaubniß zum Wechseln angehen, sobald die Beschaffenheit des Fuhrwerks oder der noch zurückzulegende Weg bis zu den Stationen gar zu ungleich ist.

Das Trinkgeld erhält, im Falle das Wechseln zugestanden ist, allemal derjenige Postillon, welcher den Reisenden auf die Station bringt.

### §. 255.

#### Anhalten unterwegs.

Dem Postillon ist ausdrücklich bei Vermeidung einer Strafe von **2** § verboten, ohne Verlangen des Reisenden unterwegs anzuhalten, oder denselben auch nur um die Erlaubniß dazu anzusprechen.

Dem Postillon ist zwar gestattet, bei Fahren über **3** Meilen, den Pferden unterwegs einmal Brot und Heu zu geben und sie zu tränken, jedoch muß er sich dabei so kurz als möglich, längstens **10** Minuten aufhalten und diesen Aufenthalt durch rascheres Fahren einholen. Ferner

darf er sich bei dieser Gelegenheit so wenig, wie überhaupt während der Fahrt von den Pferden entfernen, ohne sie der Aufsicht eines erwachsenen und zuverlässigen Mannes anvertrauet zu haben.

Wegen Nichtbeobachtung dieser Vorschriften kann der Reisende dem Postillon ein Viertel des Trinkgeldes in Abzug bringen, auch ist derselbe den Umständen nach, noch strenger zu bestrafen.

Wenn der Reisende unterwegs anzuhalten wünscht, so ist der Postillon dazu verbunden, jedoch darf der dadurch veranlasste Zeitverlust höchstens eine halbe Stunde im Ganzen betragen.

Sollte ein Reisender sich länger aufhalten, oder einen Umweg über einen dritten Ort nehmen wollen, so hat er sich mit dem Postillon darüber zu verständigen, indem dem Posthalter eine angemessene Vergütung nicht zu versagen ist.

### §. 256.

#### Pflichten der Postillone.

Die Post-Administration hat zu Postillonen nur sichere, des Fahrens und Reitens kundige, nüchterne Leute, welche das 18te Jahr bereits zurückgelegt haben, anzunehmen. Dieselben müssen sich gegen die Reisenden stets freundlich, gefällig und bescheiden betragen und dürfen über das reglementmäßige Trinkgeld nie eine Unzufriedenheit durch Worte oder Mienen zu erkennen geben. Sie haben mit der größten Aufmerksamkeit und Vorsicht, auch mit Schonung der Wagen zu fahren, und sind für jeden durch ihre Nachlässigkeit oder sonstige Verschuldung daran entstehenden Schaden verantwortlich; sie dürfen während des Fahrens sich nicht dem Einschlafen überlassen, den Reisenden nie wegen Bezahlung der Sehrung unterweges ansprechen; sie sollen mit einem vorausfahrenden Fahrwerk nicht um die Wette jagen und nur mit einer leichtern

Fuhr um eine schwerere, so wie mit einer couriermäßigen um eine Extrapostfuhr wegfahren.

Wenn sie vom Boocke fahren, so dürfen sie gar nicht, und wenn sie vom Sattel fahren, nur mit Erlaubniß des Reisenden Taback rauchen, und wenn ihnen dieses oder das Anhaltenwollen unterwegs abgeschlagen wird, so müssen sie deshalb keine üble Laune zeigen.

Eine jede Uebertretung dieser Vorschriften auf Seiten des Postillons hat eine von der Post-Direction zu verhängende Disciplinar-Strafe, ja nach den Umständen und im Wiederholungsfalle selbst eine Dienstentlassung zur Folge.

Sollte dagegen ein Postillon verneinen, wegen des Benehmens eines Reisenden gegen ihn, sich beschweren zu können, so hat er sich dieserhalb an die Postanstalt im Ankunftsorte zu wenden, von welcher die weiteren, erforderlichen Falls, gerichtlichen Einschreitungen zu veranlassen sind.

### §. 257.

#### Controlebuch.

Damit die Post-Administration in den Stand gesetzt werde, alle bei dem Extrapost-Dienste etwa vorkommenden oder sich einschleichenden Mißbräuche und Mängel sofort abzustellen und die so nothwendige Ordnung und strenge Pünktlichkeit aufrecht zu halten, so soll auf jeder Station in dem zur Aufnahme der Reisenden bestimmten Zimmer sich ein eignes Buch unter dem Namen „Controle-Buch“ befinden, in welches von den Reisenden diejenigen Klagen und Beschwerden, welche sie über die Post-Anstalten zu führen haben, eingetragen werden können.

Hierbei ist es jedoch wünschenswerth und mehr zum Zwecke führend, wenn die Bemerkungen sich auf specielle Thatfachen gründen, und nicht etwa generelle Klagen ent-



halten, indem auf letztere keine Rücksicht genommen werden kann.

Jede Station ist bei Vermeidung einer Strafe von 5  $\mathcal{R}$  verpflichtet, mit umgehender Post eine Abschrift der von dem Reisenden eingetragenen Bemerkung an die Post-Direction mit Bericht einzusenden, so wie auch die von letzterer hierauf erlassene Verfügung hinten in das Buch zu heften.

Der fungirende Post-Inspector hat sich auf seinen Dienststreifen zu überzeugen, ob den obigen Vorschriften überall nachgekommen wird.

### §. 258.

#### Postgeld.

Der Reisende hat vor der Abfahrt von einer Station folgende Zahlungen zu leisten:

- a) Extrapostgeld für die Bespannung;
- b) Wagenmeister-Gebühr;
- c) Schauffee-, Damm-, Pflaster-, Brücken-, Fahr- u. c. Geld;
- d) Wagengeld; (wenn der Wagen von der Station gestellt wird;)
- e) Schmiergeld.

### §. 259.

#### a. Extrapostgeld.

Die Tare des Extrapostgeldes ist hiermit für Pferd und Meile auf 8 Gutegroschen Conventions-Münze festgesetzt.

Bei eintretender Fourage-Theuerung jedoch und zwar, wenn in den Monaten October und November der Durchschnittspreis des Hafers nach den Braunschweigischen Anzeigen zusammengestellt, 14  $\mathcal{M}$  Conv. Münze pro Hinnten erreicht, ist die Post-Direction ermächtigt, die Tare des Extrapostgeldes auf 10  $\mathcal{M}$  pro Pferd und Meile zu erhöhen.

Diese Verfügung, so wie, wenn wieder eine Herab-

setzung stattfindet, soll durch die gedachten Anzeigen bekannt gemacht werden.

### §. 260.

#### b. Wagenmeister-Gebühr.

Dem Wagenmeister gebühren auf jeder Station 2 Ggr. Conv. Münze für jeden Wagen.

### §. 261.

#### c. Chaussée-geld u.

Das Chaussée = Damm = Pflaster = Brücken = Fähr-Geld wird nach den Tariffätzen bei der Bezahlung des Extrapostgeldes zugleich mit berichtigt, und von dem Posthalter nach getroffener Uebereinkunft an die betreffenden Erheber monatlich abgeführt.

### §. 262.

#### d. Wagensgeld.

Auf jeder Station soll eine angemessene, von der Post-Direction zu bestimmende Anzahl guter und bequemer, theils bedeckter, theils unbedeckter Wagen zum Gebrauch derjenigen Reisenden in Bereitschaft gehalten werden, welche mit eigenen Wagen nicht versehen sind. Die Gestellung eines Wagens geschieht von Station zu Station und ist dafür zu entrichten:

- a) für einen unbedeckten Stuhl- oder Korbwagen, desgleichen für eine Kalesche mit halbem leichten Leder-Verdecke, ohne Unterschied ob sie ganz auf der Axt ruht, oder hinten in Federn hängt, à Meile 4 ggr. Conv. Münze.
  - b) Für eine halb- oder ganz bedeckte Chaise, wenn sie auf Federn ruht, à Meile 6 ggr. Conv. Mze.
- Zugleich wird für diesen Betrag vom Posthalter das Schmieren des Wagens übernommen.

### §. 263.

#### e. Schmiergeld.

Es hängt lediglich vom Reisenden ab, ob er seinen Wagen schmieren lassen will oder nicht, jedoch ist es Pflicht

des Posthalters und des Wagenmeisters, ihn auf die etwaige Nothwendigkeit des Schmierens aufmerksam zu machen.

Die Vergütung für das Schmieren soll nur dann geleistet werden, wenn dieses wirklich geschehen, und der Wagen nicht von der Station gestellt ist.

Es wird alsdann entrichtet:

a) für die Mühwaltung des Schmierens 2 Ggr. Conv. Münze,

b) für das Material:

aa) wenn mit Schmalz oder sonstigem Fett geschmiert wird, 2 ggr. Conv. Mze,

bb) mit Theer, 1  $\text{R}$  4  $\text{S}$

Wenn der Reisende das Material hergiebt, so ist nur der Satz ad a. zu zahlen, und läßt er außerdem das Schmieren von seinen Leuten besorgen, so ist gar nichts dafür zu entrichten.

### §. 264.

Postillon = Trinkgeld.

Dem Postillon oder Hülfsanspanner gebührt als Trinkgeld nach zurückgelegter Fahrt

bei einer Bespannung mit 2 Pferden à Meile 4 Ggr. Conv.

„ „ „ „ 3 „ à „ 6 „ —

„ „ „ „ 4 „ à „ 6 „ —

„ „ „ „ 6 und mehr Pferde

den, jedem Postillon à Meile 6 „ —

Ein Mehreres an Trinkgeld darf der Postillon unter keinen Umständen verlangen.

### §. 265.

Postgeld an Orten, wo keine Station ist.

Beim Hinschicken lediger Pferde und Wagen, wo sich keine Station befindet, können hinsichtlich der Bezahlung zwei Fälle eintreten:

1) Wenn die Fahrt nach demjenigen Orte geschehen

soll, wohin das Gespann gehört, so ist für das Hin-  
schicken keine Vergütung besonders zu verlangen;

2) wenn die Fahrt nach irgend einer andern Richtung  
geht, gleichviel, ob auf einer Post-Route belegen oder  
nicht, so ist zu bezahlen:

a) für das Hinsenden der ledigen Pferde und Wagen  
von der Station bis zum Orte der Abfahrt die  
Hälfte des Extrapost-, Wagen- und Trinfgeldes  
nach der wirklichen Entfernung;

b) für die eigentliche Beförderung des Reisenden die  
sämtlichen Extrapostgebühren;

c) für das Zurückreiten mit den ledigen Pferden und  
Wagen von dem Orte ab, wohin die Extrapost  
gebracht ist, bis zu der Station, wohin die Pferde  
gehören, die Hälfte des Extrapost- und Trinf-  
geldes, nicht aber für den ganzen Rückweg, sondern  
nur für den Theil desselben, welcher nach Abrech-  
nung der Entfernung, auf welcher die eigentliche  
Beförderung Statt gefunden hat, etwa übrig bleibt.

#### §. 266.

##### Extrapost-Tarif.

Außer dem §. 233 erwähnten Verzeichnisse der Ent-  
fernungen soll auch auf jeder Station ein zweckmäßiger  
Auszug aus dieser Verordnung in tabellarischer Form zur  
Einsicht des Reisenden angeschlagen sein. Auf demselben  
muss ferner bemerkt sein, wie die übrigen am meisten gang-  
baren Münzen in Verhältniß zu der Conventions-Münze,  
in welcher die Zahlungen eigentlich zu leisten sind, sich verhalten.

#### §. 267.

##### Zahlungsbescheinigung.

Ueber die für die Extrapost-Beförderung und die Ne-  
benkosten geleistete Zahlung ist dem Reisenden unaufgefor-  
dert vor der Abfahrt eine Quittung zu ertheilen, wozu die

Formulare von der Postdirection an die verschiedenen Stationen zu verabsolgen sind.

Auf dieser Quittung ist zugleich die Abfertigungszeit von dem Wagenmeister in Gegenwart des Reisenden bei dessen Abfahrt zu bemerken.

### §. 268.

#### Benahmen der Reisenden.

Wenn durch die im §. 257 enthaltenen Bestimmungen den Reisenden die Mittel an die Hand gegeben sind, wie sie etwaige Beschwerden und Mängel zur sofortigen Kenntniß der Postdirection bringen können, und letztere außerdem speciell angewiesen ist, deshalb strenge Untersuchung anzustellen, und Bestrafung zu veranlassen, so sind dagegen aber auch die Reisenden verpflichtet, sich gegen die Postbedienten und Postillone anständig und höflich zu benehmen; auch den ihnen bekannt gemachten Vorschriften ohne Heftigkeit und Bitterkeit Folge zu leisten, widrigenfalls selbige oder wenn sie gar Schimpfreden, Drohungen oder Gewaltthätigkeiten sich erlauben sollten, in die auf Beleidigung von Personen, welche in Ausübung eines öffentlichen Dienstes begriffen sind, festgesetzten Strafen verfallen sollen. Zu diesem Behufe soll nicht bloß der Postillon berechtigt sein, sofort auszuspannen, sondern es sind auch die Posthalter angewiesen, die Pferde zur Weiterreise so lange zu verweigern, bis die Sache entweder beigelegt, oder von dem Reisenden genügende Sicherheit bestellt ist.

## Abschnitt 2.

### Von den Courieren.

#### §. 269.

#### Beförderung zu Pferde.

Den Courieren zu Pferde muß jedesmal, auch wenn deren Dienst sich nur auf die Begleitung eines Wagens beschränkt, ein Postillon zu Pferde mitgegeben werden.

Dieser ist verantwortlich, daß der Ritt in der vorgeschriebenen Zeit geschieht, der Courier darf ihm daher nicht vorreiten, und soll, wenn derselbe dieser Vorschrift zuwider, auf der Station vor dem Postillon angekommen ist, kein Pferd zur Weiterbeförderung eher verabsolgt werden, bis der später eingetroffene Postillon den Zustand des von dem Courier gerittenen Pferdes untersucht und erklärt hat, daß er keine Entschädigungsforderung zu machen habe. Sollte der Postillon jedoch finden, daß das Pferd in Folge des Ueberschreitens der obengedachten Vorschrift beschädigt ist, so muß das Gericht sofort zur Abschätzung requirirt und danach der vollständige Ersatz dem betreffenden Posthalter zu Theil werden, auch darf die Station, auf welcher der Courier angekommen ist, denselben nicht eher fortschaffen, bis der vollständige Schadens-Ersatz oder hinlängliche Sicherheit dafür geleistet ist. Der Courier kann zwar seinen eigenen Sattel auflegen, muß sich aber des dem Posthalter zugehörigen Baumzeuges bedienen.

### §. 270.

Beförderung zu Wagen.

Couriere können auch zu Wagen befördert werden, so wie es überhaupt den Reisenden freisteht, couriermäßige Beförderung unter den nachfolgenden Bedingungen zu verlangen.

### §. 271.

Fortsetzung.

Hinsichtlich der couriermäßigen Beförderung gelten auch die auf die Extraposten sich beziehenden Verfügungen, und findet eine Abweichung nur in Betreff des Zahlungsafages, der Meilengelder, der Abfertigungs- und Beförderungszeit statt.

## §. 272.

## Zahlungssätze.

Für die couriermäßige Beförderung wird pro Pferd und Meile 4 *℔* Conv.-Mze. mehr als für Extraposten (§. 259.) bezahlt; Wagenmeistergebühren, Postillons-Brinkgelber und Nebenkosten bleiben dieselben, wie bei den Extraposten.

## §. 273.

## Abfertigungszeit.

Die Abfertigung der Couriere geht unter allen Umständen, der der Extraposten vor, und finden übrigens die in dieser Hinsicht gegebenen Bestimmungen auch darauf Anwendung, mit der einzigen Abweichung, daß der Wechsel der Pferde für die Couriere, auf den Haupt-Poststationen, wenn auch keine Vorausbestellung erfolgt ist, binnen 10 Minuten geschehen muß.

## §. 274.

## Beförderungszeit.

Die Beförderung der Couriere muß:  
auf chausfürten Wegen die Meile in 40 Minuten,  
auf unchausfürten Wegen die Meile in 50 Minuten,  
geschehen. Auf besonders bergigen und unebenen Straßen, so wie im tiefem Sande oder Schnee, ferner bei dunkeln Nächten sind 10 Minuten mehr à Meile bewilligt.

## §. 275.

## G e p ä c k.

An Gepäc darf der Courier demjenigen Pferde, welches er selbst reitet, nur etwa so viel, als in die Satteltasche geht und dem Pferde des ihn begleitenden Postillons nur einen, ihm (dem Courier) zugehörigen bis zu 30 *℔* schweren Mantelsack auflegen.

## Abschnitt 3.

## Von den Staffetten.

## §. 276.

## Gegenstände der Sendung.

Die Beförderung einzelner Briefe oder auch sonstiger Gegenstände, bis zu dem Gesamtgewichte von 20  $\text{Lb}$ , kann mittelst extraordinairer Post-Ritte (Staffeten) geschehen. Ein jeder kann sich derselben für seinen eigenen Gebrauch bedienen, allein die zu befördernden Briefe müssen bei Vermeidung der auf das unbefugte Briefsammeln angeordneten Strafe, nur Einem Absender angehören. Baares und Papiergeld dürfen zur Versendung per *estallote* nicht angenommen werden.

## §. 277.

## T a r e.

Bei Beförderung von Briefen oder Schriften soll für das 2  $\text{Lb}$  übersteigende Gewicht, für jedes Loth das tarifmäßige einfache Briefporto zur Postcasse erhoben werden.

## §. 278.

## Verpackung der Sendung.

Hinsichtlich der äußern Erfordernisse einer Staffetten-Sendung finden folgende Vorschriften statt:

- a) Briefe bis 8 Loth schwer sind mit gutem haltbaren Papier-Umschlage zu versehen;
- b) schwerere Briefe und Sendungen müssen in Wachseleinwand verpackt und
- c) Pakete von einigem Umfange außerdem so eingerichtet sein, daß deren Beförderung zu Pferde sich ohne Schwierigkeit bewerkstelligen läßt, widrigenfalls gegen besondere Vergütung von  $\frac{1}{4}$  der Ritttaxe dazu eine Cariole genommen wird;
- d) die Adresse auf den Briefen muß besonders deutlich und bestimmt angegeben sein.



## §. 279.

## Einlieferungs-Schein.

Ueber den mit Staffette abzufsendenden Gegenstand hat die Post-Anstalt dem Absender einen Einlieferungs-Schein gratis zu ertheilen.

## §. 280.

## Vorausbezahlung.

Diejenige Post-Anstalt, welcher ein Gegenstand zur Beförderung mittelst Staffette übergeben wird, ist für die Berichtigung der sämtlichen Kosten an die verschiedenen Postämter verantwortlich. Um sie daher vor Verlusten sicher zu stellen, muss entweder jede Staffette frankirt, oder wenn sich deren Kosten vorher nicht genau angeben lassen, bei der Postanstalt eine angemessene Geldsumme deponirt werden, von welcher der Rest, nachdem sämtliche Liquidationen eingegangen sind, und die Schluss-Rechnung danach dem Absender hat zugestellt werden können, nach Abzug der Kosten zurückgegeben wird.

Wenn jedoch Staffetten von Landes-Behörden oder von einzelnen Beamten in Dienst-Angelegenheiten abgesandt werden, so ist die Vorausbezahlung oder Niederlegung einer Summe Geldes nicht erforderlich. Der Absender muss dann aber der Post-Anstalt eine Bescheinigung ertheilen, daß die Staffette Dienst-Angelegenheiten betreffe, und zugleich darin bemerken, bei welcher Behörde die Kosten zu liquidiren sind. Letztere ist verpflichtet, dergleichen Bescheinigungen ihrer Beamten zu vertreten und für die Zahlung Sorge zu tragen.

## §. 281.

## Abfertigungs- und Beförderungszeit.

Die Abfertigung und Beförderung der Staffetten geschieht nach denselben Bestimmungen, wie bei den Courieren.

## §. 282.

## Ablieferung der Sendung.

Die mittelst Staffette eingegangenen Schreiben zc. müssen auch zur Nachtzeit dem Empfänger zugestellt werden, wenn nicht etwa vom Letztern oder von dem Absender ein Anderes ausdrücklich bestimmt ist.

Die Staffette ist derjenigen Person zu behändigen, an welche die Adresse lautet, und nur, wo Umstände dieses verhindern, kann die Abgabe auch an Familien-Mitglieder oder an Comtoir- oder Hausbeamte geschehen.

Derjenige, an den das Schreiben zc. abgegeben wird, muß dem Postboten unter der Bemerkung der Stunde des Empfangs darüber quittiren.

## §. 283.

## T a r e.

Die Kosten einer Staffette bestehen

a) aus den Mittgebühren, welche pro Pferd und Meile 4 gr mehr, als die für Extraposten betragend

b) aus den Expeditionsgebühren, welche dieselbige Post-Anstalt erhebt, die den Staffetten-Pass ausgestellt hat. Sie betragen, wenn die Staffette nicht über 5 Meilen geht, 12 gr, von 6 — 10 Meilen 16 gr, über 10 Meilen 1 fl.

Für Staffetten in Landes- und Herrschaftl. Angelegenheiten werden diese Gebühren überall nicht erhoben;

c) aus dem Chaussée-, Damm-, Pflaster-, Brücken-, Fahr zc. - Gelde, welches nach dem Tarif, wie bei den Extraposten §. 261. erhoben wird;

d) aus dem Bestellgelde von 4 gr, welches jeder Empfänger der mit Staffette eingegangenen Briefe zc. für Ueberbringung derselben zu zahlen hat.

## §. 284.

Staffetten, die das Ausland berühren.  
Bei den das Ausland berührenden Staffetten finden diejenigen Modificationen und Bedingungen ihre Anwendung, welche in den mit den auswärtigen Ober-Post-Behörden abgeschlossenen Conventionen enthalten sind, und müssen die Absender von Staffetten vorher damit bekannt gemacht werden.

## Vierter Titel.

## Von der Zeitungs-Expedition.

## §. 285.

Deren Errichtung.  
Durch eine Verordnung vom 23. Novbr. 1767 und 21. April 1778 ist bereits eine besondere Zeitungs-Expedition bei dem Hof-Postamte hieselbst eingerichtet. Diese Anstalt soll auch fernerweit, um die in obigen Verordnungen ausgesprochenen Zwecke zu erreichen, bestehen.

## §. 286.

Deren Vorrechte.  
Der Debit und die Expedition aller in- und ausländischen Zeitungen und Intelligenzblätter u., insofern dieselben ein oder mehrere Male in der Woche erscheinen, bleibt der Hof-Postamts-Zeitungs-Expedition in Braunschweig und im Lande den Postanstalten ausschließlich vorbehalten.

## §. 287.

Fortsetzung.  
Die Ausgabe der Braunschweigischen Anzeigen für die Stadt Braunschweig selbst macht hievon eine Ausnahme und soll die Austheilung derselben

nach wie vor von dem Intelligenz-Comtoir hieselbst in der bisherigen Weise stattfinden können. Auch dürfen die Verleger diejenigen Exemplare ihrer Zeitungen, die innerhalb des Verlagortes abonniert werden und daselbst verbleiben, selbst debittiren. Alle auswärts gehende Zeitungen zc. aber müssen von den Verlegern der Drittpostanstalt übergeben und dürfen nur von letzterer versandt werden. Umgehungen dieser Anordnungen werden als Beeinträchtigung und Schmälerung der Postgefälle angesehen und bestraft.

### §. 288.

Fortsetzung.

Die Postanstalten im Lande, insofern sie ihren Zeitungsbedarf nicht durch eine unmittelbare anderweitige Verschreibung früher erhalten können, sollen solchen von der Zeitungs-Expedition zu Braunschweig entnehmen.

### §. 289.

Fortsetzung.

Einzelnen Privatpersonen steht es frei, sowohl inländische als ausländische gesetzlich nicht verbotene Zeitungen oder Intelligenzblätter zc., ohne sie bei einer Post-Anstalt bestellt zu haben, unter Couvert sich zuschicken zu lassen, in welchem Falle sie jedoch das dafür bestimmte Porto (§. 148.) erlegen müssen.

### §. 290.

Fortsetzung.

Alle gelehrte Zeitungen oder Zeitschriften zc. jeder Art, welche ein- oder zweimal des Monats oder in Hefen erscheinen, können während sowohl durch den Buchhandel, als durch die Post abgesetzt werden.

## §. 291.

Oberaufsicht der Postdirection.

Die Hofpostamtszeitungs-Expedition steht unter besonderer Aufsicht der Postdirection, und wird dieselbe hiemit angewiesen, die bisher befolgten Grundsätze bei Verschreibung der Zeitungen und die Preisbestimmungen einer Revision zu unterwerfen, und solche dahin zu reguliren, daß die Blätter aller Art, so schnell als thunlich, und zu den möglichst billigen Preisen geliefert werden.

## §. 292.

Diese Postordnung soll vom 1. Januar 1833 an in Wirksamkeit treten, und werden alle ihr entgegenstehenden Geseze von diesem Zeitpunkte an aufgehoben.

Alle Unterthanen und Behörden haben sich hiernach zu achten, insbesondere werden Unsere Herzogliche Postdirection, sowie alle Postbeamte angewiesen, diese Postordnung genau zu befolgen.

Urkundlich Unserer eigenhändigen Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Staats-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 13. August 1832.

Wilhelm, S.



v. Schleinitz.

# Verzeichniß

derjenigen Entfernungen, nach welchen auf den Herzogl.  
Braunschweigischen Stationen das Postgeld für Extraposten,  
Couriere und Estafetten erhoben werden soll.

## I. Von Braunschweig nach

Abbenrode . . . . .	2	Meilen
Abersheim . . . . .	2	„
Ahlum über Salzdahlum . . . . .	1 $\frac{3}{4}$	„
„ „ Gotteslager . . . . .	2 $\frac{1}{4}$	„
Alvesse . . . . .	2	„
Amleben . . . . .	3	„
Amleber = Kühle . . . . .	3 $\frac{1}{4}$	„
Antoinettenruh . . . . .	1 $\frac{1}{4}$	„
Apelnstedt . . . . .	1 $\frac{3}{4}$	„
Agum . . . . .	1 $\frac{3}{4}$	„
Barwecke . . . . .	3	„
Beddingen . . . . .	1 $\frac{1}{2}$	„
Beinrode . . . . .	2 $\frac{1}{2}$	„
Bettmar . . . . .	2	„
Bevenrode . . . . .	1 $\frac{1}{2}$	„
Bortfeld . . . . .	1 $\frac{1}{2}$	„
Bodenstedt . . . . .	2 $\frac{1}{4}$	„
Bornum bei Königsutter . . . . .	2 $\frac{1}{4}$	„
Broistedt . . . . .	2 $\frac{1}{2}$	„
Bleckenstedt . . . . .	1 $\frac{3}{4}$	„
Brunzleberfeld . . . . .	3 $\frac{3}{4}$	„
Brunzrode . . . . .	2	„
Bungenstedterthurm . . . . .	2 $\frac{1}{4}$	„

## I. Von Braunschweig nach

Salbeck	3	Meilen
Sampe	2 $\frac{1}{4}$	"
Gramme	2 $\frac{1}{2}$	"
Dahlum — Groß = oder Voigts =	4	"
Dahlum — Klein = oder Nieder =	4	"
Denfte — Groß =	2 $\frac{1}{4}$	"
Denfte — Klein =	2 $\frac{1}{4}$	"
Deffedt	2	"
Detum über Salz Dahlum	2 $\frac{1}{4}$	"
Drütte	1 $\frac{3}{4}$	"
Dungelbeck (Hannoversch)	2 $\frac{3}{4}$	"
Duttensfeldt	3	"
Eilum	2 $\frac{3}{4}$	"
Eizum	3 $\frac{1}{2}$	"
Engelsfeldt	2 $\frac{1}{4}$	"
Engerode	3	"
Erkerode	2 $\frac{1}{4}$	"
Essenrode	2 $\frac{1}{2}$	"
Eveßen	2 $\frac{1}{4}$	"
Fallerleben (Hannoversch)	3 $\frac{1}{4}$	"
Flechtorf	2 $\frac{1}{4}$	"
Fümmelfe	1 $\frac{1}{2}$	"
Fürstenau	2 $\frac{1}{4}$	"
Gadenstedt	3 $\frac{1}{2}$	"
Gardessen	2	"
Gebhardshagen	3	"
Geitelde	1	"
Gevensleben	4 $\frac{1}{2}$	"
Giffhorn (Hannoverscher Stationsort)	3 $\frac{1}{2}$	"
Gilzum	2 $\frac{1}{4}$	"
Glentorf	3	"
Grassel	2	"
Halchter	2	"

## I. Von Braunschweig nach

Hallendorf . . . . .	2 $\frac{1}{4}$	Meilen
Heerte . . . . .	2 $\frac{3}{4}$	"
Heiligendorf . . . . .	3	"
Hondelage . . . . .	1 $\frac{1}{4}$	"
Hordorf . . . . .	1 $\frac{1}{2}$	"
Hordorf (Hannoverisch) . . . . .	2 $\frac{1}{2}$	"
Immenndorf (Stationsort) . . . . .	2	"
Ingeleben . . . . .	4 $\frac{1}{4}$	"
Jerrheim . . . . .	4 $\frac{3}{4}$	"
Käsdorf . . . . .	4	"
Kneitlingen . . . . .	3	"
Köchingen . . . . .	2	"
Königsutter (Stationsort) . . . . .	3	"
Kremlingen . . . . .	1 $\frac{1}{4}$	"
Küblingen . . . . .	3 $\frac{1}{4}$	"
Lafferde (Hannoverscher Stationsort) . . . . .	3	"
Langeleben . . . . .	3 $\frac{1}{2}$	"
Lauingen . . . . .	2 $\frac{3}{4}$	"
Lehre . . . . .	1 $\frac{3}{4}$	"
Leiferde . . . . .	1	"
Leinde . . . . .	2 $\frac{1}{4}$	"
Levenstedt . . . . .	2 $\frac{3}{4}$	"
Liedingen . . . . .	2	"
Linden . . . . .	2	"
Lücklum . . . . .	2	"
Mehrdorf . . . . .	2 $\frac{3}{4}$	"
Monplaisir . . . . .	1 $\frac{3}{4}$	"
Mörse (Hannoverisch) . . . . .	3	"
Münstedt . . . . .	3	"
Neindorf . . . . .	2 $\frac{1}{2}$	"
Neubrück . . . . .	2 $\frac{1}{4}$	"
Neuekrug . . . . .	1 $\frac{1}{4}$	"
Neuhaus bei Borsfelde . . . . .	4 $\frac{1}{4}$	"



## I. Von Braunschweig nach

Mortsteinte	4 Meilen
Mortenhoff	1 1/4 "
Oberg	3 "
D h o f f (Hannoverische Station)	3 3/4 "
Dhrum (Hannoverisch)	2 1/2 "
Delsburg	3 1/4 "
P e i n e (Hannoverischer Stationsort)	3 1/4 "
Reitling	2 3/4 "
Reppner	2 3/4 "
Riesenberg	2 3/4 "
Rothencamp	2 1/2 "
Röttgebüttel (Hannoverisch)	3 "
Salder	3 "
Salzbühlum	1 1/2 "
Sambleben	3 1/4 "
Saungen	1 1/2 "
Schandelah	1 1/4 "
Sifte	1 1/2 "
Schoppau	2 3/4 "
Schuppenstedt — Groß =	3 1/4 "
Schlieffedt	3 1/2 "
Schmiedensstedt	2 1/2 "
Schöningen	5 "
Schülenrode	1 1/2 "
Schönlper — Groß = (Hannoverisch)	1 3/4 "
Sierße	2 "
Sophienthal	2 1/4 "
Sülsfeld (Hannoverisch)	3 "
Steinhoff	1 1/4 "
Steterburg	1 1/4 "
Stiddien	1 "
Thiede	1 1/2 "
Thüne	1 1/4 "

## I. Von Braunschweig nach

Zwiepsingen	1 3/4 Meilen
Uesingen	1 1/2 „
Uehrde	3 3/4 „
Wahlberg — Groß	3 „
Wahlberg — Klein	3 1/4 „
Wahlberg — Mönche	2 3/4 „
Wallstedt	2 „
Wölkenrode	1 1/2 Meilen
Wolzum	2 „
Worsfelde (Stationsort)	4 1/4 „
Waggen	1 „
Wahle	1 3/4 „
Warle	3 1/2 „
Watenstedt	2 1/4 „
Wagum	3 1/2 „
Weserlingen bei Schöppenstedt	2 3/4 „
Wendeburg	1 3/4 „
Wendezelle	1 3/4 „
Wendhausen	1 1/2 „
Wierthe	2 „
Wittmar	2 1/2 „
Wobed	4 1/4 „
Woltwische	3 „
Wolfenbüttel (Station)	1 1/2 „
„ (Stadt)	1 3/4 „
Wolfsburg	4 „
Woltorf	2 1/2 „
Wweidorf	2 „

## II. Von Blankenburg nach

Ballenstedt (Anh. Bernb. Ort, Preuß. Station)	3 Meilen
Derenburg (Preussischer Ort)	1 1/2 „
Elbingerode (Hannoverscher Stationsort)	2 „

## II. Von Blankenburg nach

Gernrode (Anhalt-Bernburgischer Ort) . . . . .	2	Meilen
Halberstadt (Preussischer Stationsort) . . . . .	2	"
Hasselfelde (Stationsort) . . . . .	2	"
Hessen (Stationsort) . . . . .	4	"
Queblinburg (Preussischer Stationsort) . . . . .	2	"
Wernigerode (Gräfl. Stollbergischer Ort, Preussische Station) . . . . .	2 1/4	"

(NB. der ergänzende Anhang folgt.)

## III. Von Eschershausen nach

Alfeld (Hannoverscher Stationsort) . . . . .	3	Meilen
Ammenzen (Hannov. Stationsort) . . . . .	3 1/4	"
Bodenwerder (Hannov. Ort) . . . . .	1 3/4	"
Brüggen (Hannov. Stationsort) . . . . .	3 3/4	"
Einbeck (Hannov. Stationsort) . . . . .	3	"
Greene . . . . .	3	"
Grohnde (Hannov. Stationsort) . . . . .	2 1/2	"
Holzminde (Stationsort) . . . . .	2 1/2	"
Mühlenbeck (Stationsort) . . . . .	2 1/2	"

(NB. der ergänzende Anhang folgt.)

## IV. Von Gandersheim nach

Alfeld (Hannov. Stationsort) . . . . .	3	Meilen
Ammenzen (Hannov. Stationsort) . . . . .	2 1/4	"
Bönnien (Hannov. Stationsort) . . . . .	3	"
Echte (Hannov. Stationsort) . . . . .	1 3/4	"
Einbeck (Hannov. Stationsort) . . . . .	2 1/4	"
Mühlenbeck (Stationsort) . . . . .	1 1/2	"
Seesen (Stationsort) . . . . .	1 3/4	"

(NB. der ergänzende Anhang folgt.)

## V. Von Hasselfelde nach

Ballenstedt (Anh. B. Ort, Preuss. Station) . . . . .	4	Meilen
--	---	--------

## V. Von Hasselfelde nach

Benneckenstein (Preuß. Ort) . . . . .	1½ Meilen
Blankenburg (Stationsort) . . . . .	2 „
Elbingerode (Hannov. Stationsort) . . . . .	1¾ „
Friedrichshöhe . . . . .	1¼ „
Nordhausen (Preuß. Stationsort) . . . . .	4 „
Stolberg (Preuß. Stationsort) . . . . .	2 „
Walfenried . . . . .	3½ „
Zorge . . . . .	2½ „

(NB. der ergänzende Anhang folgt.)

## VI. Von Helmstedt nach

Erleben (Preuß. Stationsort) . . . . .	2½ Meilen
Halberstadt (Preuß. Stationsort) . . . . .	5¾ „
Heimersleben oder Hadmersleben (Preuß. Ort) . . . . .	4 „
Königsutter (Stationsort) . . . . .	2 „
Oschersleben (Preuß. Ort ohne Station) . . . . .	4 „
Schöningen . . . . .	1¼ „
Schöppenstedt . . . . .	2 „
Vorsfelde (Stationsort) . . . . .	3½ „
Wanzleben (Preuß. Stationsort) . . . . .	5¼ „

(NB. der ergänzende Anhang folgt.)

## VII. Von Hessen nach

Blankenburg (Stationsort) . . . . .	4 Meilen
Dardesheim (Preuß. Ort) . . . . .	1½ „
Derenburg (Preuß. Ort) . . . . .	3 „
Halberstadt (Preuß. Stationsort) . . . . .	3½ „
Hornburg (Preuß. Stationsort) . . . . .	1½ „
Osterniewitz (Preuß. Ort) . . . . .	1½ „
Wernigerode (Preuß. Station) . . . . .	3 „
Wolfenbüttel (Stationsort) . . . . .	3½ „
Willy (Preuß. Stationsort) . . . . .	1½ „

## VIII. Von Holzminden nach

Beverungen (Preuß. Ort) . . . . .	3 Meilen
Bodenwerder (Hannov. Ort) . . . . .	2 $\frac{3}{4}$ "
Dassel (Hannov. Ort) . . . . .	2 $\frac{1}{2}$ "
Einbeck (Hannov. Stationsort) . . . . .	4 $\frac{1}{4}$ "
Eschershausen (Stationsort) . . . . .	2 $\frac{1}{2}$ "
Hörter (Preuß. Stationsort) . . . . .	1 $\frac{3}{4}$ "
Pyrmont (Waldeck. Ort, L. L. Stat.) über Volle	3 "
" " " " " " " " " " " " " " " "	3 $\frac{1}{2}$ "
Nahl-Hummersen und Städte . . . . .	3 $\frac{1}{2}$ "

(NB. der ergänzende Anhang folgt.)

## IX. Von Immendorf nach

Braunschweig (Stationsort) . . . . .	2 Meilen
Putter am Barenberge (Stationsort) . . . . .	3 $\frac{1}{4}$ "
Wolfenbüttel (Stationsort) . . . . .	1 "

(NB. der ergänzende Anhang folgt.)

## X. Von Königslutter nach

Braunschweig (Stationsort) . . . . .	3 Meilen
Helmstedt (Stationsort) . . . . .	2 "
Kloster Marienberg und Vorstadt Neumark . . . . .	1 $\frac{3}{4}$ "
Scheppenstedt . . . . .	2 "
Schöningen . . . . .	2 $\frac{1}{2}$ "
Worsfelde (Stationsort) . . . . .	3 "
Wolfenbüttel (Stationsort) . . . . .	3 $\frac{1}{4}$ "

(NB. der ergänzende Anhang folgt.)

## XI. Von Putter am Barenberge nach

Voßenem (Hannov. Ort ohne Station) . . . . .	1 $\frac{1}{2}$ Meilen
Bönnien (Hannov. Stationsort) . . . . .	1 $\frac{3}{4}$ "
Goslar (Hannov. Stationsort) . . . . .	2 $\frac{1}{4}$ "
Immendorf (Stationsort) . . . . .	3 $\frac{1}{4}$ "
Salzgitter . . . . .	1 $\frac{1}{2}$ "

### XI. Von Lutter am Barenberge nach

Schlafen (Hannov. Stationsort) . . . . .	3 1/2 Meilen
Seesen (Stationsort) . . . . .	1 3/4 „
Wartjenstedt (Hannov. Stationsort) . . . . .	2 3/4 „

### XII. Von Mühlenbeck nach

Eschershausen (Stationsort) . . . . .	2 1/2 Meilen
Gandersheim (Stationsort) . . . . .	1 1/2 „

(NB. der ergänzende Anhang folgt.)

### XIII. Von Seesen nach

Bockenem (Hannov. Ort ohne Station) . . . . .	2 Meilen
Bönnien (Hannov. Stationsort) . . . . .	2 1/4 „
Glausthal (Hannov. Ort) . . . . .	2 1/2 „
Gandersheim (Stationsort) . . . . .	1 3/4 „
Goslar (Hannov. Stationsort) . . . . .	3 1/4 „
Lamspringe (Hannov. Ort) . . . . .	2 1/2 „
Lutter am Barenberge (Stationsort) . . . . .	1 3/4 „
Osterode (Hannov. Stationsort) . . . . .	2 3/4 „
Echte (Hannov. Stationsort) . . . . .	2 „

(NB. der ergänzende Anhang folgt.)

### XIV. Von Vorsfelde nach

Braunschweig (Stationsort) . . . . .	4 Meilen
Calvörde . . . . .	4 1/2 „
Giffhorn (Hannov. Station) . . . . .	3 „
Helmstedt (Stationsort) . . . . .	3 1/2 „
Königsutter (Stationsort) . . . . .	3 „
Rebbsfelde (Preuß. Ort) . . . . .	2 „
Steincke (Preuß. Ort) . . . . .	2 1/2 „
Weserlingen (Preuß. Ort) . . . . .	3 „
Wittingen (Hannov. Station) . . . . .	4 1/2 „

**XV Von der Station vor Wolfenbüttel nach**

Braunschweig (Stationsort) . . . . .	1½ Meilen
Dahin aus der Stadt Wolfenbüttel . . . . .	1¾ "
Hessen (Stationsort) . . . . .	3½ "
Hornburg (Preuß. Stationsort) . . . . .	2½ "
Immendorf (Stationsort) . . . . .	1 "
Lafferde (Hannov. Stationsort) . . . . .	3¼ "
Königsblutter (Stationsort) . . . . .	3¼ "
Peine (Hannov. Stationsort) . . . . .	4 "
Rocklum (Preuß. Stationsort) . . . . .	2½ "
Dahin aus der Stadt Wolfenbüttel . . . . .	2¾ "
Schladen (Hannov. Stationsort) . . . . .	2¼ "
Scheppensfeldt . . . . .	2¾ "
Schöningen . . . . .	4½ "

---



Herzoglich Braunschweigischen und einige angrenzende  
ausländische Postanstalten,  
nach der directen Entfernung.



no unde undecunq



Dier	8½	8¾	2½	4½	9½	4½	5¼	11	3¼	7½	10¾	4½	5¼	¾	4½	6¾	3½	4¼	9¾	3½	6¾	3¼	2½	3¾	1¾	9½	1½	8½	Sten											
Ottenstein	1¾	16½	10	13¾	1½	14½	11½	19¼	13¼	2½	3	6	5¼	11	14¼	15½	13	12½	1¾	10½	14¼	9½	3	14	8¾	14¾	17½	11¾	16½	Ottenstein										
Peine (Hannoversch)	8¾	7½	4½	11	9¾	10½	3	10¼	9½	8	12	6¾	7¾	7½	11	7½	7	11¼	10¾	3¾	5½	1¼	6	12¾	5½	11¾	17½	2¼	6¾	9½	Peine									
Schöningen	13¼	3¼	5¼	7¼	14¼	5	4¼	5¼	5¼	13	15¾	9	10½	6¼	6¾	1¾	2¼	7½	14¾	4½	2¼	6¾	6¼	10¼	10½	10¾	12¼	18	5¾	15¼	7¼	Schöningen								
Schöppenstedt	12	4	4	7¾	13	5½	3	6¼	5½	11¼	14¾	8	9½	4½	6¾	2	1¼	7½	13¾	3½	2	5½	5¼	10¼	11¾	10¾	14¾	17	5¾	14½	6¼	1½	Schöppenstedt							
Seesen	5¾	10½	3½	6¼	6½	7½	6¼	13	6¼	5	8	1½	2½	3¾	7	9¼	5¾	6	7	4½	8	5¼	11¾	8¼	11¾	13	11	18¾	2¾	7¾	6¾	8¼	7	Seesen						
Stadtoldendorf	½	15¼	7¾	11	1¼	12½	10¼	17¾	11¼	9¼	3	3¾	2¾	8¾	12¼	14	11¼	10¾	2	8¾	12½	7¾	7¼	14¼	10¾	2¼	15½	11	7¼	2¼	8¾	13	11¾	5½	Stadtoldendorf					
Wechelde	9½	6	2¼	9½	10½	8½	1	8½	8½	6¾	12½	6¾	7½	6¼	9¼	5½	5	9¼	11	2	3¾	1¾	4¾	13¼	14¼	11¾	16	5¼	5¼	11	2	5½	4	5¾	9	Wechelde				
Worsfelde	14¼	2	7¼	12	15½	9¾	4	4¼	10¼	13¾	7	11¼	12¼	9	11¾	3¼	6½	12	16	5¾	3	6½	8¾	18	8¾	12¾	17½	10½	9	15¾	6¼	5	4½	10¾	14¼	5	Worsfelde			
Walfenried	11	12¼	8	1½	11½	4¼	10	14	3½	11	1¾	7½	8¾	4½	3	10½	6¼	1¼	12	8½	10¼	10¼	6¼	12	7	18½	13	13¾	5¼	13	11¾	8¾	8½	6¼	10¾	10¼	13¼	Walfenried		
Wolfenbüttel	10	5¾	1¾	7¾	11	6¾	1½	8¾	6¾	9	12½	6¼	7¼	4½	7¼	4½	3¾	7½	11¾	¾	3	3	3¾	13¼	11¾	14¼	5¾	5	3¾	11¼	3¾	3¾	2½	5¼	9¼	2	5¼	8¾	Wolfenbüttel	
Zorge	11	11½	7¾	¾	11½	3½	9½	13¼	2¾	10¾	1¾	7¼	8¼	3¾	2¼	9¼	5¾	½	12¼	8	9¼	9¾	5¼	12	6¾	8½	12¼	15¼	4½	12	11½	8	8	6	10¾	9¼	12½	¾	8	Zorge



# Verordnungs-Sammlung.

## N<sup>o</sup> 15.

---

Braunschweig, den 18. September 1832.

---

- (18.) Circular-Rescript an sämtliche Herzogl. Districtsgerichte, Stadtgerichte und Kreisämter, die Declaration des Circular-Rescripts vom 23. August 1830, wegen des Verfahrens bei Subhastationen betr.

D. D. Braunschweig, den 27. August 1832.

### Wilhelm, Herzog v.

Es ist Uns vorgetragen worden, daß von einigen Gerichten des Landes das Circular-Rescript vom 23. August 1830, das Subhastations-Verfahren betreffend, dahin verstanden werde, daß auch in den Fällen, in welchen von den Herzoglichen Districtsgerichten bereits eine Vorladung der Realgläubiger und eine Präclusion der Nichterschiedenen verfügt worden, dennoch bei einer, von dem Kreisamte oder Stadtgerichte vorzunehmenden Subhastation eine nochmalige Vorladung und Präclusion der Realgläubiger erforderlich sei. Da es indeß nicht nur völlig überflüssig, sondern für die Realgläubiger kostspielig und für das Verfahren selbst nachtheilig ist, wenn, nach bereits erfolgter Edictalladung und Präclusion, diese nochmals vorgenom-

men wird, z. B. wenn Grundstücke aus einer Concurſ- oder Erbschaftsmasse, hinsichtlich deren von dem Districtsgerichte ein Präclufivbescheid abgegeben worden, subhastirt werden sollen, auch die Absicht des gedachten Circular-Rescripts nur dahin gegangen ist, daß, wenn es rechtlich nothwendig erscheine, daß eine Vorladung und Präclufion der Realgläubiger neben der Ansetzung des Subhastationstermins angenommen werde, jene von dem Kreisamte oder Stadtgerichte zu verfügen sei; so wollen Wir diesem gemäß das Rescript vom **23. August 1830** hiemit declariren, und haben die Herzogl. Districtsgerichte, wenn sie Acten zur Ansetzung von Subhastationsterminen an die Kreisämter oder Stadtgerichte abgeben, diesen stets bemerkllich zu machen, ob eine Vorladung der Gläubiger annoch erforderlich sei oder nicht.

Braunschweig, den **27. August 1832.**

**Auf Höchsten Special-Befehl.**

**Graf von Belthelm. v. Schleinitz. Schulz.**

(19.) Verordnung, das Verbot der allgemeinen politischen Annalen von Kottetß betreffend.

D. D. Braunschweig, den 8. September 1832.

**V**on Gottes Gnaden, Wir **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg &c.

fügen hiemit zu wissen:

Demnach von der Deutschen Bundesversammlung in der 30. diesjährigen, unterm 16. v. M. gehaltenen Sitzung beschloffen worden:

- 1) daß die in der F. G. Cotta'schen Verlags-handlung zu München, Stuttgart und Tübingen erscheinende Zeitschrift „Allgemeine politische Annalen“ betitelt und herausgegeben von C. von Kottetß, wegen ihres der Erhaltung des Friedens und der Ruhe in Deutschland zuwider laufenden und die Würde des Bundes verletzenden Inhalts von Bundeswegen unterdrückt und die Königl. Regierungen von Baiern und Württemberg aufgefordert werden, diesen Beschluß zu vollziehen, und
- 2) daß der Redacteur dieser Zeitschrift C. v. Kottetß

binnen fünf Jahren in keinem Bundesstaate bei der  
 Redaction einer ähnlichen Schrift zugelassen werde,  
 so wird solches zur allgemeinen Nachachtung hiedurch be-  
 kannt gemacht, auch werden die betreffenden Behörden an-  
 gewiesen, auf die genaueste Befolgung dieser Vorschrift zu  
 achten und etwanige Uebertreter derselben nach Maßgabe  
 der gegen die Verbreitung verbotener Schriften bestehenden  
 Gesetze zur gebührenden Verantwortung zu ziehen.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Her-  
 zoglichen Staats-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 8ten September 1832.

( L. S. )

Auf Höchsten Special-Befehl.

Graf von Belthheim. v. Schleinitz. Schulz.

# Verordnungs-Sammlung.

## N<sup>o</sup> 16.

---

Braunschweig, den 9. October 1832.

---

- (20.) Verordnung, die Sicherstellung der Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den Nachdruck in Folge des Art. 18 d. der Deutschen Bundesacte betr.

D. D. Braunschweig, den 27. September 1832.

**V**on Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg 2c.

fügen hiemit zu wissen:

Von der Deutschen Bundesversammlung ist in der 33sten diesjährigen, unterm 6ten d. Mts. gehaltenen Sitzung der folgende Beschluß gefaßt worden:

„Um nach Artikel 18 d. der Deutschen Bundesacte die Rechte der Schriftsteller, Herausgeber und Verleger gegen den Nachdruck von Gegenständen des Buch- und Kunsthandels sicher zu stellen, vereinigen sich die souverainen Fürsten und freien Städte Deutschlands vorerst über den Grundsatz, daß bei Anwendung der gesetzlichen Vorschriften und Maaßregeln wider den Nachdruck in Zukunft der Unterschied zwischen den eigenen Unterthanen eines Bundesstaates und jenen der übrigen im Deutschen

Bunde vereinten Staaten gegenseitig und im ganzen Umfange des Bundes in der Art aufgehoben werden soll, daß die Herausgeber, Verleger und Schriftsteller eines Bundesstaates sich in jedem andern Bundesstaate des dort gesetzlich bestehenden Schutzes gegen den Nachdruck zu erfreuen haben werden."

Es wird daher hiedurch bestimmt, daß die in der Verordnung vom 15. October 1827 enthaltene Vorschrift, wonach der Bücher-Nachdruck und dessen Verbreitung in den hiesigen Landen mit Confiscation und einer Geldbuße von zehn Thalern zu bestrafen ist, auf die in dem vorstehenden Bundesbeschlusse gedachte Weise ausgedehnt und zum Schutze der Herausgeber, Schriftsteller und Verleger in sämtlichen Bundesstaaten ohne Unterschied zur Anwendung gebracht werden soll.

Sämtliche Behörden und alle diejenigen, welche es sonst betrifft, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigebrachten Herzoglichen Staats-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 27. September 1832.

( L. S. )

Auf Höchsten Special-Befehl.  
Graf von Belthheim. v. Schleinig. Schulz.